

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter.

Ende dieser Woche soll die dritte Beratung der Reichsversicherungsordnung beginnen. „Beratung“, wenn man so die Komödie bezeichnen darf, die die bürgerlichen Parteien bei der Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung in zweiter Lesung aufführten. Gegenstände gegen die etwa 200 Verbesserungsanträge, die die Sozialdemokraten gestellt hatten, um aus dem Gesetzentwurf gegen die Arbeiter ein wirklich sozialpolitisches Gesetz für die Arbeiter zu gestalten, kennt die zur Entrechtung der Arbeiter entschlossene Kartellmehrheit des Reichstages nicht. Sie hat die Mehrheit und mißbraucht diese in der unerhörtesten Weise, um durch Wiederbestimmungen aller Verbesserungsanträge statt Sozialpolitik insame Interessenpolitik zu treiben. Sozialpolitik ist ihr ein Greuel.

War für die bürgerlichen Parteien bei Einführung der Versicherungsordnung die Entlastung der wohlhabenderen Schichten von der Armenlast und die stärkere Belastung der Arbeiter das treibende Motiv, so offenbarte die zweite Beratung der Paragrafenmasse der Reichsversicherungsordnung klar das Bestreben der jetzigen Mehrheit des Reichstages, die Arbeiter auf dem Gebiete der Versicherung zu entrechten und die auf Kosten der Arbeitergroßen aufgebauete Arbeiterversicherungsgesetzgebung zu einer Versorgung einer bürokratischen Unternehmerschutztruppe auf Kosten der Arbeiter mißzugestalten. Ja, darüber hinaus zeigte sich als treibendes Motiv für die Beschlüsse der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen klar ihr Haß gegen die Arbeiterklasse. Es ist für das Zentrum bezeichnend, daß gerade dieses überall mitstimmte oder gar die Führung übernahm, wo es sich um die Entrechtung der Arbeiter oder wo es sich darum handelte, die Entscheidung über die schmalen Rechte der Arbeiter in die Hand parteiischer Verwaltungsbehörden zu legen, oder wo es gar darauf ankam, die wirksamste Sozialpolitik, die vorbeugende, zu hintertreiben.

Wir erinnern daran, wie das Zentrum alle Anträge niederstimmte, die die Unselbstständigkeit der Behörden, welche über die Ansprüche der Arbeiter entscheiden, beseitigen sollten. Versicherungsämter, das heißt von der unteren Verwaltungsbehörde, also vom Landrat und in den kreisfreien Städten vom Magistrat abhängige, durch nichts in ihrer Unabhängigkeit geschützte Behörden, sollen den Unterbau für die Organisation des Versicherungswesens bilden. Diese Polizeibehörden sollen verdrängt werden mit Beistützen aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Versicherten. Aber die Versichertenvertreter sollen nicht auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt werden; gegen dies Wahlrecht hat das Zentrum gestimmt. Ein ganz kompliziertes Wahlverfahren wurde von der Mehrheit beliebt. Durch ein solches glaubt diese Mehrheit auch den Rest einer Unabhängigkeit und eines Einflusses der Arbeiter aus der Behördenorganisation entfernen zu können. Das komplizierte Wahlverfahren geht dahin: die in den Krankenkassen Versicherten wählen Vertreter zum Ausschuss der Krankenkasse; der Ausschuss wählt einen Vorstand, der nach den verschiedensten Richtungen hin bürokratischer Drangsalierung ausgesetzt ist. Die Vorstandsmitglieder der Krankenkasse wählen die Beisitzer für das Versicherungsamt. Diese Beisitzer bei dem Versicherungsamt wählen dann die Mitglieder der Ausschüsse bei den Invalidenversicherungsanstalten; diese Ausschussmitglieder wiederum haben dann die Vertreter bei den Oberversicherungsämtern zu wählen. Die Vertreter bei den Oberversicherungsämtern endlich wählen die Vertreter für die Landesversicherungsämter und für das Reichsversicherungsamt. Ein kompliziertes indirektes Verfahren, das noch dadurch zugunsten der Arbeiter verschlechtert ist, daß die Vorstandsmitglieder der Landarbeiterkrankenkassen nicht einmal von den Arbeitern gewählt, sondern von den Kreisrätschüssen und sonstigen Gemeindevorständen ernannt werden. Für diese außerordentliche Verschlechterung der Organisation trat auch das Zentrum ein. Es trat für die weitere Verschlechterung des Verfahrens in Unfallsachen ein, ja, es stimmte sogar dagegen, daß Arbeitersekretäre die Versicherten in allen Lagen vertreten dürfen, und es stimmte dagegen, daß die Arbeitervertreter in der von den Sozialdemokraten beantragten Weise zur Milderung der Unfälle bei den Berufsgenossenschaften zugelassen werden sollten.

Der Haß gegen die Arbeiter tritt außer in der Entrechtung der Landarbeiter am klarsten in jenen Bestimmungen zutage, die die Vorbeugung von Erkrankungen, Erwerbsunfähigkeiten und Unfällen verhindern. Welch sozialpolitischer Tiefstand drückt sich in der Vorschrift aus, die dem Reichsversicherungsamt verbietet, Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, die selbst Unfallverhütungsvorschriften nicht erlassen, ins Leben zu rufen. Welch infernalisches Haß gegen leidende Arbeiter atmet der § 1341, der den Versicherungsangestellten das selbständige Recht

auf Errichtung von Heilanstalten aus der Hand schlägt. Bezeichnend war es, wie der Zentrumsabgeordnete Giese gar noch diese Bestimmung rechtfertigte. In kurzen Worten ging seine Argumentation dahin: ostelbische und niederbayerische Versicherungsanstalten, die keine Heilanstalten errichtet haben, konnten ihre gesetzlichen Leistungen nicht erfüllen. Dieser — in der Tat durch die Unberühmtheit der Verwaltung dieser Versicherungsanstalten bewirkte — Mißstand hatte im Jahre 1899 dazu geführt, eine Gesamtkost und eine Sonderkost bei den Versicherungsanstalten einzuführen, und durch diese Einrichtung die besser situierten Versicherungsanstalten wie Hamburg und Berlin zur Mitunterhaltung der schlecht verwalteten ostelbischen und niederbayerischen Anstalten zu zwingen. Nun, meinte der Abgeordnete Giese, haben lediglich die gutsituierten Versicherungsanstalten Heilanstalten errichtet. Damit sie aber, die stets leistungsfähig gewesen sind, nicht etwa in die Lage kämen, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachzukommen, müßten sie unter behördliche Kontrolle bei der Errichtung von Heilanstalten gestellt werden. Ein Gesetzgeber, dem nicht der letzte Funke sozialen Empfindens geschwunden ist, würde umgekehrt erklärt haben: weil jene ostelbischen und niederbayerischen Anstalten bis jetzt Heilanstalten noch nicht errichtet haben, müssen sie durch das Gesetz zur Errichtung solcher gezwungen oder aber aufgehoben und mit anderen Anstalten verschmolzen werden, nicht aber die Anstalten, die ihrer sozialen Pflicht genügt haben, gehindert werden, ihr weiter nachzukommen.

Unentgeltlichkeit der Hebammendienste, Hilfe für schwangere Frauen, für Mütter und Säuglinge ist eins der dringendsten Bedürfnisse. Aber diese Mutterschaftsversicherung, deren Mangel alljährlich Tausende von Frauen und Kindern hinwegrafft, soll nach dem Beschluß der Mehrheit unterbleiben — und das, wiewohl die Mittel für eine Mutterschaftsversicherung durch eine Zentralisierung der Krankenkassen zehnfach aufgebracht würden. Aber die bürgerliche Mehrheit ist für eine Zersplitterung der Organisation der Krankenkassen, weil diese Zersplitterung es ihr ermöglicht, steilenhungrige Militär-Anwärter, Offiziere a. D. und verkrachte Existenzen der bürgerlichen Gesellschaft als Beamte und Angestellte in reichlicher Anzahl in den Krankenkassen unterzubringen.

Die Selbstverwaltung ist den Arbeitern in den Krankenkassen geraubt, weil das vorwärtsdrängende Element in der Arbeiterschaft, wie in der Beratung trefflich dargelegt wurde, die Leistungen der Kassen im Interesse der Arbeiter und der Allgemeinheit erhöht hatte. Die Erhöhung der Leistungen an die Kranken, die Einführung von Familienunterstützungen, die Errichtung von Genußheimen und Heilanstalten, die Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, der Trunksucht durch Wort und Schrift sind Ruhmesblätter der Arbeiterklasse. Aber gerade weil auf diesem Gebiete die Arbeiterklasse Erfolge errungen hat, bekämpfte die Mehrheit des Reichstages die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen. Das hat sehr gegen seinen Willen Graf v. Westarp bewiesen, als er zur Rechtfertigung der Entrechtung der Arbeiterverwaltung in den Krankenkassen auf jenen Artikel im „Vorwärts“ vom 30. Mai 1899 hinwies, in der die Hoffnung ausgeprochen war, daß die Teilnahme der Krankenkassen an dem Tuberkulosekongress und ihre Beschlüsse auf ihrem ersten Krankenkassenkongress zur gemeinsamen Einwirkung auf die Gesetzgebung zwecks Bekämpfung der Tuberkulose führen und so die Krankenkassen sich zu einer neuen Waffe im Bestreitungskampfe des Proletariats entwickeln mögen.

Die Verhöhnung der Arbeiterklasse durch die sogenannte Hinterbliebenenfürsorge ist unverändert geblieben. Nur die invalide gewordene Witwe soll eine „Rente“ erhalten. Und diese Rente soll, wenn der verstorbene Ehegatte zehn Jahre lang geklebt hatte, beinahe 20 Pfennig täglich für die Mutter, die Kinderrente, wenn ein Kind vorhanden ist, ganze zehn Pfennig, bei zwei Kindern neun Pfennig, bei drei Kindern acht Pfennig betragen. Aufreizenderes kann es kaum geben, als dieser schamlose Betrug, der gegen die Witwen und Kinder der Arbeiter unter dem Namen einer Hinterbliebenenfürsorge von der Regierung und den Mehrheitsparteien hier geplant ist.

Damit ja nicht etwa zu viel wirklich invalide Arbeiter die schmale Invalidenrente erhalten können, ist die Möglichkeit der Rentenauferhebung mit Hilfe des Zentrums vergrößert, der Begriff einer Erwerbsunfähigkeit noch mehr verschlechtert. Die Anträge auf Verbesserung hat das Zentrum abgelehnt, wiewohl selbst die Regierung jetzt im Privatversicherungsgesetz eine ähnliche Feststellung des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit für die Privatangestellten vorschlägt, wie sie die Sozialdemokraten für alle Arbeiter verlangen.

Das köstlichste Stück sozialpolitischer Heuchelei offenbart die Stellung der bürgerlichen Parteien zu dem Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersrente. Die Altersrente wird heute bekanntlich erst von Vollendung des 70. Lebensjahres an gewährt. Es war beantragt, sie wenigstens von vollendetem 65. Lebens-

jahre an zu gewähren. Unmittelbar nach den Wahlen im Februar 1907 hatten die Freikonservativen und Konservativen den Initiativantrag eingebracht, die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen. Als jetzt die Sozialdemokraten aber verlangten, diesen Antrag in die Wirklichkeit zu übersehen, da stimmten die Herren Freikonservativen und Konservativen Mann für Mann gegen den Antrag. Auch die Zentrumsabgeordneten, darunter die sogenannten Arbeitervertreter Becker, Arnsherg, Fleischer, Giesberts, Pieper, Schiffer, Schirmer und Wiedeberg stimmten Mann für Mann dagegen. Um dies empörende Verhalten zu rechtfertigen, hatte wohl auf Bestellung, die Regierung zu erklären: Wenn die Herabsetzung der Altersgrenze angenommen wird, lehnt die Regierung die ganze Reichsversicherungsordnung ab; denn es würde eine Mehrbelastung nicht nur von 29 Millionen, sondern von 45 Millionen eintreten. Selbst wenn eine solche Mehrbelastung eintreten würde, wäre die Annahme des gestellten Antrages ja unbedingt geboten gewesen. Aber an einen solchen Ausfall ist gar nicht zu denken. Um ihn aber wahrscheinlich zu machen, mußte der Ministerialdirektor Caspar dem Gesetz Zwang antun. Er behauptete schlantweg, die fünf Jahresklassen der Versicherten von 65 bis 70 Jahren würden mit ihren Beiträgen ausfallen. Auf Zwischenrufe der Sozialdemokraten, daß das nicht wahr sei, „wo denn so etwas stehe?“ behauptete dieser Regierungsvorsteher: Im § 1222. Der Genosse Molkenbührer belehrte den gesetzunfundigen Ministerialdirektor dann dahin, daß die Beitragspflicht nach diesem Paragraphen nur für Empfänger der Invaliden- oder Hinterbliebenenrente aufhöre, nicht aber für Altersrentner aufhöre. Der Ministerialdirektor hat seine Empfangnisfähigkeit für die ihm zuteil gewordene Belehrung dadurch quittiert, daß er — aus seiner Rede seinen Hinweis auf § 1222 gestrichen hat. (Seite 6025 des stenographischen Berichts.) Zu derartigen Mitteln mußte die Regierung und der schwarzblaue Bloch greifen, um eine Forderung, die er noch vor vier Jahren als notwendig und dringlich bezeichnet hatte, abzulehnen. Und glaubt wirklich dieser Bloch durch das „unannehmbar“ der Regierung sich salbieren zu können — derselbe Bloch, der dem Unannehmbar der Regierung bei der Finanzreform, denn „ohne Erbschaftsteuer keine Finanzreform“, seine Finanzreform ohne Erbschaftsteuer durchsetzte? Möglich, daß bei der Frage der Herabsetzung der Altersrente, nachdem die Beratung hierüber die Regierung und den schwarzblauen Bloch bis auf die Knochen blamiert hat, die Mehrheit in der dritten Lesung einlenkt. Die Regierung würde die Reichsversicherungsordnung auch mit der Herabsetzung der Altersgrenze bei einer Altersrente von 70 auf 65 Jahre annehmen. Weiß sie doch genau, eine so schlechte, den Mittelstand und die Arbeiterklasse aufs schmachlichste entrechtende Reichsversicherungsordnung wie die Vorlage auch mit solcher kleinen Besserung darstellten würde, würde sie in keinem Reichstag je wieder durchbringen.

Das Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen.

Die zweite Lesung des Wahlgesetzes für Elsaß-Lothringen nahm im Reichstag nur verhältnismäßig kurze Zeit in Anspruch, da sich die Debatte fast ausschließlich um den Kern der Frage drehte, wie das Wahlrecht gestaltet sein soll. In der Kommission war bereits das ursprünglich von der Regierung vorgeschlagene Altersprivilegium von ein und zwei Zusatzbestimmungen beseitigt worden. Aber auch in der Kommissionsfassung weist das Gesetz noch erhebliche Mängel auf. Um diese Mängel zu beseitigen, war von den Sozialdemokraten eine Anzahl von Anträgen eingebracht worden. Es wurde darin unsern Programmen gemäß verlangt, daß auch den Frauen das Wahlrecht erteilt werde und daß das Wahlrecht vom 25. auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt werde.

Außerdem kam es noch darauf an, zwei rein bezahlorische zur Schädigung der Arbeiter in das Gesetz hineingebrachte Einschränkungen des Wahlrechts zu beseitigen. Nach der einen Bestimmung darf ein sonst berechtigter Wähler das Wahlrecht nur dann ausüben, wenn er seinen Wohnsitz seit drei Jahren in Elsaß-Lothringen gehabt hat. Dagegen genügt der Wohnsitz von einjähriger Dauer für diejenigen Einwohner, die in Elsaß-Lothringen ein öffentliches Amt ausüben, Religionsdiener oder Lehrer an öffentlichen Schulen sind. In der ursprünglichen Vorlage der Regierung war diese letztere Begünstigung auch alle Gewerbetreibenden und Grundbesitzer zugewilligt, so daß der dreijährige Wohnsitz nur eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter bildete. In der neuen Fassung ist die Vorbedingung des einjährigen Wohnsitzes zu einem Beamtenvorrecht geworden. Beide Fassungen werden natürlich von der Sozialdemokratie auf das entschiedenste belämpft. Da die ganze Bestimmung ausgegeben wird als Ersatz für den sonst in den Einzelstaaten verlangten Erwerb der Staatsangehörigkeit, forderte die Sozialdemokratie, daß mindestens doch alle Bevölkerungsklassen gleichmäßig betroffen werden müßten durch die Wohnsitzklausel und daß ein Wohnsitz von einem Jahre im Lande überhaupt genüge.

Außer dem Landeswohnsitz wird aber auch noch ein Ortswohnsitz von mindestens einem Jahre von dem Wähler verlangt. Auch diese Bestimmung trifft besonders hart die arbeitende Bevölkerung, von der ein großer Teil infolge der ungünstigen Verhältnisse von Ort zu Ort beständig hin- und herzieht. Die Sozialdemokratie verlangte deshalb, daß die Vor-

Die Interlions-Gebühr
Beträgt für die sechsgetragene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pfg. (zweiwöchig 2 getragene Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Behinderung der einjährigen Anfähigkeit in einem bestimmten Orte überhaupt gesetzlich werden in dem Gesetz.

In der Debatte begründete Genosse Gummel ausführlich die sozialdemokratischen Forderungen des Frauenwahlrechts und der Herabsetzung des Wahlalters und legte entschieden Wert darauf, dass durch die beiden Vorschläge Bestimmungen noch ein besonderes Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter in das Gesetz hineingebracht werde. Von der Gestaltung des Wahlrechts werde die Zustimmung der Sozialdemokraten zum ganzen Gesetz abhängig sein. Eine andere Forderung, die von der Sozialdemokratie in der Kommission geltend gemacht wurde, das Proportionalwahlverfahren, sei nicht wieder eingebracht worden, da nach den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen ein Erfolg hierbei in keiner Weise zu erwarten sei. Hätten doch gerade die Mitglieder der elfährigen Zentrumspartei, die früher sich für dieses Verfahren begeistert hätten, als die Frage zur Entscheidung stand, ihre eigenen Forderungen fallen lassen. Dieser Hinweis gab Gummel Anlass, mit der Wandelbarkeit der Nationalisten überhaupt abzurechnen. Seine Ausführungen riefen wieder den Elässer Gauß auf die Tribüne. Er bemühte sich indes vergeblich, die Schwankungen seiner Gruppe zu rechtfertigen.

Der fortschrittliche Abgeordnete Gaußmann sprach sich für die Kommissionsfassung aus, wobei er indes vorsichtig die Erörterung der gegen die Arbeiter gerichteten Wahlbestimmungen umging. Eindruck machte er nur mit einer Polemik gegen den konservativen Reichsboten, der aus der Tiefe seines christlichen Gewissens zu dem Schluss gekommen war, eine Verfassung für Elsaß-Lothringen sei erst dann möglich, wenn erst wieder ein großer Krieg über die Reichslande hinweggegangen sei. Gaußmann schloß daraus, daß in solchen barbarischen Wünschen der Bankrott der konservativen Partei klar zutage trete.

Man hätte erwarten sollen, daß ein Regierungsvertreter Stellung zu den sozialdemokratischen Anträgen nehmen würde. Die Herren bemühten aber auch hier wieder die Sicherheit, die ihnen die Gegnerschaft der bürgerlichen Parteien gegen unsere Wahlrechtsforderungen verbürgte, um ihrer Nichtachtung für die Sozialdemokratie durch Schweigen Ausdruck zu geben. Der Reichsführer von Bethmann Hollweg hatte sich wiederum, wie am Tage vorher, wenn Sozialdemokraten sprachen, aus dem Hause entfernt.

Aber auch die konservativen Partei hatte offenbar ein Haar in den Debatten gefunden. Die Worte des Herrn von Oldenburg reizte nicht zur Nachsicht. Sein einziger konservativer ergriff das Wort. Dagegen nahm sich der freikonservative Herr v. Derken in nachbarlicher Freundschaft der Konservativen an, indem er zu ihrer Entschuldigung bemerkte, seines Wissens billige kein konservativer die Ausführungen des Reichsboten. Für die Nationalliberalen gab der Abgeordnete Beck-Heidelberg die Erklärung ab, daß sie dem Wahlgesetz zustimmen würden.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche sozialdemokratischen Anträge gegen unsere Partei von der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Ueber den Paragraphen 3, der nach Befestigung des Pluralwahlrechts in der Kommissionsfassung nur noch lautete: „Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme“, fand eine namentliche Abstimmung statt. Der Paragraph wurde mit 262 gegen 47 Stimmen (meist konservativ) angenommen. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes fanden dann gleichfalls unverändert Annahme. Damit war die zweite Lesung erledigt. Die dritte Lesung soll am Freitag, den 26. Mai, vorgenommen werden.

Universtitäten als Büttel des Polizeistaats.

Den größten Teil der Mittwochs- und Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses füllte die Besprechung der freisinnigen Interpellation über die Grundfrage aus, nach denen die politische Zuverlässigkeit und der Besitz der erforderlichen Substanzmittel bei ausländischen, insbesondere russischen Studierenden geprüft wird. Anlaß zu der Interpellation bot der tragische Fall des russischen Studenten Demetrius Dubrowsky, der, nachdem ihm die Genehmigung zur Immatrikulation an der Berliner Universität verweigert war, seinem Leben gewaltsam ein Ende gemacht hatte. Wie erinnertlich, hatten ursprünglich die Sozialdemokraten die Absicht, die Regierung zu interpellieren; sie konnten aber ihren Plan nicht ausführen, weil sie nicht über die erforderliche Anzahl von Unterschriften verfügten. Statt dessen brachten die Fortschrittler eine Interpellation ein, die von dem Abgeordneten Dr. v. List fast noch tendenziöser begründet wurde, als sie abgefaßt war. Der Redner der fortschrittlichen Volkspartei gab eine Darstellung des Falles, die in mancher Hinsicht von dem, was offiziell darüber verbreitet ist, erheblich abweicht; er führte mit warmherzigen Worten das Tragische des Geschehens des jungen Studenten dem Hause vor Augen, aber geflissentlich vermied er es, der Regierung Vorwürfe zu machen oder gar sie zur Rechenschaft zu ziehen. Allerdings bezeichnete er die Bestimmungen über die Aufnahme von ausländischen Studenten als „etwas unzureichend“ und forderte, wie schon bei früheren Gelegenheiten, die baldige Einbringung eines Universitätsgesetzes; aber das war auch alles; man merkte es ihm deutlich an, daß er sich ängstlich hütete, irgendeiner Institution des Polizeistaats Preußen zu nahe zu treten.

Kein Wunder, daß die Ressortminister Herr Troitzky und Herr v. Dallwitz sich ihre Antwort leicht machten. Der Kultusminister sprach etwas von der Gastfreundschaft, die Preußen den ausländischen Studierenden erweist, und setzte die Praxis auseinander, die russischen Studenten gegenüber geübt wird — eine echte Polizeipraxis. Die Polizei muß der Universitätsbehörde mitteilen, ob in materielle oder politische Hinsicht gegen die Immatrikulation eines Studenten Bedenken vorliegen. Nun sind die Universitäten, wie der Minister hervorhob, zwar nicht verpflichtet, der Auskunft des Polizeipräsidenten unbedingt Folge zu leisten. Unseres Erachtens ist das nur ein Spiel mit Worten. Angenommen, eine Universität würde einen Studenten entgegen dem Einspruch der Polizei als Hörer zulassen, so würde die Polizei, um ihren Zweck zu erreichen, zweifellos zur Ausweisung des Betroffenen schreiten. Für den Fall Dubrowsky selbst bestritt der Minister jeden inneren Zusammenhang zwischen dem Selbstmord und der polizeilichen Auskunft. Noch toller trieb es sein Kollege vom Ministerium des Innern, der die Polizei von jeder Schuld reinzuwaschen sich bemühte und zu ihrer Rechtfertigung dem Hause die unglaublichsten Märchen zu erzählen wagte.

Aber die Herren Minister wissen, was sie dem Junterparlament bieten können. Die Herren von der äußersten Rechten bis zu der bürgerlichen Linken erklärten sich durch die Ausführungen der Regierungsvertreter für befriedigt; sie alle sind davon durchdrungen, daß weder die Polizei, noch die Universität auch nur die geringste Schuld trifft. Ja, der konservativen Redner, Abgeordneter v. d. Oßen, benutzte sogar die Gelegenheit zu einer Attacke auf die Sozialdemokratie, und der freikonservative v. Kardorff vollends sprach sein Bedauern darüber aus, daß das Haus seine kostbare Zeit mit solchen Debatten verstreue. Für diese Sippkaffe haben bekanntlich nur die Debatten Wert, die ihnen selbst Vorteile auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiete bringen.

Doch nicht genug damit, daß die Redner der bürgerlichen Parteien sich nur auf kurze Erklärungen beschränkten, die den Kern der Sache gar nicht berührten, stellten sie auch an den von der Sozialdemokratie als Redner angesehenen Genossen Liebknecht das dreifache Ansuchen, er solle sich verpflichten, nicht länger als 10 Minuten zu reden, und als Liebknecht diese Zumutung zurückwies, beantragte die Rechte, unmittelbar bevor er zu Worte kommen sollte, den Schluß der Debatte. Aber die Herren hatten sich verrechnet, der Schlussantrag wurde abgelehnt, und nun nahm Liebknecht die Gelegenheit wahr, nicht nur den skandalösen Versuch der Mundtotmachung der Sozialdemokratie in gebührender Schärfe zu brandmarken, sondern auch eine flammende Anklage gegen das System der Abhängigkeit Preußens von Rußland zu halten, eine Rede, die endlich einmal hineinleuchtet in die fortgesetzten Manöver der russischen Regierung, mit Hilfe der preussischen Polizei die Studenten zu beschließen und Tausende von Existenzen alljährlich auf Grund falscher Denunziationen ins Unglück zu stürzen. „Die Polizei pfeift, und die Universität muß tanzen.“ In diesen Worten des sozialdemokratischen Redners kommt die Allmacht der Polizei zum Ausdruck, die in Wirklichkeit die Universitäten beherrscht, ohne daß Studierende oder akademische Lehrer ein Gefühl für das Beschämende eines solchen Zustandes haben.

In die Liebknechtsche Rede, während der die Minister demonstrativ den Saal verließen, schloß sich eine scharfe Geschäftsordnungsdebatte, weil die Mehrheit die Angriffe unseres Redners gegen ihre Geschäftsführung nicht als begründet ansehen wollte. Was natürlich nicht beweist, daß nicht Liebknecht trotzdem im Recht war.

Am Freitag stehen neben der zweiten und dritten Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichswertzuwachssteuergesetz Initiativanträge und Petitionen auf der Tagesordnung.

Vom albanischen Aufstand.

Stutari, 17. Mai. (Eig. Ber.)

Mit dem albanischen Aufstand ist es wie mit den meisten Dingen: sieht man ganz in ihrer Nähe, so sieht man in der Regel weniger als der, der aus der Entfernung eine bessere Perspektive hat. Die türkischen Offiziere schweigen sich aus oder schneiden gewaltig auf, die albanischen Führer, soweit man mit ihnen Kontakt gewinnen kann, stellen die Ereignisse natürlich ebenfalls nach ihrer sehr subjektiven Besart dar, und so ist man gezwungen, die Nachrichten, Meldungen und Gerüchte, die hier durcheinanderschwirren, gehörig zu filtrieren, wenn man einigermaßen zur Klarheit gelangen will. Auf jeden Fall ist man hier in der Lage, die oft wahnwichtigen Reportererfindungen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. So stand in einem italienischen Blatt recht erbaulich zu lesen, wie die ausländischen Albaner zu irgend einem Feiertag ihrer Madonna einen zweitägigen Waffenstillstand erbeten und auch erhalten hätten, wie sie dann zur Anbetung besagter Madonna nach Stutari gekommen und nachher wieder, zu neuem Kampf gestärkt, in die Berge zurückgezogen seien. In Stutari selbst erinnerte sich der bekannte älteste Mann weder dieser noch einer ähnlichen Begebenheit. Von dem Berichterstatter einer sehr großen deutschen Zeitung erzählt man sich sogar, er habe sofort nach seiner Ankunft in Stutari seinem Platz freudestrahlend mitgeteilt, die neugeworbenen christlichen Soldaten seien man zahlreich, den Rosenkranz abhaspelnd, herumlaufen, in vollkommener Unkenntnis dessen, daß auch der Mohammedaner seinen Rosenkranz, seinen Tesbih, hat und ihn fast als Ersatz eines Spazierstockes ständig mit herumträgt.

Tatsache ist, daß heute noch der Aufstand lokalisiert ist. Heute noch, denn ob nicht morgen schon das wilde und zerstückelte Bergland östlich von Stutari in heißen Flammen auflodern und ob nicht dann auch der Aufstand noch weiter greifen wird, in die Gegenden von Diakova und Ipek, wo er im vergangenen Jahre wütete, darüber sind die Meinungen hier sehr geteilt. Die Zahl der Aufständischen, die bis jetzt im Felde stehen, schätzt man auf drei, vier, allerhöchstens auf fünftausend. Sechs bis acht Pferdebeständen von Stutari schleicht man sich, im Gebiet der Kastri, tagtäglich herum. Von einer planmäßigen Anlage und Leitung des Aufstandes ist aber recht wenig zu verspüren. Es handelt sich auch hier um halb- oder ganz-wilde Bergbewohner, die unter dem Druck der wirtschaftlichen Not zum Mause gegrißen haben und die nichts von der jungtürkischen „Freiheit“ wissen wollen, die sich für sie mit den beiden verhassten Begriffen: Steuern zahlen und Soldat werden erschöpft. Sie denken dabei nicht an einen Abfall vom osmanischen Reich, denn sie betrachten sich als die wahren Vertreter des Osmanentums, dessen Traditionen sie gegen die jungtürkischen Umstürzler schützen zu müssen glauben. Es heißt sogar, daß sie unter dem Ruf: Padişah tschok jaschal! (Lang lebe der Sultan!) in den Kampf ziehen, womit sie allerdings nicht den Protegé des Komitees Einigkeit und Fortschritt, sondern den Befehlener der Villa Akattin meinen.

Unter einheitlicher Leitung hätte es jedenfalls im Anfang des Aufstandes gelingen müssen, Stutari mit Sturm zu nehmen, wenn anders Bergbewohner vom Schlage der Schkipetaren zu einer anderen Kampfsmethode, als sie der Guerillakrieg zwischen den Felsen bedingt, gebracht werden können. Die Einnahme von Stutari durch die Albaner wäre auf jeden Fall nicht nur ein strategischer, sondern mehr noch ein bedeutender moralischer Erfolg gewesen und hätte mit Bestimmtheit den allgemeinen albanischen Aufstand nach sich gezogen, den die Jungtürken heute nur fürchten.

Denn anders läßt sich die merkwürdige Untätigkeit nicht erklären, in der Torghut Pascha, der Oberkommandierende der Operationsarmee, verharrt. Zwar behauptet er, längst genügend Truppen zur Hand zu haben — es sind beiläufig 25 000 Mann — und weiteren Nachschubs gar nicht mehr zu bedürfen. Wenn er trotzdem ruhig in seinem Konak sitzt und einen entscheidenden Schlag scheut, so weil er eine Niederlage selbst und ihre sehr bedenklichen Folgen fürchtet.

Seine Soldaten, in der Hauptsache kleinasiatische Vataillone, halten sich vorläufig durch Sengen, Brennen, Morben, Schänden und Plündern schadlos. Auf's neue läßt sich hier durch die Schandthaten seiner vertierten Soldateska Torghut Pascha bestätigen, daß der Namen eines Bluthundes nicht zu Unrecht führt. Das „zivilisierte“ Europa müßte in einen Schrei des Abscheus und der Empörung ausbrechen über das, was hier von den erst so gefeierten Jungtürken verübt wird und was so ziemlich alle Greuelthaten des Abdul Hamid'schen Regimes wenn nicht übertrifft, so doch sicher erreicht. Aber das „zivilisierte“ Europa schweigt. Zu sehr buhlen die einzelnen Großmächte um die Gunst der hohen Pforte, als daß eine es wagte, zuerst ihre Stimme zu erheben und so der Konkurrenz einen Vorsprung in der türkischen Gunst zu lassen. Aus dem gleichen Grunde deckt die gleichfalls unterrichtete große europäische Presse den Mantel christlicher Varmherzigkeit über die zügellose Blutwirtschaft der Jungtürken in Albanien.

Und auch unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist der albanische Aufstand lehrreich.

Eine russische Drohnote.

Aus Petersburg meldet ein offizielles Telegramm: Der russische Botschafter in Konstantinopel ist beauftragt worden, der türkischen Regierung nachstehende Mitteilung zu unterbreiten: Seit Ausbruch der albanischen Unruhen hat die türkische Regierung unaufhörlich der kaiserlich-russischen Regierung ihren unerschütterlichen Wunsch kundgegeben, daß der internationale Friede nicht gestört werde. Aus den letzten Nachrichten geht hervor, daß die Truppen besonders in der unmittelbaren Nähe der montenegrinischen Grenze zusammengezogen sind. Hieraus ergibt sich eine ernste Gefahr für den Frieden, weil der geringste Zwischenfall einen Grenzkonflikt hervorrufen kann, dessen Folgen zurzeit schwer vorzusehen sein würden. Gleichzeitig hält die russische Regierung für notwendig, hinzuzufügen, daß die militärischen Maßregeln, welche von der montenegrinischen Regierung zum Schutze der montenegrinischen Grenze ergriffen worden sind, nach ihrer (der russischen Regierung) Ansicht nicht als eine Drohung gegen das Nachbarland aufgefaßt werden können, und daß sie lediglich natürliche Maßnahmen darstellen zum Zwecke der eigenen Verteidigung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem eigenen Gebiete. In der Ueberzeugung, daß die Pforte diese Anschauung teilt, drückt die russische Regierung die Hoffnung aus, daß die türkische Regierung zur Erhaltung der Ruhe und des Friedens es als möglich anerkennen wird, unverzüglich und in kategorischer Form ihre durchaus friedlichen Gesinnungen gegen Montenegro zu erklären und daß sie dadurch beitragen wird zur Bechränkung des Kriegszustandes und damit zu der Möglichkeit, die außerordentlichen militärischen Maßnahmen rückgängig zu machen, welche bereits von Montenegro ergriffen worden sind. Die kaiserlich-russische Regierung ihrerseits, ausschließlich besorgt um die Erhaltung des Friedens, wird nicht verfehlen, der königlich-montenegrinischen Regierung andauernd Rührung und Ruhe anzuraten.

Damit nimmt Rußland seine alte Rolle als Beschützer der christlichen Balkanstaaten gegen die Türkei wieder auf. Die Note wendet sich in der alten brüderlichen und bescheidenen Weise an die türkische Regierung, ganz als ob es nie eine jungtürkische Revolution gegeben hätte. Ebenso wie zu Zeiten Abdul Hamids mischt sich Rußland in die inneren Angelegenheiten der Türkei. Ob sich die nationalistischen Jungtürken eine solche Sprache gefallen lassen wollen und können, ohne im eigenen Lande ihre Stellung unrettbar zu kompromittieren, ist freilich sehr die Frage. Auf der anderen Seite ist aber Rußland kaum in der Lage, hinter seine drohenden Worte Laten zu sehen. Und so darf man annehmen, daß nach einigen diplomatischen Gefechten das heraufziehende Balkanungewitter wieder vorübergehen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Mai 1911.

Konservativer Grimm.

Die Tatsache, daß das gleiche Wahlrecht für Elsaß-Lothringen gegen die konservativen Wahlrechtsfeinde dank der Mitwirkung der Sozialdemokratie durchgesetzt worden ist, hat die ganze rechtsstehende Presse in nicht geringe Aufregung versetzt. Herr v. Bethmann Hollweg wird fast schon so schlecht behandelt wie einstmal Caprivi, der ja auch die Durchsetzung der Handelsverträge nur der sozialdemokratischen Hilfeleistung zu danken hatte. So schreibt der „Reichsbote“ unter dem Titel: „Die Kapitulation der Reichsregierung“:

„Nun hofft die Reichsregierung einen durchgreifenden Wandel zum Besseren erzielen zu können, wenn sie die Volkammer nach dem Muster des Reichstags zusammensetzt, auf Grund eines Wahlrechts, welches noch radikalere gestaltet ist wie das für den letzteren. Den Elsaß-Lothringern bewilligt man allgemeine, geheime, direkte und gleiche Wahlen, die auch noch an einem Sonntag abgehalten sind! Heißt das nicht wirklich den Teufel durch Beelzebub antreiben? Nach allen Verheerungen des Reichstagswahlsystems auf politischem und sittlichem Gebiet!“

Und die „D. Tagesztg.“ meint:

Tatsächlich ist die Aufgabe der Pluralstimmen — der nach den heutigen Regierungserklärungen trotz allem die Regierung auch und doch noch zustimmt! — das Zugeständnis, das der Sozialdemokratie die Brücke zur Mehrheit baut und die Majorität erst sicherte; und die weitere Tatsache, daß die Sozialdemokratie hinzugezogen wurde unter der Ägide des Vertreters des Kanzlers, nimmt unseres Erachtens dem Herrn Reichsführer das Recht zu sagen, er habe der Sozialdemokratie nur nicht verweigern können und wollen, zur Mehrheitsbildung beizutragen. Unter diesen Umständen wird der Herr Reichsführer es verstehen, wenn wir nochmals unser Bedauern darüber unterstreichen, daß diese Hinzuziehung der republikanischen Partei erfolgt ist bei einer Vorlage, in der es sich um eine Erweiterung und Festigung der Rechte des deutschen Kaiserthums handelt. Denn wir glauben nicht, daß die Sozialdemokratie irgend etwas tun wird, wovon sie einen nationalen Gewinn oder gar eine Förderung der Monarchie erwartet. Und darum glauben wir, daß mit ihr kein ausrichtiges Kompromiß auf diesem Gebiete möglich ist und daß deshalb mit ihr gar nicht erst verhandelt werden darf in Verfassungstragen, in den großen Fragen von Kaiser und Reich!“

Daß unsere Zustimmung nicht der Förderung der Monarchie gilt, sondern der Verankerung der Demokratie in Elsaß-Lothringen und darüber hinaus dient, ist durchaus richtig. Auch buchen wir mit Vergnügen das Eingeständnis, daß es wesentlich das Verdienst der Sozialdemokratie ist, wenn das gleiche Wahlrecht für diesen neuen Bundesstaat gewonnen wird. Im übrigen aber wird sich das Junkertum schon daran gewöhnen müssen, wenn sich die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse die Geltung verschaffen, die dem Gewicht ihrer politischen Macht entspricht. Und wir hoffen, daß die Junker und Scharfmacher im neuen Reichstage dank dem erhöhten Einfluß einer verstärkten Fraktion noch viel unangenehmere Erfahrungen machen werden.

Die Herbstsession.

Die Regierung hat dem Reichstag das Gesetz zugeben lassen, das die Ermächtigung zur Vertagung des Reichstages bis zum 10. Oktober enthält. Gleichzeitig legt die Regierung ein Diätengesetz vor, das für die Monate Oktober und November eine Entschädigung von insgesamt 700 M. vorsieht.

Einen Tobsuchtsanfall

hat das Blatt der Banzerplatten-Patrioten, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, bekommen, weil es Leute in Deutschland gibt, die vernünftig genug sind, in der Marokko-

Märe keinen Anlaß zu einer Kriegshebe gegen Frankreich zu erblicken. Die unmittelbare Veranlassung zu den gemeinschaftlichen Aufständen des Organs der deutschen Schwereindustrie ist eine Umfrage, die der Berliner Berichterstatter des Pariser „Matin“ bei verschiedenen deutschen Parlamentariern über das Verhalten Deutschlands in der Marokko-Angelegenheit vorgenommen hat. Unter anderen haben sich der Prinz von Löwenstein, die Abgeordneten Paasche, Rimpau und auch Genosse Dr. Frank nach dem „Matin“ dahin geäußert, daß Deutschland sich um Marokkos willen nicht in einen Konflikt mit Frankreich einzulassen werde. Diese ganz vernünftige Meinung bringt aber die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ so aus dem Häuschen, daß sie die Richtigkeit der „Matin“-Werbung angezweifelt. Sollte der „Matin“ aber recht haben, so sei es „die gewissenloseste Niedertrachtigkeit“ und Verrat am deutschen Volk und den Lebensinteressen des Deutschen Reiches, wenn sich deutsche Reichs- und Landtagsabgeordnete so geäußert hätten. Aber damit nicht genug, das edle Blatt, das angeblich so sehr auf Wahrung der „nationalen Ehre“ bedacht ist, verlangt von der Regierung, daß sie den „Matin“-Korrespondenten wegen „nichtwürdigster Brunnengiftung“ sofort ausweist.

Derartige Kollisionsfälle sind nur noch pathologisch zu bewerten. Der kalte Wasserstrahl, den die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ kürzlich wegen ihrer rüchelfastigen Krempelung Desterreichs von der Nordd. Allgem. Ztg.“ erhalten hat, ist wirkungslos geblieben. Die Kriegsstilleheit des rheinisch-westfälischen Blattes ist eben unheilbar.

Eine Landtagswahl in Württemberg.

Dienstag fand im württembergischen Oberamt Leonberg der zweite Wahlgang statt. Da die Volkspartei sich zu einer offenen Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten nicht entschließen konnte, weil sie behauptete, ihrer Anhänger nicht durchaus sicher zu sein, standen sich wiederum drei Kandidaten gegenüber. Es erhielten der Bauernbündler Reichstagsabgeordneter Roth 2800, der sozialdemokratische Kandidat Schumacher 2564 und der Volksparteiler Hartmann 1423 Stimmen. Roth ist somit gewählt. — Im ersten Wahlgang erhielt Roth 2425, Schumacher 2106 und Hartmann 1799 Stimmen. Während also der Volksparteiler 356 Stimmen weniger erhielt, hat die bündlerische Kandidatur eine Steigerung um 384 und die sozialdemokratische Kandidatur eine solche um 458 Stimmen erfahren. Die letztere Steigerung ist auf Reserven der Sozialdemokratie und zum kleinen Teil auf den Zufluß volksparteilicher Stimmen zurückzuführen.

Die Volkspartei trägt Schuld an der Auslieferung des Wahlkreises an den Bauernbund. Zwar ist die Aufrechterhaltung der volksparteilichen Kandidatur in diesem Falle an sich nicht zu beanstanden; die Volkspartei hätte aber zeigen müssen, daß die Aufrechterhaltung lediglich den Zweck hat, den Übergang von Stimmen auf den Bündler zu verhindern. Ihre Agitation ließ jedoch diesen Zweck vollständig vermissen. Eine Niederwerfung des Bauernbundes wäre, wie das Ergebnis zeigt, verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen gewesen.

Das Ende des marokkanischen Vorspiels.

Der Vormarsch des Generals Roinier ist mit dem unblutigen Einzuge in Fes abgeschlossen. Die „Belagerung“ der Stadt und die „Kotlage“ der Europäer ist tatsächlich nur eine Erfindung der von den Marokkotreibern ausgehaltenen Presse gewesen. Die ausländischen Stämme, die vielleicht an einzelnen Stellen vor den Mauern der Hauptstadt ihre Zelte aufgeschlagen hatten, haben sich, wie das in Marokko sehr häufig der Fall ist, nicht auf eine gemeinsame Aktion einigen können und haben es vorgezogen, in ihre Heimat abzugehen. Damit hätte die französische Einsatzkolonne ihren Zweck erfüllt.

Aber man darf nicht etwa darauf rechnen, daß sie bald wieder Fes den Rücken kehren wird. Im Gegenteil. Der Vormarsch auf Fes war erst das Vorspiel der Okkupation. Die Presse der kapitalistischen und militaristischen Marokkointeressenten, die die Lage erst nicht schwarz genug schildern konnte, sucht jetzt nachzuweisen, daß eine Befestigung Marokkos ohne große Opfer und Kosten möglich sei. Es werden sich genug Vorwände finden, die Kolonne Roinier mit ihren Etappenstationen, die die Verbindung mit den atlantischen Häfen bedeuten, im Innern des Landes zu lassen und ebenso das Marokkojägerkorps stets konzentriert und marschbereit zu halten. Die nächsten Aufgaben, die die Franzosen für sich in Anspruch nehmen, bestehen in der Organisation des Sultanreiches, das mit französischen Offizieren und Unteroffizieren versehen werden soll, in der Sanierung der Finanzen, in der Regelung der Steuereintreibung usw. Alles Maßnahmen, die nur dazu dienen werden, Zeit zu gewinnen und sich in den besetzten Gebieten häuslich einzurichten. Nebenher werden ganz sicher verschiedene „Strafexpeditionen“ gegen Stämme gehen, die den Vormarsch Roiniers „beunruhigt“ oder sonst etwas auf dem Herzholze haben, wodurch wiederum die schönsten Vorwände zum Verweilen der französischen Truppen gegeben werden. Ob diese Pläne den Marokkotreibern gelingen werden, läßt sich jetzt nicht sagen, da das französische Ministerium durch die Katastrophe von Jisy-les-Moulineaux noch etwas desorganisiert ist.

Die deutschen Marokkoheher suchen natürlich aus der neuen Lage für ihre gemeinschaftlichen Sonderinteressen Münze zu schlagen. So schreibt die „Scharfmacher“, Post:

Wir halten es für selbstverständlich, daß unser Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von seinem Urlaub unmittelbar zurückkehrt. Die Algerienfrage wurde seitherzeit beschlossen in der Annahme, daß auf diesem Wege die Integrität und Souveränität Marokkos aufrechtzuerhalten sei. Die Entwidlung hat gezeigt, daß diese Hoffnung falsch ist. Ein Unterzeichner der Algerienfrage, Frankreich, hat die Akte selbst durchbrochen und ihre Grundbestimmungen beseitigt. Das Deutsche Reich hat also heute wieder volle Aktionsfreiheit. Es bieten sich ihm zwei Wege, um seine Stellung zu wahren: Entweder unterstützt es den Sultan Mulay Hasid, damit er seine Selbständigkeit oder sein Land unverehrt erhalten kann, oder es tritt mit Frankreich in neue Verhandlungen über die Zukunft Marokkos ein. Jeder dieser Wege kann zu einem Erfolge führen. Eine neue Konferenz oder neue Verhandlungen mit all den Mächten, die durch die Konferenz Gelegenheit erhielten, sich in den marokkanischen Handel hineinzuwickeln, wären durchaus zwecklos. Aber notwendig erscheint es uns, daß jetzt sofort gehandelt wird.

Wir können demgegenüber nur von neuem betonen, daß das deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterschaft nicht die geringste Ursache hat, es um Marokkos willen auf einen Konflikt mit Frankreich ankommen zu lassen.

Französische Präsumtionen.

Paris, 24. Mai. Die Blätter erörtern die Nachricht von dem Einmarsch der französischen Truppen in Fes mit großer Befriedigung. Sie äußern insbesondere darüber ihre Freude, daß das Ergebnis ohne allzu große Opfer erzielt worden ist. Die Leistungen, die stets eine energische Marokkopolitik befürwortet haben, erklären, es zeige sich, daß das sogenannte marokkanische Wespennest und der heilige Krieg, womit zaghafte Politiker das französische Volk hätten schrecken wollen, durchaus nicht so gefährlich sei. Frankreich müsse ohne Schwäche die Aufgabe wacker bewältigen, die es so glücklich begonnen habe.

Ein neuer Präsident.

Paris, 24. Mai. Nach einer Meldung aus Agibuzeri vom 22. d. Mts. hat die Mahalla Duranis ihren Marsch unterbrochen, da in der Gegend von Aur ein neuer Kagi austritt und den heiligen Krieg verkündet. Dieser neue Kronpräsident verfügt über 1200 Krieger, die den Diebhaasstämmen angehören. Die Raids im Ghazal-Gebiet treffen Vorbereitungen, um der Bewegung Einhalt zu tun.

Frankreich.

Kein Ministerwechsel.

Paris, 24. Mai. Nach einer halbamtlichen Note wird der Ministerpräsident die von ihm zum Nachfolger Bertheux auszuwählende Persönlichkeit am Sonnabend im Ministerrat bekanntgeben, so daß das Kabinett bei der für Montag anberaumten Wiederaufnahme der Kammerverhandlungen vollständig sein wird. Das Ministerium wird von der Kammer eine Abänderung ihrer vor den Oberkammern gefassten Beschlüsse verlangen, wonach gleich zu Beginn der gegenwärtigen Tagung die Beratung der Wahlreform in Angriff genommen werden sollte. Marine-Minister Descazeaux wird beantragen, daß dem Gesandtschaftsbericht über das Flottenprogramm der Vorrang gelassen werden möge, da hierdurch der Bau der geplanten Kriegsschiffe beschleunigt werde.

Die Besserung im Befinden Ronis hält an.

Verurteilung eines Kaiserdemonstranten.

Paris, 24. Mai. Das Justizpolizeigericht verurteilte gestern den Bauangestellten Mazarette, der gelegentlich der Kaiserfeier auf die Kaiserin geschossen hatte, zu 6 Monaten Gefängnis.

Belgien.

Gegen den Merkantilismus.

Brüssel, 22. Mai. (Fig. Ver.) Dem ununterbrochenen Reigen von Protestversammlungen gegen das Schulgesetz schloß sich gestern die gewaltige Senter Manifestation an. Gut 10000 Menschen schritten im Zug, darunter hunderte von Teilnehmern aus den Ortschaften und Dörfern der bläulichen Provinz. Auf den Plätzen der Manifestanten, auf Tafeln und Standorten stand in allen Variationen der Protest gegen das Merkantil Schulgesetz zu lesen. Ebenso lehrte die Forderung nach allgemeinem Wahlrecht immer wieder. Auf Schildern mit entsprechenden Allegorien las man: 20 Millionen für die Klöster! Und: Nieder mit dem Schulschein — die Klöster beugen Millionen.“ In die Versammlung im Casino sprachen neben liberalen Deputierten für die Sozialisten Genosse Ghuymans (blämisch) und Wandenvelde. Die Manifestation war eine gemeinsame Veranstaltung von Sozialisten und Liberalen — doch überwiegte natürlich bei weitem das Arbeiterelement. — Herr Schollaert wird auch nach dieser Manifestation behaupten, daß das Land für das Schulgesetz begeistert ist.

Das neue Schulgesetz.

Brüssel, 24. Mai. In der heutigen Kammer Sitzung wurde die Debatte über die Entgegennahme des neuen Schulgesetzes eröffnet, welcher vor einigen Tagen von einer Gruppe Abgeordneter der Rechten eingebracht worden ist. Die Mitglieder der Linken und der Rechten sind vollständig erschienen und man ist auf eine erregte Debatte gefaßt. Bis jetzt ist kein nennenswerter Zwischenfall zu verzeichnen. Der katholische Abgeordnete Limburg-Styrum verteidigt den Entwurf und wird bei seinen Ausführungen fortgesetzt von Mitgliedern der Linken beider Gruppen unterbrochen. Die Sozialisten und Liberalen sind entschlossen, die Debatte zu verzögern, um zu verhindern, daß vor 5 Uhr nachmittags irgend eine Abstimmung erfolgt, damit die Beratungen auf die lange Bank geschoben werden.

Portugal.

Die kontrerevolutionäre Bewegung.

Lissabon, 24. Mai. Die Gerüchte von einem monarchistischen Komplott gegen das neue Regime nehmen immer erustere Formen an. Die Blätter veröffentlichen jetzt eine Liste der Namen von 31 Personen, darunter 8 Priester, die in Oporto verhaftet worden sind.

Die Zivilgouverneure haben viele Exemplare des Protokolls der Bischöfe gegen die Trennung von Kirche und Staat mit Beschlag belegt. Der Ministerrat hat beschlossen, gegen die Bischöfe vorzugehen.

Eine Kundgebung des Papstes.

Rom, 24. Mai. Der „Observatore romano“ bringt folgende Note: Wir erfahren, daß demnächst eine Enzyklika des Papstes an die Bischöfe der ganzen Welt erscheinen wird, in der der Papst entschieden gegen die Verfolgung protestiert, denen die katholische Kirche von seiten der portugiesischen Regierung ausgesetzt ist, besonders aber gegen das ungerechte Trennungsgesetz.

Rußland.

Menschenjocherei.

Sern, 24. Mai. Neunzehn Gefangene, die zu den Bauten für die Amurbahn bestimmt waren, haben am 19. d. M. in der Nähe von Tjumen im Wohnzuge die Wochsoldaten überfallen und einen Fluchtversuch unternommen. Vier von den Gefangenen wurden tot in dem Wagon aufgefunden, sechs bei der Verfolgung getötet und acht schwer verwundet und wieder ergriffen. Von den neun sie begleitenden Wochsoldaten sind acht tödlich verwundet worden.

Amerika.

Die Schiedsverträge.

New York, 24. Mai. Wie aus Tokio gemeldet wird, wird in offiziellen Kreisen erklärt, Japan sei bereit, Unterhandlungen über einen allgemeinen Schiedsvertrag mit Amerika anzuknüpfen und Vorschläge für einen solchen Vertrag zu unterbreiten, falls es dazu eingeladen würde. Die Regierung interessiert sich lebhaft für den Vertragsentwurf.

Aus der Partei.

Die englische S. D. P. und die Rüstungsfrage.

Man schreibt uns aus London: Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß es bei der militärischen Resolution der Coventryer Konferenz der englischen „Sozialdemokratischen Partei“, die für die imperialistischen Heer haben wie drüben ein gesundes Fressen war, nicht sein Bewenden haben wird. Es zeigt sich, daß der „Bogislaus“ innerhalb der S. D. P. doch noch eine Macht ist,

mit der gerechnet werden muß. Zwei der herborragtendsten und verdienstlichsten Mitglieder der S. D. P., die Genossen J. B. Green und Herbert Burrows, der erstere ein langjähriger Staboffizier der Partei, der letztere der frühere sozialdemokratische Parlamentskandidat für Dagenham, haben bekanntlich wegen der Coventryer Resolution öffentlich ihren Austritt aus der S. D. P. erklärt. Andere einflussreiche Mitglieder der Partei hatten mit diesem letzten Schritt nur deshalb noch zurück, weil sie der Coventryer Resolution den Charakter eines rechtsgültigen Parteibeschlusses absprechen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Annahme der Resolution regelwidrig erfolgt, daß sie vom Vorstand plötzlich eingebracht worden ist, ohne daß die Ortsgruppen vorher Gelegenheit gehabt hätten, zu ihr Stellung zu nehmen, daß die Debatte nicht in billiger Weise geleitet worden ist, usw. Sie fordern deshalb, daß beide sich gegenüberstehende Resolutionen noch einmal der Gesamtpartei zur klaren Entscheidung vorgelegt werden und von dieser Entscheidung wollen sie ihre Stellung zur Partei dann abhängig machen. Im allgemeinen kann man ohne Übertreibung sagen, daß der Beschluß von Coventry eine förmliche Revolte gerade der besonnenen Elemente der Partei nach sich gezogen hat und die Partei geradezu mit dem Zerfall bedroht. Es ist deshalb sehr ersehnlich, daß der Parteivorstand, dem auch die Genossen S. D. M. und Quack angehören, sich veranlaßt gesehen hat, der herrschenden Stimmung Rechnung zu tragen und den Beschluß gefaßt hat, die beiden Resolutionen den Ortsgruppen der Partei noch einmal zur Entscheidung zu unterbreiten. Hoffentlich zeitigt diese Abstimmung ein Ergebnis, das den inneren Frieden der S. D. P. und ihr Prestige in der internationalen Bewegung wieder herstellt.

Gemeindevahlerfolg. In Neuenhagen (Neumark) waren vor 1½ Jahren unsere Genossen mit großer Mehrheit in die Gemeindevetretung gewählt worden. Diese Wahl war aber losgerissen worden. Am Mittwoch fand wiederum Wahl statt, bei der für die sozialdemokratischen Kandidaten 89 Stimmen gegen eine einzige gegnerische abgegeben wurden.

Dolzeitliches, Gerichtliches usw.

Eine Justizaktion in der Bochumer Epibelsaffäre.

Das „Bochumer Volksblatt“ trugte unlängst einige Briefe ab, die der Polizeipräsident Stephan Wiele an die dortige Polizei gerichtet hatte. In diesen Briefen berichtete Wiele über seine Tätigkeit und wie er sich Eingang in den polnischen Vereinen zu verschaffen suchte. Nunmehr ist gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Bierenkämper ein Verfahren gegen Unbekannt eröffnet worden. Gegen den verantwortlichen Redakteur des polnischen Organs „Wiarys Polski“ ist das gleiche Verfahren eingeleitet.

Aus Industrie und Handel.

Victoria.

Mit der von uns angeführten Frage der Blumenerzeugung bei der Victoria und dem schönen Verhältnis zwischen den Geldrenten an die Hauptmacher und den Löhnen der Angestellten beschäftigt sich eine bürgerliche Korrespondenz. Sie bemerkt dazu u. a.:

Ein ähnliches ungünstiges Verhältnis zwischen den Zantiemen und den Einkünften der Aktionäre besteht auch bei den meisten der großen deutschen Banken. Doch ist hier der Unterschied bei weitem nicht so groß wie bei der Victoria. Die Aktionäre haben vollkommen recht, wenn sie eine Erhöhung der Dividende verlangen. Nur ist es etwas zweifelhaft, ob sie in der Lage sein werden, eine Veränderung der Gewinnverteilung durchzusetzen. Die Verwaltung dürfte die Majorität der Aktien, die im übrigen einen Kurs von fast 10000 M. haben, besitzen. Immerhin ist es schon ersehnlich, wenn derartige Mißstände zur Diskussion in der Generalversammlung und in der Öffentlichkeit gebracht werden. Ein anderer Punkt aus der Gewinnverteilung erscheint jedoch für die Allgemeinheit noch weit wichtiger als die Sparsamkeit in der Dividendenverteilung, die später wieder den Aktionären zugute kommen muß. Es ist in Berlin allgemein bekannt, daß die Victoria ihre Angestellten sehr schlecht bezahlt und ihnen — etwa mit Ausnahme der Agenten — so niedrige Löhne gibt, die sie eben überhaupt zahlen kann. Dagegen hält sie ihre Angestellten unter großem Druck, indem sie ihnen einen Heiratskonkurs auferlegt. Wer sich ohne Einwilligung des Generaldirektors eine Frau nimmt, wird sofort entlassen. Die Einwilligung wird aber nur nach Erreichung einer bestimmten Gehaltsstufe gewährt, einer Stufe, in die die meisten der Angestellten erst nach langer Dienstzeit hinaufkriechen. Ein Verfahren, die Heiratsverhältnisse von einem hohen Gehalt abhängig zu machen, gleichzeitig aber die Gehälter so niedrig wie möglich zu halten, kann um so weniger als mit den guten Sitten vereinbar betrachtet werden, wenn gleichzeitig an die Verwaltung Kliententienzen gezahlt werden, die dem Generaldirektor zum Lohn mit dem größten Einkommen in Berlin machen.“

Der Ansicht, daß die Aktionäre einen berechtigten Anspruch auf noch höhere Bezüge hätten, sind wir nicht. Noch unferer Meinung werden die Versicherer in ganz ungehöriger Weise geschädigt. Die Profitmacherei bei der Privatversicherung ist ein unerhörtes Skandal; auf diesem Gebiete vernachlässigt der Staat seine Pflicht in der allgerühmtesten Weise. Im Interesse des Allgemeinwohlens muß er das Versicherungswesen der kapitalistischen Ausbeutung entziehen, es als staatliche Einrichtung organisieren und ausbauen.

Höhere Umlage und größere Produktionsbeschränkung.

In der Weiratsitzung des Kohlenfiskus am 24. Mai er wurde die nachträglich für das Jahr 1910 erhobene Umlage genehmigt, und die Umlagen für das zweite Vierteljahr 1911 für Kohlen auf 12 Proz., für Koks auf 7 Proz. und für Bricketts auf 12 Proz. festgelegt. Die sich anschließende Jahresversammlung genehmigte nachträglich die vom Vorstand für Mai in Anspruch genommenen Verteilungsanteile und legte diese für die beiden folgenden Monate, Juni und Juli, für Kohlen auf 87 Proz., wie bisher, für Koks auf 65 Proz. (bisher 70 Proz.) und für Bricketts auf 80 Proz. (wie bisher) fest. Der Antrag der Rheinischen Stahlwerke, betreffend die Hüttenzweckfrage, wurde zurückgezogen, da es sich ergeben hatte, daß die Einstimmigkeit, die zur Annahme erforderlich war, nicht erzielt werden konnte.

Der rechnungsmäßige Abgang betrug im April 1911 bei 23 (im gleichen Monat des Vorjahres 25½) Arbeitstagen 5 400 767 (Vorjahr 5 651 864) Tonnen oder arbeitstäglich 237 425 (Vorjahr 224 950) Tonnen.

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 6 738 190 (Vorjahr 6 909 010) Tonnen oder arbeitstäglich auf 292 095 (Vorjahr 278 365) Tonnen und im Monat Mai 1911 auf 7 510 436 oder arbeitstäglich auf 287 483-Tonnen.

Der Saatensstand im Reich.

Vergleicht man die letzten Saatensstandsnotizen mit dem überaus günstigen Jahre 1909, so findet man, daß sie bei Winterweizen, bei Winterroggen und Sommerroggen, bei Gerste und bei Hafer günstiger stehen als damals, daß der Stand bei Sommerweizen gleich und nur bei Spelz etwas günstiger ist. Wegen April ist fast durchweg eine Verbesserung der Saatensstandsnoten zu beobachten, die in manchen Landesteilen sehr erheblich ist. Es stellt sich auch nach dem Winterbericht heraus, daß die Angaben über die Umplägungen stark übertrieben waren. Freilich hat zu diesen Übertreibungen der amtliche Aprilbericht insofern Veranlassung gegeben, als darin gesagt worden war, Umplägungen dürften infolge des Wärses und der starken Wirtshöhe wohl in ziemlich erheblichem Umfange nötig werden. Die Umplägungen bewegten sich aber nur in sehr bescheidenen Grenzen, was nicht ausschließt, daß sie in einzelnen Landesteilen, namentlich in Süd- und Mitteldeutschland, stark über das Mittel hinausgingen.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Die Situation hat sich so zugespitzt, daß die Bäckerei-Groß-Berlin jetzt vor der Frage stehen: Sollen wir in den Kampf eintreten, um die Anerkennung unserer berechtigten Forderungen zu erzwingen? — Die Forderungen, welche die Vertrauensmänner-Versammlung des Bäckerverbandes am Montag aufstellte, sind den einzelnen Meistern zugesandt mit dem Ersuchen, der Lohnkommission bis morgen, Freitag, mittags 12 Uhr, mitzuteilen, ob die Forderungen anerkannt werden. Von denjenigen Meistern, welche der Lohnkommission eine solche Mitteilung bis zum genannten Zeitpunkt nicht zugehen lassen, wird angenommen, daß sie die Forderungen ablehnen.

Zu morgen (Freitag), nachmittags und abends, hat die Lohnkommission vier Versammlungen der Bäcker und Konditoren einberufen. Dieselben haben zu beschließen, ob gestreift werden soll oder nicht. Wer die Stimmung in den Kreisen der Bäckerei kennt, kann mit Sicherheit annehmen, daß der Streik beschlossen wird. Selbstverständlich trifft der Streik nur diejenigen Meister, welche die Forderungen nicht bewilligt haben. Diesen gegenüber wird der Kampf aber mit dem größten Nachdruck geführt werden.

Der Kampf, den die organisierten Bäckereiarbeiter im Interesse des Gewerbes und im Interesse des konsumierenden Publikums gern vermeiden hätten, ist heraufbeschworen worden durch die Mehrheit der Innungen, welche den Schiedsspruch des Einigungsamtes, die Grundlage eines ehrlichen Friedens, ablehnten. Wenn die im Westen Berlins und in den westlichen Vororten sitzenden Innungsführer glauben, sie könnten jede Forderung auf Verbesserung der Lage der Bäckereiarbeiter ohne Widerstand zurückweisen, so haben sie sich geirrt. Selbst in ihren eigenen Reihen finden jene Herren nicht die unbedingte Gefolgschaft, die zum Niederzwingen der Arbeiter erforderlich wäre. Eine erhebliche Zahl von Meistern, auch solche im Westen, haben die neuen Forderungen der Arbeiter durch Vertrag anerkannt. Das wird den Kampf der Arbeiter wesentlich erleichtern, weil ja infolge der zahlreichen Bewilligungen die Front des Gegners von vornherein eine kleinere geworden ist.

Wenn die Bäckereiarbeiter morgen den Streik beschließen — was mit Sicherheit angenommen werden kann —, dann können sie auf die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft und auf deren Unterstützung im Kampfe rechnen. Die kampflustigen Bäckermeister werden es sich zu überlegen haben, ob es nicht für sie das Beste ist, von vornherein zu bewilligen, was ihnen sonst mit aller Energie abgerungen werden müßte. Alle in Bäckereien Beschäftigte werden ersucht, das Inserat in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ aufmerksam zu lesen und die ihnen darin erteilten Weisungen zu befolgen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den Eisenkonstruktionsbetrieben.

Die Unternehmer machen die größten Anstrengungen, Arbeitswillige heranzuziehen oder ihre Arbeiten auf Umwegen fertigstellen zu lassen. Interessant war in letzterer Beziehung eine Unterhandlung zwischen dem Eisenbahnbaumeister in Spandau und der Streikleitung. Der Eisenbahnbaumeister Kiesel trat mit dem Streikleiter Maus in Verbindung und machte das Anerbieten, 100 Mann für die Arbeiten von Drudenmüller, die der Bauart als Ganzes gelaufen und in eigene Regie genommen habe, anzustellen, und zwar zu den Bedingungen, die die Streikenden aufgestellt haben. Ferner verlangte er, die unsfertigen Arbeiten, die noch in den Werkstätten liegen, sollten in anderen Betrieben, wo nicht gestreift werde, fertiggestellt werden. Er versprach noch, daß die jetzt anzustellenden hundert Mann bei Drudenmüller auch fernerhin beschäftigt werden sollten. Das schien ein recht günstiges Anerbieten zu sein, und der Bauart Kiesel wünschte sofort Bescheid, denn er hatte es eilig, die bestimmte Bahnstrecke bis zum 1. Juni fertig sein. Maus konnte selbständig die Angelegenheit nicht entscheiden, aber er rief sofort die Arbeiter von Drudenmüller zusammen. Diese sollten den Bemühungen des Eisenbahnrats alle Anerkennung, aber sie sahen sofort ein, daß sie die gesamte Bewegung schädigen würden, wenn sie einseitig ihren Vorteil wahrnehmen, und sie bedauerten, den Wünschen des Herrn nicht nachkommen zu können. Zugleich aber erörterten sie sehr lebhaft die Möglichkeit, daß durch den Einfluß des Eisenbahnrats auf die Unternehmer vielleicht ein Entgegenkommen von Seiten der streikenden Firmen herbeigeführt werden könnte.

Nicht nur bei Drudenmüller, sondern auch bei anderen Firmen drängt die Arbeit sehr, und alle Mühe, Arbeitskräfte heranzuziehen, nützt nicht viel, denn es fehlt an geeigneten Leuten. Hein, Lehmann u. Co. haben versucht, Leute anzuwerben durch andere Firmen, die nicht bestreift werden; aber die Arbeiter sind wachsam. Sie lassen sich auch nicht durch Passenstransporte von Arbeitswilligen Schreden einjagen. Bei Thyssen ist ein Transport von 73 Mann angekommen; aber die Streikenden fürchten die Konkurrenz nicht, sie sind überzeugt, daß es sich um unfähige Leute handelt.

Bei Drudenmüller sollten die Techniker die Arbeitswilligen im Betriebe anlernen. Das lehnten die Techniker ab und protestierten gegen diese Zumutung.

Der Gewerkschaftssekretär der Gelben, Paul Stein aus Frohnau in Recklenburg, stand am Montagmorgen vor dem Eingang der Firma Hein, Lehmann u. Co., bewaffnet mit Messer und Peil, und versuchte, die Streikenden zu provozieren. Diese aber nahmen ihn die Wochwaffen ab und brachten ihn zur Polizeiwache.

In den Kreisen der Unternehmer nimmt man an, daß Mißbilligungen zwischen den Arbeitern der Eisenkonstruktion und den Bauarbeitern ausbrechen werden, wenn die Bauarbeiter infolge des Streiks zur Untätigkeit auf manchen großen Bauten gezwungen sind. Diese Annahme ist durchaus unbegründet. Die Bauarbeiter denken nicht daran, deswegen den Eisenbauarbeitern zu großen. Sie beobachten den Verlauf des Kampfes mit demselben gespannten Interesse, als wenn es sich um ihre eigene Sache handelt. — Verschiedene Firmen erwarten Bahn- und Wagenladungen mit Eisenbaumaterial, woraus zu schließen ist, daß Arbeit genügend vorliegt. Um so mehr ist die Hoffnung begründet, daß der Kampf zu einem guten Ende geführt werden kann.

Erfolgreicher Abschluß des Streiks der Gasmesser-Klempner.

Zwecks Beilegung des Streiks der Gasmesser-Klempner haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden und es sind dabei Vereinbarungen zustande gekommen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nach diesen 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden ohne Vesperpause. Der Stundenlohn beträgt für die in Gasmesserbetrieben beschäftigten Klempner 65 Pf. Klempner, die noch nicht auf Gasmesser gearbeitet haben, erhalten die ersten 4 Wochen 60 Pf., für die folgenden 8 Wochen 62½ Pf. und danach 65 Pf. Stundenlohn. Klempner, die 13 Wochen lang im Afford mindestens 70 Pf. verdient haben, erhalten, wenn sie in Teillohn beschäftigt werden, 70 Pf. Stundenlohn. Neue Afforde werden auf Grund des Stundenlohnes von 65 Pf. kalkuliert. Die alten Afforde werden revidiert. Streitigkeiten aus den Vereinbarungen werden zwischen dem Arbeitgeber und einer aus Arbeitern des Betriebes gewählten Kommission geregelt. Der Verbandsvertreter Dietrich Berantw. Redakteur; Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil vergütet.

Berichte in einer Versammlung der Streikenden über den Verlauf der Verhandlungen und ihr Ergebnis und verlas die zwischen den Vertretern beider Parteien getroffenen Vereinbarungen. Die Arbeitgeber hatten die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten mit der Führung der Verhandlungen betraut, an denen im übrigen auch ein Vertreter der Firma P i n t s c h sowie die Herren B e s s i n und J a h n teilnahmen. Für den Abschluß eines formgerechten Tarifvertrages waren die Unternehmer nicht zu haben, weil es den Grundgedanken ihrer Vereinigung widerspricht, wie sie erklärten. Es handelt sich um Abmachungen, die mit den einzelnen Firmen unter schriftlich festgelegt werden, und zwar auf unbestimmte Zeit. Nach den gemeinsamen Verhandlungen hat noch eine besondere Aussprache mit der Firma E i s t e r stattgefunden, bei der es sich um die vor zwei Jahren gemachten Abzüge an den Affordpreisen handelte. Herr E i s t e r erklärte sich bereit, die Abzüge größtenteils zurückzunehmen sowie einige andere Zugeständnisse zu machen, so daß wohl auch bei dieser Firma die Beilegung des Kampfes möglich sein wird. — Der Referent empfahl im Namen der Kommission der Versammlung, den Vereinbarungen zuzustimmen, die zwar nicht alles bieten, was gefordert wurde, aber immerhin annehmbare Zugeständnisse enthalten. Die Versammlung erklärte sich dann auch nach längerer Diskussion mit den Vereinbarungen einverstanden und zwar mit allen gegen drei Stimmen.

Eine Lohnbewegung der Schmiede.

Die Innungsmeister sind seit einiger Zeit sehr besorgt, daß die Gesellen in einen Streik treten werden. In einem Rundschreiben an die Mitglieder der Innung teilte der Obermeister Warnke das Folgende mit:

„Die wir erfahren haben, plant die Gesellschaft, ohne vorher mit dem Vorstand der Meisterschaft in Verhandlung zu treten, unbeschäftigt die Arbeit niederzulegen; wir ersuchen die Kollegen dringend, sich auf nichts einzulassen und gesälligst auf die Anweisung des Vorstandes zu warten. — Wir lassen uns nicht überumpeln, wir wollen auch fernerhin zeigen, daß wir Herren im Hause sind.“

Das Schreiben ist datiert vom 12. Mai. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ glaubte sogar, den Ausbruch des Streiks für Montag, den 14. Mai, ankündigen zu können.

In den Gruppenversammlungen, die die Meister in der vorigen Woche abhielten, waren viele Innungsmeister sehr verstimmt über die Aussicht auf einen Streik, und sie erklärten, daß sie von den 6½ Wochen des Kampfes im letzten Jahre noch genug hätten und in der gleichen Weise nicht wieder mitmachen würden. Man verlangte auch, daß die Gesellen der Innung ihre Wünsche vortragen sollten; freilich möchte man nicht mit dem Verbandsvertreter verhandeln.

An allen Streiknachrichten, die in den Kreisen der Meister umliefen, war nur soviel wahr, daß die Gesellen mit den bestehenden Verhältnissen in den Innungsbetrieben sehr unzufrieden sind; sie haben ihre Forderungen von der letzten Lohnbewegung her noch nicht vergessen, aber für eine neue Lohnbewegung oder gar für einen plötzlichen Streik hatte man noch keinerlei Vorbereitungen getroffen, als die Meister schon allerlei Gespenster sahen. Die ersten Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung traf man erst am Dienstag abend in einer Versammlung der Innungsgesellen, die der Zentralverband der Schmiede nach Voelkers Lokal in der Weberstraße einberufen hatte. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde die Verwaltung beauftragt, geeignete Schritte zur Einleitung der Lohnbewegung zu unternehmen. In der Versammlung wurde noch die Frage des Arbeitsnachweises besprochen, die in bezug auf Vermittlung von Arbeit an den Sonntagen besteht. In keinem anderen Gewerbe besteht diese Gepflogenheit, und die Gesellen wünschen, daß hier eine Aenderung eintrete.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Das Lokal von Weinide, Ecke Warschauer- und Komintener Straße, — Warschauer Bierhallen — ist für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Sattler, Schuhmacher, Stepperinnen! In der Samaschensfabrik von Ignaz S c h ü b e l, Kochstr. 3, haben die Arbeiter infolge Differenzen die Arbeit eingestellt. Wir ersuchen, jeden Zugang nach dieser Werkstelle fernzuhalten.

Verband der Sattler und Portefeuilier, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung des Bauarbeiterverbandes.

In Spandau sind die Bauhilfsarbeiter in den Streik getreten. Die Arbeitseinstellung erfolgte fast einmütig. Die Zahl der Streikenden beträgt 200 und schon am ersten Tage waren zirka 100 Maurer in Mitleidenschaft gezogen. Die Bauhilfsarbeiter waren bisher von dem für Maurer und Zimmerer bestehenden Vertragsverhältnis ausgeschlossen, weil der Arbeitgeberverband mit der Organisation ein Vertragsverhältnis nicht eingehen wollte. Der Lohn ist besonders niedrig und beträgt 45 Pf. Der Unterschied zwischen diesen und dem Maurerlohn beträgt 31 Pf. die Stunde, das ist die größte Differenz, die im Reich vorhanden sein wird. In Berlin beträgt sie 25 Pf. und im Reich beträgt sie im Durchschnitt nur 10 Pf. Die Bauhilfsarbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 10 Pf. und Abschluß eines Vertrages. Der Arbeitgeberverband lehnte aber jede Verhandlung ab. Drei Arbeiter haben bereits bewilligt.

Wegen Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen legen die Maurer und Bauhilfsarbeiter in Harkenswalde a. Spree bei den Arbeitgebern Lital, Bades und Kirchner die Arbeit nieder. Die bisher übliche Vergünstigung an den Sonnabenden wurde den Arbeitern entzogen. Diesen Eingriff in alterworbene Rechte wollen sich die Arbeiter nicht gefallen lassen und sind deshalb in die Abwehrbewegung eingetreten.

In Bädewitz im Oberbruch sind die Maurer in Streik getreten; sie fordern eine Lohnerhöhung von 5 Pf. die Stunde. Da die Arbeitgeber im Wege der Verhandlung nicht bewegt werden konnten, den Lohn zu erhöhen, so erfolgte die Arbeitseinstellung.

Zum Kampfe im Hamburger Holzgewerbe.

In der vorigen Woche wimmelte die ganze Hamburger bürgerliche Presse von Terrorismusgeschichten der streikenden Holzarbeiter. Der „Arbeitgeberverband“ tischte den Lesern gar schaurige Erzählungen von Mißhandlungen Arbeitswilliger im Bureau des Holzarbeiterverbandes, halb albernen Ohren, blutigen Köpfen usw. auf.

Der Holzarbeiterverband konnte nun in jedem Falle sofort nachweisen, daß diese Berichte erlogen waren, trotzdem die „Hamburger Nachrichten“ behaupteten, daß die Kriminalpolizei die einzelnen Fälle nachgeprüft habe. Da die Parteipresse der schamlosen Gesellschaft kräftig auf die Finger klopfte, war es einige Tage merkwürdig still in der bürgerlichen Presse, bis jetzt in fast allen Hamburger Blättern folgendes Inserat erscheint:

„Zum Schutze der Arbeitswilligen des Holzgewerbes. Infolge der wiederholt vorgekommenen Mißhandlungen von Arbeitswilligen durch Streikposten oder andere Arbeiter ersuchen wir das gesamte Publikum, und derartige Fälle mitzuteilen. Jeder, der hinreichendes Material bringt, so daß die gerichtliche Verurteilung der Schuldigen erfolgen kann, erhält eine Belohnung von fünfzig Mark.“

Arbeitgeberverband der Holzindustrie von Hamburg und Nachbarkreisen (E. V.), Wollenstr. 12—14.“

Der Schuhverband braucht „Material“, und weil er anders so solchem nicht kommen kann, wird dieser Weg gewählt, um anständige, ehrliche Familienväter ins Unglück zu führen. Es brauchen sich nur Lumpen zu finden, die für 50 M. das Blaue vom Himmel herunterschwören.

Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt sind bisher ergebnislos verlaufen. Der Vorschlag, welchen daselbst die Parteien unterbreitete, liegt nunmehr im Vorkauf vor und lautet:

„Die Parteien einigen sich dahin, daß beiderseits ein paritätischer Arbeitsnachweis anerkannt wird. Auch ein Obligatorium

soll in eingeschränkter Form stattfinden, insofern, daß die Arbeitgeber auch berechtigt sind, selbständig Arbeiter anzunehmen, doch sind die auf diese Weise angenommenen Arbeiter vor Antritt der Arbeit am paritätischen Arbeitsnachweis anzumelden.“

Die Annahme dieses Vorschlages gilt als Vorbedingung der Einsetzung einer sechsmitgliedigen Kommission für den Abschluß der weiteren Einigungsverhandlungen.

Das Einigungsamt wird so lange vertagt, bis die Kommission ihre Beratung beendet und die nachbleibenden Differenzen vorgelegt kann.“

Die Kommission der Arbeiter war nicht in der Lage, diesen Vorschlag zu akzeptieren, weil dadurch das Obligatorium in der Praxis vollständig aufgehoben wäre. Man erklärte sich aber bereit, in einer gemeinsamen Kommission die Fälle, in welchen die Einstellung ohne Arbeitsnachweis statthaft sein sollte, festzulegen, und auch die Arbeitgeberbeiträge im Einigungsamt erklärten, daß nur dann, wenn Arbeiter wegen Arbeitsmangel aussetzen oder wegen Krankheit die Arbeit unterbrechen müßten, diese wieder ohne Arbeitsnachweis angenommen werden dürften. Für alle anderen Arbeiter sollte der Arbeitsnachweis obligatorisch sein. Die Arbeitgebervertreter erklärten darauf, daß man diese Ausnahmen zulassen würde, während die Arbeitgebervertreter nunmehr erklärten, daß mit dieser Auslegung für sie der Vorschlag unannehmbar sei. Der Vorsitzende des Einigungsamtes, Herr Amtsrichter Dr. Wajsen, erklärte daraufhin die Verhandlungen als gescheitert und verkündete, daß das Einigungsamt am 23. Mai zusammenzutreten würde, um einen Schiedsspruch zu fällen. Der Schiedsspruch liegt nun vor. Er entspricht ganz dem, was die Arbeiter befürchtet haben. Juristisch dehnbar und unklar, kommt er den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht im geringsten entgegen, sondern trägt nur den Wünschen der Unternehmer Rechnung. Während bisher das Obligatorium für den Arbeitsnachweis bestand, ist es jetzt durch den Schiedsspruch praktisch vollständig beseitigt. Die Holzarbeiter werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen; das Resultat der Abstimmung ist kaum zweifelhaft. An die Holzarbeiter ergoht daher nach wie vor die dringende Bitte, den Zugang nach Hamburg fernzuhalten.

Soziales.

Ein geradezu trostloses Resultat ergab eine amtliche Wohnungszählung in Würzburg. Von 19 195 Wohnungen stehen nur 120 leer (0,63 Proz.). Noch schlimmer wird das Verhältnis, wenn die Kleinwohnungen ausgerechnet werden. So stehen vor Zweizimmerwohnungen nur 0,33, von Dreizimmerwohnungen 0,46 Proz. leer. Mehrfache Mißstände bestehen noch in verschiedenen anderen nordbayerischen Städten, wo sich in den letzten Jahren die Industrie kräftig entwickelt hat. Die Stadtverwaltungen stehen dem Elend meist gleichgültig gegenüber und wollen sich nicht zu wirksamen wohnpolitischen Maßnahmen verstehen. Ganz ungeheuerlich sind die Zustände in Schweinfurt. Kinderreichen Familien ist es oft nicht möglich, eine Wohnung zu finden. Sie müssen in Quartieren unterkunft suchen. So kann man häufig ihre Möbel in Scheunen usw. aufbewahrt sehen, während die Familien selbst in Wirtschaftsräumen, Kegelbahnen und ähnlichen Schlupfwinkeln kampieren.

Tabakarbeiterelend.

„Der Tabakarbeiter“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 21. Mai 2 Briefe, die in einfach entsetzlicher Weise das Elend illustrieren, das die Raubpolitik der Schwarz-Blauen über die Tabakarbeiter gebracht hat. Ein Tabakarbeiter wendet sich in einer Eingabe an das Reichsamt und teilt mit, daß er zunächst im Jahre 1910 infolge des neuen Tabakgesetzes arbeitslos geworden sei. Seine zweite Arbeitslosigkeit datiere nun schon seit dem 24. September 1910, sie sei auch, wie der Entlassungsschein beweise, auf die neue Tabaksteuer zurückzuführen. 13 Wochen sei er schon in der Lungenheilstätte gewesen. Sieben Kinder sind vorhanden, so daß die Frau auch in ihrem Berufe als Tabakarbeiterin nicht mehr tätig sein könne.

Von der Oberzolldirektion erhielt der Mann folgenden Bescheid: „Auf Ihre erneute Eingabe um Gewährung einer Unterstützung aus den nachträglich für unterstützungsbedürftige Tabakarbeiter gewährten Mitteln erwidere ich Ihnen, daß auch nach erneuter Prüfung ich mich außerstande sehe, Ihnen die beantragte Unterstützung zu bewilligen. Die Mittel sind nach den vom Bundesrat aufgestellten Grundätzen nur für solche Tabakarbeiter bestimmt, die, wie Ihnen bereits durch meine Verfügung vom 4. April ds. Jd. mitgeteilt ist, schon bisher unterstützungsberechtigt waren und außerdem selbst durch Krankheit oder körperliche Gebrechen z. B. Taubstummheit, Altersschwäche, Verküppelung der Gliedmaßen usw. eine andere Arbeitsmöglichkeit sich nicht verschaffen konnten und sich in besonderer außerordentlicher Not befinden. Da diese Voraussetzungen auch nach den erneut angestellten Ermittlungen bei Ihnen nicht zutreffen, bin ich auch jetzt nicht in der Lage Ihrem Antrage entsprechen zu können.“

Drowucher ist schlimm, aber noch entsetzlicher ist das Wirken dieser Hungerpeitsche, die wir vorwiegend dem Zentrum verdanken.

Letzte Nachrichten.

Die Reform des englischen Oberhauses.

London, 24. Mai. (B. Z. W.) Im Verlauf der Debatte über die Resolution im Oberhause empfahl der Erzbischof von Canterbury in dringender Weise, einen Kompromiß zu schließen. Der Lordkanzler erklärte, die Regierung werde in dem gegenwärtigen Stadium der konstitutionellen Krise die Resolution nicht aufgeben. Er deutete jedoch an, daß es möglicherweise zu einem Abkommen über das Problem der Reform des Oberhauses kommen werde, aber ein solches Abkommen werde nur dann möglich sein, wenn die Notwendigkeit einer wirklichen Gleichheit zwischen beiden Parteien im Oberhause anerkannt würde. Wenn eine wirkliche Gleichheit gegeben sei, so könnten vielleicht nachher neue Beziehungen zwischen den beiden Häusern des Parlamentes geschaffen werden.

Der albanische Aufstand.

Salonik, 24. Mai. (B. Z. W.) Die von Ruhaddin Bey geführten Truppen griffen den Berg Schodstappe besitzhaltende Aufständische an und vertrieben sie nach siebenstündigem Kampfe wobei die Aufständischen zwanzig Mann, die Truppen vier Mann und einige Verwundete verloren. Bei Mostotah wurde ein türkischer Grenzposten von Aufständischen angegriffen, hierbei wurden drei Soldaten erschossen. Die Rebellen flüchteten ohne Verlust.

Neuer Fliegerabsturz.

Karlruhe, 24. Mai. Heute abend 5,45 Uhr ist hier ein neuer Unfall bei der Oberrheinischen Jübelaffigkeitsprüfung vorgekommen. Leutnant Madenthan, der mit seinem Begleiter Leutnant Bahrends auf einem Aviatikzweidecker den ersten Aufstieg unternommen wollte, flog bis in die Norddeke des etwas kleinen Fluggeländes, das ringsum von Wald umfaßt wird. Ploßlich sah man, wie der Apparat sich neigte und auf die Äckeren stürzte. Der Apparat blieb in den Äckern hängen, die beiden Flieger erlitten keinerlei Verletzungen.

Eine Fliegerschule in China.

Peking, 24. Mai. (B. Z. W.) Der Flugport, dem erst kürzlich der französische Flieger René Valon in China zum Opfer gefallen ist, beginnt jetzt auch im Reich der Mitte seinen siegreichen Einzug zu halten. Der chinesische Flugtechniker Houg-hou, der mehrere Jahre in den Vereinigten Staaten gelebt hat, wird auf Wunsch des Vizekönigs von Kwang Tung in Panton eine Fliegerschule einrichten.

Reichstag.

188. Sitzung, Mittwoch, den 24. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Deibrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Gesetz über die Wahlen zur Zweiten Kammer des Landtages für Elsaß-Lothringen.

Die Beratung der ersten Paragraphen wird verbunden. Zum § 1 beantragen die Abgg. Dr. Ridlin (Els.) u. Gen., eine andere Wahlkreisinteilung.

Zum § 2, der von der Wahlberechtigung handelt, liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) u. Gen. vor, der die Einführung des Frauenwahlrechts und Herabsetzung des Wahlberechtigungsalters von 25 auf 20 Jahre verlangt. Ferner sollen alle Wähler wahlberechtigt sein, die seit mindestens einem Jahre (Kommission: drei Jahre mit Ausnahmen für Beamte, Religionsdiener und Lehrer) ihren Wohnsitz in Elsaß-Lothringen haben.

Abg. Emmel (Soz.):

Das Wahlgesetz ist für uns die Hauptsache. Von der Gestaltung dieses Paragraphen hängt unsere Zustimmung zur ganzen Vorlage ab. Die Kommissionsbeschlüsse genügen uns nicht ganz. Man hatte ursprünglich gehofft, daß der Proporz in Elsaß-Lothringen eingeführt werden würde. Ein solcher Antrag war im Landesausschuß von den Herren Blumenthal, Preiß, Ridlin, Wetterlé eingebracht worden. Aber als die Verfassungsreform der Regierung kam, änderte sich die Haltung dieser Herren. Diese Änderung trat zutage aus dem sogenannten Deibrück-Diner. Die wirklichen Wünsche des elsäß-lothringischen Volkes kamen damals nicht zum Ausdruck. Die Herren fürchteten für die Stellung, die sie jetzt noch infolge des ungerechten Wahlsystems im Landesausschuß einnehmen. Erklärte doch Herr Ridlin sogar jetzt, das Volk sei noch nicht reif für den Proporz. Das sagt derselbe Herr, der im Jahr vorher selbst für den Proporz eingetreten war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er ist also offenbar der Meinung, daß das elsäß-lothringische Volk in dem einen Jahr um so viel dümmer geworden ist. Ebenso sind die elsäßischen Nationalisten in der Frage des Pluralwahlrechts umgefallen. Für die Doppelzählung dieser Herren ist auch bezeichnend, daß sie zu derselben Zeit, wo sie hier mit Anträgen vorgingen, die die Autonomie für Elsaß-Lothringen verlangen, hinter den Kulissen mit dem preussischen Junker v. Köller sich dahin einigten, aus Elsaß-Lothringen ein Großherzogtum zu machen und einen Landtag zu schaffen, der aus drei Gruppen von Abgeordneten zusammengesetzt sein sollte und wonach nur der dritte Teil der Abgeordneten auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden sollte. (Hört! hört! b. d. Soz., Ruf des Abg. Wetterlé.) Das hat im Blatte des Abg. Wetterlé gestanden und ist nicht demontiert worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles das zeigt, daß die Herren nur nach außen aus demagogischen Gründen für das allgemeine Wahlrecht eingetreten sind, daß es ihnen damit aber nicht ernst war. Die Regierung kannte natürlich dieses Doppelspiel, war es doch ihr Mitglied, Herr v. Köller, mit dem diese Gespräche geführt wurden. Daraus erklärt es sich auch, daß die Regierung nicht weitere Konzessionen machen wollte. Dazu wurde sie erst gezwungen, als sich zeigte, daß mit dem Landesausschuß nicht weiter auszukommen war. Auch gegenüber der jetzigen Vorlage lassen sich die elsäßischen Nationalisten lediglich von dem Gesichtspunkt leiten, wie sie ihre Macht aufrecht erhalten können. Das beweist am besten der Wahlkreisinteilungsantrag dieser Herren. Man will Colmar Land und Stadt trennen und sich durch die Listenwahl beide Abgeordnete des Landkreises sichern. Die jetzt beantragte Listenwahl ist das gerade Gegenteil des früher von denselben Herren beantragten Proporz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen das entscheiden ablehnen. Wir hätten den Proporz am liebsten gehabt, da er aber nicht durchgegangen ist, werden wir für die Kommissionsbeschlüsse in § 1 stimmen. Zum § 2 beantragen wir dann aus grundsätzlichen und Zweckmäßigkeitsgründen das Frauenwahlrecht.

Wir haben in Elsaß-Lothringen 325 000 weibliche Erwerbstätige, rund ein Drittel aller Erwerbstätigen. Diese Frauen sind an der Gesetzgebung natürlich besonders interessiert; ebenso aber auch die in der Hauswirtschaft tätigen Frauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine alle Forderung ist auch die Wahlberechtigung vom 20. Lebensjahre an. Das Erfordernis einer Anfassigkeit im Lande von drei Jahren erscheint uns zu weitgehend. Auch die Kommission hat ja schon für Beamte, Religionsdiener und Lehrer ein Jahr für genügend erachtet, um sich mit den Verhältnissen vertraut zu machen. Gar keine Wahlberechtigung hat aber im Gesetz die Gemeindegliederungsklausel. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nur für den Zeitpunkt, wo die Wählerliste aufgestellt wird, hat die Gemeindegliederungsklausel einen Sinn. Durch die von der Kommission beschlossene einjährige Gemeindegliederungsforderung werden nur die betroffenen, die gezwungen sind, häufiger umzugehen, es ist eine rein schikanöse Bestimmung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sogar die Beamten sollen unter diese unsinnige und schikanöse Bestimmung fallen und dadurch zeitweise ihres Wahlrechts verlustig gehen. Ich erlaube Sie dringlich, diese Bestimmung zu beseitigen und uns damit die Möglichkeit zu geben, weiter ein Interesse an der Gesamtgestaltung des Gesetzes zu haben und daran weiter mitzuarbeiten wie bisher. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Hausmann (Sp.): Wir begrüßen die Einführung der Sonntagswahl und ehrlischer Wahlen durch die Kommission, sowie die Ablehnung des Pluralwahlrechts. Ein Antrag auf Beibehaltung dieses innerlich ganz unbegründeten Alters-Pluralwahlrechts wurde schließlich von keiner Seite in der Kommission mehr gestellt. Die Folge der einen Stimme mehr bei Erreichung des Schwabensalters von 40 Jahren wäre gewesen, daß die unter der französischen Herrschaft geborenen Elsaß-Lothringer eine Stimme mehr gehabt hätten als die unter der deutschen Herrschaft Geborenen. Das wäre ein richtiger Schwabenstreich gewesen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Den Konservativen können wir für ihre Haltung nur dankbar sein, sie haben die Regierung förmlich auf die linke Seite hinübergebrängt, wollte sie nicht das ganze Gesetz scheitern lassen. Es hat sich hier wieder einmal bewährt: Wer an den eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Sehr bezeichnend ist, daß ein konservatives Blatt geschrieben hat, man solle die Reform verschieben, bis einmal ein Krieg neu über Elsaß-Lothringen entschieden habe. Das ist der Bankrott der konservativen Staatskunst. (Sehr wahr! links.) Die Gruppierung von gestern ist vielleicht eine Perspektive für den nächsten Reichstag, der dann fruchtbarere Arbeit leisten würde, wenn sich die Wahlen vollziehen unter der neuen Bahyparole des Reichslanzlers: nicht Stillstand, sondern Fortschritt! (Bravo! links.) Abg. v. Dertgen (Sp.): Wir werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen, wollen aber, indem wir hier für das allgemeine Wahlrecht stimmen, keinen Präzedenzfall schaffen für unsere Haltung in anderen Bundesstaaten. Die Anträge Albrecht lehnen wir ab. Dem Vorredner erwidere ich, daß kein konservativer Deutscher einen Krieg herbeiwünscht. Abg. v. Heibelberg (natl.): Wir geben zu, daß die Forderung eines längeren Aufenthaltes in manchen Gärten in sich birgt, wir bestreiten aber, daß es sich dabei um eine schikanöse Beeinträchtigung einer einzigen Bevölkerungskategorie handelt. Es werden doch nicht nur die Arbeiter von dieser Wohnstufenklausel getroffen. — Wir sind gewiß keine prinzipiellen Gegner eines vernünftigen Pluralwahlrechts, der Verzicht auf die Alterspluralstimmen ist uns aber durchaus nicht schwer gefallen. Wir lehnen den elsäßischen Antrag auf Einführung des Listenwahlrechts und ebenso die sozialdemokratischen Anträge ab und halten an den Kommissionsvorschlägen fest. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Abg. Haus (Els. P.): Wir halten das Wahlgesetz für recht unvollkommen, aber wir ziehen es dem jetzigen Zustand vor und stimmen daher dafür. — Es ist nicht wahr, wie der Abg. Emmel behauptet, daß wir gegen das allgemeine Wahlrecht und gegen das Proportionalwahlrecht Stellung genommen haben. Die Debatte ist hier. Persönlich erklärt Abg. Wetterlé (Els.), daß Staatssekretär Köller allerdings den Vorschlag einer einzigen, aus Stände- und Volksvertretern gemischten Kammer gemacht habe, daß dieser Vorschlag aber von ihm und seinen Freunden abgelehnt worden sei. Abg. Emmel (Soz., persönlich): Herr Haus hat sich allerdings in der Kommission gegen das Proportionalverfahren ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt. Für die Streichung der Wohnstufenklausel stimmen außer den Sozialdemokraten auch ein Teil der Fortschrittler. Ueber § 3, der das allgemeine Wahlrecht ohne Alterspluralstimmen enthält, wird namentlich abgestimmt.

finden an der Gesetzgebung natürlich besonders interessiert; ebenso aber auch die in der Hauswirtschaft tätigen Frauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine alle Forderung ist auch die

Wahlberechtigung vom 20. Lebensjahre an.

Das Erfordernis einer Anfassigkeit im Lande von drei Jahren erscheint uns zu weitgehend. Auch die Kommission hat ja schon für Beamte, Religionsdiener und Lehrer ein Jahr für genügend erachtet, um sich mit den Verhältnissen vertraut zu machen. Gar keine Wahlberechtigung hat aber im Gesetz die Gemeindegliederungsklausel. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nur für den Zeitpunkt, wo die Wählerliste aufgestellt wird, hat die Gemeindegliederungsklausel einen Sinn. Durch die von der Kommission beschlossene einjährige Gemeindegliederungsforderung werden nur die betroffenen, die gezwungen sind, häufiger umzugehen, es ist eine rein schikanöse Bestimmung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sogar die Beamten sollen unter diese unsinnige und schikanöse Bestimmung fallen und dadurch zeitweise ihres Wahlrechts verlustig gehen. Ich erlaube Sie dringlich, diese Bestimmung zu beseitigen und uns damit die Möglichkeit zu geben, weiter ein Interesse an der Gesamtgestaltung des Gesetzes zu haben und daran weiter mitzuarbeiten wie bisher. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hausmann (Sp.): Wir begrüßen die Einführung der Sonntagswahl und ehrlischer Wahlen durch die Kommission, sowie die Ablehnung des Pluralwahlrechts. Ein Antrag auf Beibehaltung dieses innerlich ganz unbegründeten Alters-Pluralwahlrechts wurde schließlich von keiner Seite in der Kommission mehr gestellt. Die Folge der einen Stimme mehr bei Erreichung des Schwabensalters von 40 Jahren wäre gewesen, daß die unter der französischen Herrschaft geborenen Elsaß-Lothringer eine Stimme mehr gehabt hätten als die unter der deutschen Herrschaft Geborenen. Das wäre ein richtiger Schwabenstreich gewesen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Den Konservativen können wir für ihre Haltung nur dankbar sein, sie haben die Regierung förmlich auf die linke Seite hinübergebrängt, wollte sie nicht das ganze Gesetz scheitern lassen. Es hat sich hier wieder einmal bewährt: Wer an den eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Sehr bezeichnend ist, daß ein konservatives Blatt geschrieben hat, man solle die Reform verschieben, bis einmal ein Krieg neu über Elsaß-Lothringen entschieden habe. Das ist der Bankrott der konservativen Staatskunst. (Sehr wahr! links.) Die Gruppierung von gestern ist vielleicht eine Perspektive für den nächsten Reichstag, der dann fruchtbarere Arbeit leisten würde, wenn sich die Wahlen vollziehen unter der neuen Bahyparole des Reichslanzlers: nicht Stillstand, sondern Fortschritt! (Bravo! links.)

Abg. v. Dertgen (Sp.): Wir werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen, wollen aber, indem wir hier für das allgemeine Wahlrecht stimmen, keinen Präzedenzfall schaffen für unsere Haltung in anderen Bundesstaaten. Die Anträge Albrecht lehnen wir ab. Dem Vorredner erwidere ich, daß kein konservativer Deutscher einen Krieg herbeiwünscht.

Abg. v. Heibelberg (natl.): Wir geben zu, daß die Forderung eines längeren Aufenthaltes in manchen Gärten in sich birgt, wir bestreiten aber, daß es sich dabei um eine schikanöse Beeinträchtigung einer einzigen Bevölkerungskategorie handelt. Es werden doch nicht nur die Arbeiter von dieser Wohnstufenklausel getroffen. — Wir sind gewiß keine prinzipiellen Gegner eines vernünftigen Pluralwahlrechts, der Verzicht auf die Alterspluralstimmen ist uns aber durchaus nicht schwer gefallen. Wir lehnen den elsäßischen Antrag auf Einführung des Listenwahlrechts und ebenso die sozialdemokratischen Anträge ab und halten an den Kommissionsvorschlägen fest. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Haus (Els. P.): Wir halten das Wahlgesetz für recht unvollkommen, aber wir ziehen es dem jetzigen Zustand vor und stimmen daher dafür. — Es ist nicht wahr, wie der Abg. Emmel behauptet, daß wir gegen das allgemeine Wahlrecht und gegen das Proportionalwahlrecht Stellung genommen haben.

Die Debatte ist hier. Persönlich erklärt Abg. Wetterlé (Els.), daß Staatssekretär Köller allerdings den Vorschlag einer einzigen, aus Stände- und Volksvertretern gemischten Kammer gemacht habe, daß dieser Vorschlag aber von ihm und seinen Freunden abgelehnt worden sei.

Abg. Emmel (Soz., persönlich): Herr Haus hat sich allerdings in der Kommission gegen das Proportionalverfahren ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt. Für die Streichung der Wohnstufenklausel stimmen außer den Sozialdemokraten auch ein Teil der Fortschrittler.

Ueber § 3, der das allgemeine Wahlrecht ohne Alterspluralstimmen enthält, wird namentlich abgestimmt.

den nahe verwandten Anopheles-Arten, die die Malaria übertragen, unterscheiden. Im allgemeinen kann man glücklicherweise sagen, daß die Lästigkeit der Stechmücken bei uns ungleich größer ist als ihre Gefährlichkeit. Aber auch diese Lästigkeit, die im Sommer unzähligen Ausflüglern die Freude verdirbt, ist groß genug, um dem Kampfe gegen die Stechmücken Erfolg zu wünschen.

Ein Vergewert zu Studienzwecken. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in der Nähe von Pittsburg eine Kohlenmine erworben, nicht um Gewinn daraus zu erzielen, sondern zu Versuchszwecken. Theoretisch und praktisch gebildete Männer sollen darin Erfahrungen sammeln unter Anwendung der besten Arbeitsmethoden, Erprobung neuer Erfindungen, um die Ursachen der Kohlenstaubexplosionen und der sonstigen Grubenunfälle festzustellen, damit sie in Zukunft möglichst vermieden werden können. In den letzten drei Jahren sind von der Regierung (Arbeitsamt) 6000 Vergewerte in Rettungswert ausgebildet worden. Eine amerikanische Gesellschaft stellt seit etwa 1 1/2 Jahren „Sauerstoffhelme“ her, die schon vielfach zur Verwendung gelangen. Diese Helme gestatten dem Träger, in einer Grube, die mit Gasen angefüllt ist, dennoch etwa zwei Stunden ohne Schaden zu verweilen. Im März d. J. nahmen über 10 000 Vergewerte an den Unterrichtskursen, die von Vergewertern geleitet werden, teil. Hier werden Vorträge über Vorsichtsmaßnahmen und Rettungsverfahren in den Kohlenminen gehalten. Das hört sich gewiß alles sehr schön an. Leider läßt es die Profitwelt der Kapitalisten aber nicht zu, daß die Vorsichtsmaßnahmen auch voll zur Anwendung kommen. Andernfalls wären schon heute die Mehrzahl der Unfälle wohl vermeidbar.

Auf wieviele verschiedene Arten kann ein Taler gewechselt werden? So lautet die Aufgabe, auf deren Lösung ein Liebhaber der Mathematik einen Preis von 100 M. ausgesetzt hatte. In der „Zeitschrift für mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht“ (3. Heft) erschien nun der eingehende Bericht über dieses Preiswettbewerb. Er bietet für uns insofern ein besonderes Interesse, als dadurch aufs neue bezeugt wird, wieviel ungeheurer Wissensdrang in der Arbeiterschaft lebt und nach Weiterbildung lechzt. Unter den 185 richtigen Lösungen (im ganzen sind bis zum Schlußtermin 908 Zuschriften eingelaufen) befanden sich mehrere, die aus Arbeiterkreisen stammten. Der Zufall wollte, daß der ausgegebene Preis, der ausgelost werden mußte, einem schlichten Arbeiter, Max Lange in Augustsburg, zufiel. Die Lösung des Preisräters, der, wie der Preisrichter bemerkt, in seiner Jugend offenbar eine sehr beschiedene Schulbildung erhalten hat, wird von dem Letzteren als geschickt und scharfsinnig bezeichnet. Von der Lösung der Aufgabe selbst können wir unseren Lesern leider nichts mitteilen, da sie jedenfalls zu umständlich und ohne mathematische Wertkenntnisse auch unverstänlich bleiben muß. Die Leser, die für die Sache ein besonderes Interesse empfinden, müssen schon die erwähnte Zeitschrift selbst zur Hand nehmen. Soviel sei nur mitgeteilt, daß die gefuchte Zahl der Umwechslungen für einen Taler

Der Paragraph wird mit 262 gegen 47 Stimmen angenommen. (Lebhafte Bravo! links und im Zentrum.)

Mit der Minderheit stimmen einige Reichsparteiler, darunter v. Liebert und Schulz.

Die übrigen Paragraphen werden debattelos angenommen.

Die zweite Lesung der elsäß-lothringischen Verfassungsvorlage einschließlich des Wahlgesetzes ist damit erledigt.

Eine große Anzahl Rechnungssachen werden in dritter Lesung debattelos erledigt.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen zu Japan.

Nach kurzer Debatte wird die Vorlage derselben Kommission überwiesen, wie der schwedische Handelsvertrag.

Es folgt die erste Lesung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.): Der Vertrag enthält Bestimmungen, die geeignet sind, Bedenken zu erwecken. Er enthält trotz einiger unzulässiger und anerkennenswerter Fortschritte noch sehr viele Spuren des alten Polizeigeistes.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der neue Niederlassungsvertrag enthält Bestimmungen, die dem Interesse der Schweizerischen wie der deutschen Staatsbürger zuwiderlaufen. Sogar direkte Verschlechterungen sind in dem Vertrag enthalten, über die sich die Begründung sehr vielfach ausschweigt. Wir müssen von der Regierung Aufklärung verlangen, warum diese Verschlechterung internationaler Beziehungen in den Vertrag gebracht worden ist. Wir beantragen daher Kommissionsberatung. Wir werden dabei auch den Nachweis führen, daß der Vertrag gegen die Reichstagsresolution verstößt, die auf unsere Anregung gegen den wider Reichsgesetze und internationale Verträge verstoßenden Legitimationskartenzwang der preussischen Regierung beschlossen worden ist. Von auswärtigen Regierungen ist lebhafteste Klage geführt worden über die offensichtliche Verhöhnung internationaler Verträge durch die preussische Regierung. (Stimme des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Diese Ausführungen sind doch wohl nicht angemessen. (Ruf bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen: Meine Ausführungen sind durchaus der Sache angemessen. Es handelt sich hier um einen internationalen Vertrag. Da muß ich erwähnen, daß die preussische Regierung gegen internationale Verträge verstößt. Aufen Sie doch die preussische Regierung zur Ordnung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Schulz: Ich habe Sie ja nicht zur Ordnung gerufen, sondern Sie nur gebeten, weniger starke Ausdrücke zu gebrauchen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Tatsächlich hat die Schweiz wiederholt Reklamationen erhoben wegen Verletzung des Vertrages durch Preußen. Das Vorgehen der preussischen Regierung mit den Legitimationskarten, das wir ja hier schon oft genug kritisiert haben, bedeutet eine Ausnahmemaßregel gegen solche Ausländer, die nach Preußen kommen, um zu arbeiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dies Verlangen einer Legitimationskarte, die Forderung, daß die betreffenden 2 oder 3 M. an die Feldarbeiterzentrale zahlen müssen, und nun gar die Androhung der Ausweisung, falls das nicht geschieht, bedeutet eine Verletzung des Reichsrechts und der Reichsverfassung.

Nach dieser stehen die Bestimmungen über Niederlassung ausschließlich dem Reich zu. Ebenso verstößt diese Ausstellung von Legitimationspapieren gegen das Wahgesetz. Ganz unerhört ist das Verlangen von Gebühren durch das private Institut der Feldarbeiterzentrale. Was würden die Herren Minister sagen, wenn man ihnen in der Schweiz eine Legitimationskarte für 5 Fr. ausfüllen wollte unter Androhung der Ausweisung. Sie würden mit Recht wegen Erpressung und Rötigung klagen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber in einem „Kulturstaat“ wie Preußen verlangt man Ausnahmemaßregeln gegen die Arbeiter! Wenn wir dies Recht Preußen zugestehen wollen, hat dieser Vertrag gar keinen Wert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Ausweisungsrecht der Landespolizei besteht nur gegen landstreichende Prostituierte usw. in den Grenzen, wie es durch Reichsgesetz geregelt ist. Einem Professor, einem Kommerzienrat, einem Geheimplatz gegenüber würden solche Maßnahmen als Schmach empfunden werden, man würde sich über Verletzung des Gastrechts beklagen. Sind denn das keine Arbeiter?! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann unter diesen Umständen dem Vertrage nicht zustimmen. Zwei bis drei Millionen nimmt diese Privatgesellschaft, Menschen-

391 550 beträgt, während ein Fünfmarsstück auf 5 229 221 verschiedene Arten, ein Zehnmarstück auf 300 504 127 und ein Zwanzigmarstück sogar auf 33 230 243 752 verschiedene Arten gewechselt werden kann.

Humor und Satire.

Dringliche Frage an Herrn von Jagow.

Die Lerchen trillern, 's Mailsterl weht, Schon ebbt das politische Leben. Aus Stoffmangel bringt man da gern aufs Tapet, Was früher sich hat begeben.

Drum, Herr von Jagow, bin ich so frei; Mal wieder bescheiden zu fragen: Blähn immer noch im Verborgnen die Zwei, Die den Arbeiter Herrmann erschlagen?

Befinden sie in Berlin sich jetzt, Oder wurden auf amtliche Kosten Sie etwa verlesenlich „straßverkehrt“ Und befördert zu höheren Posten?

Sie sind allmächtig, Sie wissen so viel, Sie wissen, Herr Präsident, Gewiß auch den richtigen Weg zum Ziel, Wie man die Kerle erkannte!

Vielleicht beschern zur Vadekur Die Zwei einen Schwefel- und Moorort? Oder kniepen als Sommerfrischer Natur Gemütslich im nächsten Sorort?

Verzeih'n Sie, doch meine Reugier ist groß, So groß, wie des Staatsanwalts Stille. Auch würde der „Vorwärts“ mit Bonne los Die Belohnung von Marx zwei Milde.

Sie liegt bereit, denn der Staat braucht Geld Zu Orden für Schutzmannsbrüste. Hat wirklich noch immer sich keiner gemeld't, Der was Gewisses wüßte?

M i c h e l.

Notizen.

— Die ältesten Runensteine. In dem kleinen Kirchdorf Vejle in Dänemark hat man kürzlich zwei Steine mit Runenschriften gefunden, die nach vorgenommenen genaueren Untersuchungen auf das Jahr 700 zurückzuführen sind. Diese Runensteine sind die ältesten, die man bisher gefunden hat, da die bis jetzt ältesten Exemplare dieser nordischen Altertümer aus dem Anfang des neunten Jahrhunderts stammen.

Kleines feuilleton.

Mensch und Mücke. Es klingt paradox, ist aber doch mit die einfache Wahrheit, daß der Mensch auf seinem Wege zur Eroberung der Erde mit den größten und härtesten Lebewesen am schnellsten fertig geworden ist. Die beste Waffe gegen den Menschen bietet für Lebewesen die Kleinheit, und bei den Bakterien ist seine Macht ganz oder teilweise gebrochen. Aber auch die Austrottung der Stubenfliege wird wohl niemand für möglich halten, und mit anderem Ingeziefer steht es ebenso. Neuerdings haben wir unser Augenmerk der Mücke zugewandt. Die Erkenntnis, daß gewisse Stechmückenarten die Träger der Malaria und anderer Krankheiten sind, ist zu der rein ihrer blutsaugenden Tätigkeit hinzugekommen, um unsere Abwehrmaßnahmen anzufachen.

Der Kampf gegen die Mückenplage ist nahezu zu einer stehenden Mäur in der Tagespresse geworden. Er hat viel zoologische Aufklärung verbreiten helfen, und heute weiß jedermann, was früher viele Gebildete nicht wußten, daß die Mücke aus Larven entsteht, die in Pfützen und Gräben ein schwarzliches Gewimmel entfalten. Mit Schaudern denkt er daran, daß alle drei Wochen eine neue Mückengeneration sich und fertig ist und daß aus einem einzigen Mücken in einem warmen Sommer sechs Generationen mit 64 Millionen (!) Blutsaugern entstehen können. Die Waffen, die uns gegen die Mücken zu Gebote stehen, hat Professor Claus Schilling in Bestend bei Berlin zusammengestellt in der Broschüre „Die Bekämpfung der Mückenplage“ (Verlag von W. G. Teubner, Leipzig). Man hat vor Jahren in Breslau zuerst den Kampf in umfassender Weise aufgenommen, indem man Gräben und ähnliche Ansammlungen stehenden Wassers mit Petroleum übergoß. Anfangs schienen die Erfolge bedeutend, später ließen sie nach und jetzt ist man von dieser Art der Bekämpfung ziemlich abgekommen. Erfolgreicherweise wendet sich auch Schilling gegen diese Methode. Abgegeben von ihren widerwärtigen Begleitumständen werden dabei auch Fische und eine Anzahl anderer Lebewesen getötet. Schilling bekämpft die Mücken in erster Linie an ihren Brutplätzen. Die zahllosen kleinen Wasseransammlungen auf Höfen, in Gärten usw. müssen beseitigt werden. Er zeigt unter anderem, wie man in Laubenkolonien die zum Begießen der Pflanzen erforderlichen Wasserbehälter gegen das Eindringen der Mückenbrut schützt. In zweiter Linie lehrt Schilling die Bekämpfung der Mücken im Winter in den geschlossenen Räumen, in denen sie erfahrungsmäßig überwintern. Das Anstrichen mit Insektenpulver hat sich hier bewährt, und Schilling gibt ausführliche Anweisungen dazu. Bemerkenswert sind seine Mittelungen über den von ihm in Bestend organisierten Mückenvertilgungsdienst, der vielleicht den Magistrat von Berlin zur Nachahmung anreizt. In der Einleitung lehrt Schilling übrigens auch die gewöhnlichen Stechmücken von

Händler-Institut, genannt Feldarbeiterzentrale, dafür ein, daß sie geschwindig ausländische Arbeiter einhandelt, um Streikbrecher gegen die deutschen Arbeiter heranzuziehen. Das ist ja der Rubel Kern (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten, man will eine Eingegardie, diese Siebenmonatskinder gegen die deutschen Arbeiter zur Verfügung haben. Ich bitte die Regierung um Auskunft darüber, ob sie endlich zu der Überzeugung gekommen ist, daß der Legitimationszwang wie er in Preußen und einigen anderen Staaten ausgeübt wird, geschwindig ist und was sie getan hat, um dem mit großer Mehrheit am 31. März 1907 vom Reichstag ausgesprochenen Verlangen auf Aufhebung solch widerrechtlicher Ministerialverfügungen nachzukommen. Um diese Fragen zu klären, beantrage ich die Überweisung des Vertrages an dieselbe Kommission, der der Vertrag mit Japan überwiesen worden ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat v. Franzus: Es ist richtig, daß die Schweiz sich durch die Anwendung der Bestimmungen über die Legitimationskarten nicht gerade angenehm verhält gefunden hat. Sie hat darüber freundschaftliche Vorstellungen erhoben. Wir haben diese Vorstellungen der preussischen Regierung übermitteln und haben die von ihr erteilte Auskunft der schweizerischen Regierung mitgeteilt. Ich kann nur konstatieren, daß die schweizerische Regierung sich damit beruhigt hat und daß bei Abschluß dieses Vertrages diese Frage nicht erörtert worden ist. — Was die Befähigung der Feldarbeiterzentrale anlangt, so ist in dem Vertrage festgelegt, daß Ausländer befugt sein sollen, jede Art von Gewerbe und Handel auszuüben ohne höhere Bewilligung unterworfen zu sein wie die Inländer. Damit ist diese Beschränkung wohl erledigt.

Damit schließt die erste Beratung. Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.
Es folgt die zweite Beratung.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Man könnte die Fassung des Vertrages so auslegen, daß unter Leuten die „Gewerbe und Handel ausüben“ Arbeiter nicht zu verstehen seien. Die Fassung des bisherigen Vertrages war klarer. — Ferner möchte ich der Auffassung widersprechen, als ob die Schweiz, weil sie nicht weiter Widerspruch gegen die Legitimationskarten erhoben hat, sich damit einverstanden erklärt habe. Jedenfalls hat ein solcher Niederlassungsvertrag seinen Wert, wenn er von irgend einem Partikularstaat durchbrochen werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Vertrag wird hierauf genehmigt.
Debatteless angenommen wird ein **Übereinkommen über das Seerecht, das Gesetz betr. die Veseiligung von Tierkadavern in zweiter Lesung.**

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betr. dem **Patentausführungszwang.**

Abg. Erzberger (Z.) nimmt das Patentamt gegen Angriffe von Patentanwälten in Schutz.

Staatssekretär Dr. Deibitz: Die Industrie hat stets die Zuverlässigkeit der Arbeit des Patentamts und die Brauchbarkeit des jetzigen Verfahrens anerkannt. Wir werden die Beamten des Patentamts gegen unbedingte Angriffe schützen. (Bravo!)

Abg. Dose (Op.): Diese Sache hat mit der Vorlage gar nichts zu tun. Jedenfalls haben die betreffenden Patentanwälte wie jeder Preuße das Recht, ihre Meinung frei zu sagen.

Abg. Wed (Soz.):

Die Ausführungen des Herrn Erzberger, die mit der Vorlage in keinem Zusammenhang stehen, waren jedenfalls bei ihm als Vertreter der Regierungspartei bestellte Arbeit. (Weiter!) Wir behalten uns vor, auf die Zustände innerhalb der Patentverwaltung bei Gelegenheit der Novelle zum Patentgesetz, die ja bestimmt dem nächsten Reichstag vorgelegt werden wird, einzugehen. Wir werden trotz einzelner Bedenken der Vorlage in der Kommissionsfassung zustimmen, da aus Kreisen der Industriellen und zum Teil auch aus Arbeiterkreisen und Stimmen zugegangen sind, die Wert legen auf die Verabschiedung der Vorlage. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz wird hierauf angenommen, und auf Antrag des **Abg. Jund (natl.)** auch in dritter Lesung verabschiedet.

Ein Gesetz betr. Ausgabe kleiner Aktien in den **Konsulargerichtsbezirken** wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Dritte Lesung der elsass-lothringischen Verfassung und der Reichsversicherungsordnung.)
Schluß 9/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 24. Mai, vorm. 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Trott zu Solz, v. Dallwitz.

Auf der Tagesordnung steht die **Interpellation** der **Abg. Aronsohn (Op.) u. Gen.,** betreffend

die Ausschließung des russischen Studenten Dubrowsky von der Universität Berlin.

Die Interpellation lautet:

Ist der Hgl. Staatsregierung bekannt, daß dem russischen Studenten Demetrius Dubrowsky das Studium an der hiesigen Universität verweigert worden ist? Durch welche Organe und nach welchen Grundsätzen wurden in diesem Falle und werden im allgemeinen die politische Zuverlässigkeit und der Besitz der erforderlichen Substanzmittel bei ausländischen, insbesondere bei russischen Studierenden geprüft?

Abg. v. Löst (Op.) begründet die Interpellation. Er schildert zunächst den schon in der Presse eingehend erörterten Fall des russischen Studenten Dubrowsky, der Selbstmord beging, weil er auf Grund einer polizeilichen Anweisung von der Berliner Universität als politisch unzuverlässig vom Studium ausgeschlossen wurde. Unter Berufung auf zahlreiche Auskünfte und Zuschriften von russischen Behörden und Universitätsmitgliedern führt der Redner aus, es scheine fest, daß die polizeiliche Auskunft über Dubrowsky durchaus falsch gewesen sei und der junge Mann keinesfalls politisch unzuverlässig gewesen sei. Dubrowsky, der Sohn eines höheren Beamten, habe sich um Politik überhaupt nicht gekümmert. — In der sozialdemokratischen Presse ist anlässlich dieses traurigen Falles gegen die Universitätsbehörde der harte Vorwurf gemacht worden, sie hätte sich aussetzen müssen gegen das Verlangen der Polizeibehörde. Diesen Vorwurf halte ich nicht für berechtigt. Die Universitätsbehörde kann sich doch jetzt nicht auflehnen gegen einen Erlaß, der schon seit Jahren von allen deutschen Universitätsbehörden beobachtet wird. Es ist durchaus notwendig, daß die Universitäten bei der Immatrikulation ausländischer Studenten sehr vorsichtig sind. Die polizeiliche Untersuchung muß aber sorgfältiger erfolgen und von dazu geeigneten Beamten ausgeübt werden, die etwas vom akademischen Leben verstehen. Wenn in der polizeilichen Auskunft die politische Zuverlässigkeit eines Studenten und das Vorhandensein von Substanzmitteln bestritten wird, so müßte das auch substantiiert werden. Der Fall zeigt, daß die Schaffung eines Universitätsgesetzes für Deutschland eine dringende Notwendigkeit ist. An die Regierung möchte ich die Frage richten: Gibt es einen Geheimverlaß, durch welchen die Universitätsbehörden angewiesen werden, die Immatrikulation ohne weitere Begründung abzulehnen, wenn seitens der Polizei die unsubstanziierte Behauptung vorliegt, daß politische Unzuverlässigkeit vorliegt und nicht genügende Substanzmittel vorhanden sind. Wenn durch einen solchen Geheimverlaß die Universitätsbehörden gehalten sind, ohne weiteres solchen polizeilichen Auskünften zu folgen, dann wäre es Zeit, den Erlaß aufzuheben. (Weiß! bei der Sozialpartei.)

Kulturminister v. Trott zu Solz: Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß es einer alten Tradition entspricht, wenn unsere Universitäten den Ausländern Gastrecht in weitestem Maße gewähren. Diese Gastfreundschaft kann aber nicht ohne jeden Vorbehalt gewährt werden. Wir sind nicht soweit gegangen, daß wir die Zahl der ausländischen Studierenden begrenzen, wie es in Bayern geschieht, sondern wir haben und damit begnügt, bei der Immatrikulation der russischen Studenten etwas strenger zu verfahren. Unter diesen russischen Studenten befindet sich eine nicht geringe Zahl von Elementen, die man nicht so günstig beurteilen kann und die man am besten von unseren Universitäten zurückweist. Die deutschfeindlichen Demonstrationen russisch-polnischer Studenten, die im Jahre 1901 in unseren Hörsälen stattfanden, gaben den Anlaß zu einer strengeren Prüfung ausländischer Studierenden vor der Immatrikulation. Es ist aber dabei keineswegs in engherziger, kleinlicher Weise verfahren worden, was schon daraus hervorgeht, daß im letzten Winterhalbjahre 480, im Sommerhalbjahre 490 russische Studenten an der Berliner Universität immatrikuliert waren, also fast ein Drittel aller ausländischen Studenten. Diese Zahl ist so erheblich, daß bei noch weiterer Ausdehnung die Frage aufstehen würde, ob dagegen nicht andere Maßregeln zu ergreifen sind. Das Verfahren bei der Immatrikulation russischer Studierenden basiert keineswegs auf einem Geheimverlaß, der die Universitätsbehörden anweist, der Auskunft des Polizeipräsidiums unbedingt zu folgen. Dubrowsky hat nicht gleich zum Revolver gegriffen, als ihm mitgeteilt wurde, daß die polizeiliche Auskunft für ihn ungünstig sei. Er hat aber auch nicht den Rat befolgt, der ihm von der Universitätsbehörde gegeben wurde, sich an eine bestimmte Stelle im Polizeipräsidium zu wenden. Der Selbstmord kann schlechterdings nicht in Verbindung gebracht werden mit der verweigerten Immatrikulation. Es muß angenommen werden, daß der unglückliche Student von vornherein Selbstmordabsichten hatte, er hat ja auch auf dem Krankenlager vor seinem Tode erklärt, daß seine Tat nichts mit der abgelehnten Immatrikulation zu tun habe. So bedauerlich die Tat ist, sie kann in keiner Weise einen Vorwurf bilden gegen die Unterrichtsverwaltung und sie kann nicht dazu führen, an den bestehenden Zuständen etwas zu ändern. (Weiß! rechts, Lachen links.)

Minister v. Dallwitz: Die Polizei ist bei ihrer Auskunft auf die von dem Ausländer beigebrachten Unterlagen und die allgemeinen polizeilichen Akten angewiesen. Eine Rückfrage bei sonstigen ausländischen Behörden findet nicht statt. Dubrowsky hat den recherchierenden Polizeibeamten gefragt, ob es in Berlin einen politischen Verein russischer Studenten gäbe? Auf die Antwort des Beamten, daß es zurzeit nur eine russische Landsmannschaft gäbe, der auch Mitglieder der russischen Volkspartei als Ehrenbürger angehörten, äußerte Dubrowsky anscheinend Erregt, das sei eine konservative Gesellschaft, die von Politik keine Ahnung habe, es müßten doch in Berlin politische Vereine vorhanden sein, wie sie an den russischen Hochschulen trotz aller polizeilichen Verfolgungen immer noch beständen. (Hört! hört! rechts.) Es ist nicht festzustellen, welchen Grund Dubrowsky für seine bedauerliche Tat hatte. Es wäre ihm ein leichtes gewesen, nach den Ausführungen des Abgeordneten v. Löst seine politische Zuverlässigkeit und den Besitz von Substanzmitteln nachzuweisen, er hat das aber nicht getan. (Weiß! rechts.)

Auf Antrag des **Abg. Fischer** findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. v. d. Osten (L.): Der vorliegende Einzelfall bietet eigentlich keinen genügenden Anlaß, die Zeit und die Arbeitskraft des Hauses in Anspruch zu nehmen. (Widerpruch links, Zustimmung rechts.) Bei Dubrowsky lag eine Nervenzerrüttung vor, die wohl auch den Grund für die Tat bildet. Die Selbstmorde bei unserer Jugend sind auf gewisse geistige und politische Strömungen unserer Zeit zurückzuführen. Unpolitische politische Lehren kommen dabei in Frage, die nur von Nachdenklichen, aber nicht von Pflichten reden. (Lebhafter Weiß! rechts.) **Abg. Hoffmann:** „Bonner Studenten.“ Ihr Zuruf zeigt, daß sie von den Bonner Studenten keine Ahnung haben,

den deren erste Regel ist die Selbstsucht, wie überhaupt bei den Storkstudenten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Selbstsucht beim Eisenbahnerstreck!) Meine Freunde wünschen, daß die Regierung mit allem Nachdruck solchen Bestrebungen entgegentritt, und wir werden die Regierung unterstützen bei allen Maßnahmen zur Befriedung unseres Volkes. (Lachen links, lebhafter Weiß! rechts.)

Abg. v. Kardorff (H.): Die Erklärungen der Minister befriedigen uns. Die Frage, ob ein russischer Student immatrikuliert wird oder nicht, ist von untergeordneter Bedeutung. Wir vertrauen der Regierung, daß sie die Bestimmungen über Ausländer an den Hochschulen nicht engherzig handhaben wird. (Lebhafter Weiß! rechts.)

Abg. Ansg (Z.): Die Aufklärungen der Minister haben ergeben, daß der bedauerliche Selbstmord des russischen Studenten mit der Verweigerung der Immatrikulation in keiner Beziehung steht. Universität und Polizei sind schuldlos.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Es scheint, daß weder die Universität noch die Polizei ein Verschulden trifft. Man sollte aber bei der Handhabung der polizeilichen Maßnahmen geeignete Persönlichkeiten mit der Untersuchung betrauen, und man sollte auch die russischen Studenten darauf hinweisen, welche Ausweise sie nötig haben.

Abg. Korfants (Vole): Es ist unwahr, daß Dubrowsky auf dem Totenbette erklärt habe, sein Selbstmord stehe mit der Immatrikulation in keinem Zusammenhang. Warum hat man denn dem Vertreter der hiesigen russischen Kolonie den Zutritt zu dem Krankenhaus, in dem Dubrowsky lag, verweigert? (Hört! hört! links.) Es ist auch von einwandfreien Zeugen festgestellt, daß Dubrowsky auf den Rat des Polizeibeamten, in den Verband der russischen Leute einzutreten, geantwortet habe, er habe keine Zeit, Politik zu treiben. Das Verfahren der Polizei gegenüber ausländischen Studenten ist überhaupt sehr wenig liberal. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Ein **Schlussantrag** wird gegen die **Konferativen** abgelehnt.

Abg. Dr. Diebnecht (Soz.):

Die vorliegende Interpellation ist ganz wesentlich mit veranlaßt durch meine Partei. Wir haben uns mit den Herren von der fortschrittlichen Volkspartei in Verbindung gesetzt und hatten die Absicht, eine weitergehende Interpellation einzubringen. Wir haben die fortschrittliche Unterstützung nicht erhalten, und die Herren haben nun selbst eine abgezwängte Interpellation eingebracht. Trotz alledem ist man an mich vorhin mit dem Ersuchen herangetreten,

ich solle mich verpflichten, nur 10 Minuten zu reden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe keine Verpflichtung zur Discretion und sage das vor aller Öffentlichkeit fest als einen Skandal ohne Gleichen. (Weiß! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein Skandal, wenn man in einer so wichtigen Angelegenheit einem Abgeordneten Handschellen anlegen will, ihn hindern will, das zu sagen, was er pflichtgemäß sagen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir das allerdings nicht unvorhergesehen gekommen. Ich weiß aus bester Quelle, daß zwischen den leitenden Personen der bürgerlichen Fraktionen dieses Hauses bereits Verhandlungen in der Richtung gepflogen worden sind, daß es mit Rücksicht auf die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland vermieden werden soll, daß russische Angelegenheiten hier zur Sprache kommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten; Zuruf rechts: Unwahr!) Das weiß ich positiv.

Es ist ja nicht das erstmal, daß Angelegenheiten dieser Art den Landtag oder den Reichstag beschäftigen. Schon seit 1903 kamen immer wieder Klagen und leidenschaftliche Vorwürfe über die Art, wie unsere Universitätsverwaltung bei der Zulassung von

Ausländern verfährt. Am 22. Januar 1904 fand über ähnliche Dinge eine ausführliche Erörterung statt. Diese Erörterung glaubte der Minister des Innern, den man ja in Preußen nicht Polizeiminister nennen darf, damit abschließen zu können, daß er sagte, die preussische Polizei geht auf dieser Verhandlung mit blankem Schilde hervor. Auf diese kühne Proklamations des Ministers folgte bekanntlich die betrübliche

Blamage des Königsberger Prozesses.

Auch später haben wir uns mit Prozessen beschäftigen müssen, in denen nachgewiesen wurde, daß russische Studenten von der preussischen Polizei zu Spitzeldiensten gezwungen werden sollten. Dann hatten wir jene Ausweisung der 14 russischen Studenten, deren Angelegenheit durch die Namen Mandelstamm und Silberfarb allgemein bekannt geworden sind in Anlehnung an die berühmte „Schonorer- und Verschönerer-“ des Fürsten Bülow. Es wurde in einem Prozeß weiter darauf hingewiesen und vom Universitätsrichter Daude bestätigt, daß jeder russische Student, der von der Berliner Polizei aus Berlin ausgewiesen wird, auch wenn er sich selbst exmatriculiert hat, trotzdem als ausgewiesen gekennzeichnet und gewissermaßen auf eine

schwarze Liste

von der Universität gesetzt wird. Ferner wurde ein Fall erörtert, wo ein Polizeibeamter einem russischen Studenten sagte, wenn er der Polizei Spitzeldienste leiste, so würde seiner Immatrikulation keine Schwierigkeit bereitet werden. Am 22. September 1907 hat der Minister des Innern v. Hammerstein hier im Hause ausdrücklich erklärt, er halte eine solche leise Anfrage seitens eines Polizeibeamten bei einem Studenten, in dessen Wohnung „erfolgreich“ Hausdurchsuchung abgehalten wurde, für nicht ungehörig. Es ist also von dem hohen preussischen Minister erklärt worden, daß er solche Versuche, unter expressiver Absicht Ausländer zur Leistung von ehelosen Denunziationen und Spitzeldiensten zu zwingen, nicht für ungehörig hält. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wiederholt ist von der Polizei und Staatsanwaltschaft erklärt worden, daß die Ausländer in Preußen nicht die gleichen Garantien besitzen, wie sie den preussischen Staatsbürgern zukommen. Es ist bekannt, in wie unglücklicher Weise die Polizei immer und immer wieder ihr angebliches Recht auf beliebige Durchsuchung, Verhaftung und Verschlagnahme bei ausländischen Studenten ausübt, wie sie gelegentlich unter den russischen Studenten

ganze Razzien veranfaßt

und alle möglichen Leute auf 14 Tage und länger in Haft steckt. So wurde auch 1907 verfahren, als man die russische Pöschelle in ähnlicher Weise durchsuchte wie einen Verbrecherkeller und diese Studenten in unwürdiger Weise auf die Polizei schleifte. Die Pöschelle wurde damals auch aufgelöst. In dieser Zeit war es, wo der sogenannte Volkshüterverein in Aktion trat und nun die eingeschüchterten russischen Studenten zu sammeln verfuhrte.

Der Fall, der uns hier beschäftigt, ist eine Tragödie, der niemand sein menschliches Mitleid wohl versagen können. Ich bedaure es, daß gerade aus den Verhandlungen dieses Hauses Röne herausklangen, die man nicht erwarten sollte vom Standpunkt des einfachsten menschlichen Gefühls aus. Ich will die Einzelheiten des Falles nicht näher erörtern. Aus den Aussagen der Wirtschaftsleute des Dubrowsky und aller seiner Freunde ergibt sich, daß er ein wahrer Fanatiker der Wissenschaft war. Er studierte über die normale Grenze hinaus, die man bei deutschen Studenten findet. Das hat ihn vielleicht der Polizei bereits verdächtig gemacht, die sich sagte, „er denkt zuviel, die Leute sind gefährlich.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch nachgewiesen, daß er nicht mittellos war. Was seine politische „Verdächtigkeit“ betrifft, so liegt mir natürlich nicht viel daran, diesen Mann als ein harmloses Schäfchen zu schildern, ich halte das nicht für einen Vorzug. Aber es ist nun mal so gewesen, daß Dubrowsky für nichts Sinn hatte als für seine Wissenschaft. Er ging der russischen Gesellschaft aus dem Wege. Die Stellung seines Vaters ist ja fast so, daß man ihn einen Kollegen des preussischen Kultusministers nennen könnte. Der preussische Kultusminister hat seinem Kollegen im Heiligen Synod zu Rußland einen Stoß ins Herz versetzt durch seine heinliche Universitätsreform. Dubrowsky hatte sich seinen Lebensplan zurechtgemacht. Er wollte zunächst in Berlin studieren, dann in Breslau seinen Doktor machen und in Rußland das Staatsexamen bestehen. Die Darstellung des Ministers des Innern werden wir nicht als Anlaß zu einer Revision unserer Ansichten benutzen können. Diese Darstellung weicht ab von der Darstellung, die das „Berliner Tageblatt“, als vom Berliner Polizeipräsidium herabgewürgt, mitgeteilt hat. Da hieß es nur, daß der junge Mann sich geweigert habe, dem ihm von dem Polizeibeamten empfohlenen russischen Volkshüterverein beizutreten. Daß der junge Mann, der aller Politik so abhold war, sich bei dem recherchierenden Polizeibeamten nach einem oppositionellen Studententerrain erkundigt haben sollte, ist eine Behauptung, die so den Stempel der Unmöglichkeit an sich trägt, daß man sie nur als einen unheimlichen blutigen Scherz ansehen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine Beleidigung des Hauses, wenn der Minister des Innern und zumutet, dergleichen zu glauben.

Vizepräsident Dr. Krause: Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausführungen etwas zu mäßen; der Minister hat das Haus nicht beleidigt.

Abg. Dr. Diebnecht (Soz.):

Daß der Student an den Polizeibeamten eine solche Frage gerichtet haben soll, ist ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man Dubrowsky nicht geradezu für geistesgestört halten will. Aus welcher Quelle hat denn der Minister seine Information? Doch nur von Geheimagenten, deren Unzuverlässigkeit schon nachgewiesen ist. Es ist nicht das erste Mal,

daß **Polizeibeamte unwahre Berichte** erstatten

oder daß sie noch ganz andere Verbrechen begehen, Urkundenfälschung usw. Wir haben jetzt nur die Aussage desjenigen Beamten vor uns, der seinerzeit die Schuld an dem unglücklichen Ausgang der Sache trägt. Wenn man aber die innere Wahrscheinlichkeit der Darstellung zu prüfen hat, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß der Vorgang sich anders abgespielt haben muß, als ihn der Minister auf Grund seiner Informationen dargestellt hat. Man kann auch durchaus nicht der Meinung des Kultusministers zustimmen, daß der Selbstmord nichts mit der Verweigerung der Immatrikulation zu tun hat. Die Wirtschaftsleute bezeugen, daß Dubrowsky immer auf das Blatt Papier, das die Abweisung enthielt, verwiesen und gesagt habe, daß sei sein Unglück, das made seinen Lebensplan zunichte. Der Minister sagte, es wäre Dubrowsky leicht gewesen, den ausgesprochenen Verdacht zu entkräften. Das ist nicht richtig. Es gibt nichts Schmerzlicheres, als den Verdacht politischer Unzuverlässigkeit zu befeitigen, den die Polizei auf Grund ihrer Geheimalien ausgesprochen hat, besonders, wenn man ermüdet, wie in Rußland schon als politisch verdächtig gilt. Die angebliche Aeußerung des Dubrowsky auf dem Totenbette kann man nicht als Beweis für die Darstellung des Ministers anführen. Besonders auffällig ist, daß der Polizeibeamte sich bemüht hat, den Studenten in den Volkshüterverein hereinzubringen. Der Verlaß ist wahrscheinlich unterommen worden im Sinne einer Falle: Trübt er ein, ist er uns recht, im anderen Falle hat er damit bewiesen, daß er politisch verdächtig ist. Dieser Volkshüterverein zählt zu seinen Mitbegründern den Sohn jenes Menselhoff, des Deutschenhebers der „Nowoje Wremja“. Der Verein wird subventioniert von der russischen Volkspartei. Er nimmt keine Juden auf, aber es ist ein Beweis für das Kleinlichkeitsgefühl der russischen Studenten, daß sich ihm bisher nur 16 bis 17 Mitglieder angeschlossen haben.

Was der Sache die allgemeine Bedeutung gibt, ist die Methode, mit der russische Studenten hier bei der Universität aufgenommen werden. Die Ausführungen des Geheimrat Rudners in seinem **Quinquennium** sind in dieser Richtung von historischer Bedeutung. Sie

Werden ein in der Geschichte der deutschen Universitäten auf den unruhigsten Blättern haben, denn sie sind ein

glattes Eingeständnis der Missetaten an den Universitäten, die bisher immer in Abrede gestellt worden sind. Die Universitätsbehörde fragt vorher bei der Polizei an, ob der Ausländer immatrikuliert werden kann, und sie richtet sich nach dem Bescheid der Polizei, den sie nicht nachprüfen kann. Daß das in der Tat ein unerhörter Skandal ist, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung. Daß ein Geheimverbot in dieser Sache nicht existieren soll, ist für uns noch keine Verabredung. Ich möchte den Minister um Auskunft darüber bitten, ob nicht gleichlautende Anweisungen von verschiedenen Einzelministern oder von untergeordneten Behörden an die Universitäten ergangen sind. Gegenüber den unerhörten Beschimpfungen, die sich die reaktionäre Presse, „Deutsche Tageszeitung“ usw. aus diesem Anlaß gegen den „Vorwärts“ geleistet haben, möchte ich darauf hinweisen, daß es Tradition in der Sozialdemokratie und beim „Vorwärts“ ist, die unerhörten Missetaten an der Universität zu bekämpfen. Das geschieht nicht aus Kleinlichem Parteieresse, sondern von dem Standpunkt des Vertrauens heraus, daß die Wissenschaft selbst in der Zwangsjade unserer Universitäten ihre hohe Bedeutung hat und nicht durch

rückständige barbarische Polizeimaßnahmen gehemmt werden darf, wie sie sich beispielsweise in der Verurteilung zeigen. Leider haben wir von den Vertretern der bürgerlichen Parteien und auch von der freisinnigen Presse keinen Protest dagegen gehört, daß man überhaupt die ausländischen Studenten auf ihre politische Zuverlässigkeit hin prüft. Die Herren haben nur eine sorgfältigere Prüfung verlangt. Das ist ein Standpunkt, den wir auf das Schrotte zurückweisen. Die freisinnige Interpellation nimmt es gewissermaßen als

gottgewollte Tatsache hin, daß die Universitäten die politische Zuverlässigkeit der ausländischen Studenten nachprüfen. Wir sind Gegner dieser heimlichen Keme, dieser diskretionären Gewalt, die man der Polizei gibt. Alle die Bedingungen, die für die Zulassung der Ausländer an unsere Universitäten gestellt werden, sind im höchsten Grade skandalös, und die ganze Art des Verhältnisses von Universität zur Polizei ist durchaus unwürdig.

Die Universität ordnet sich der Polizei unter.

(Zurück bei den Sozialdemokraten: Es ist preußisch). Der Polizeigewaltige kommandiert oder er pfeift und die Universität muß tanzen. Es ist noch immer unklar, ob die Universitätsbehörden verpflichtet sind, Auskunft von der Polizei einzuziehen. Was soll man dazu sagen, daß sich die preussische Universität nur noch als Dependence der Polizei fühlt auf diesem Gebiete. Wir wissen doch, welcher Elemente sich die Polizei bedient. Wir wissen, daß auch die russische Polizei hier Geheimagenten in Berlin unterhält. Der eine Weichmantel, ist ja jetzt in Rußland wegen schwerer Verbrechen zu Verhängnis verurteilt worden. Wir haben auch jetzt einen solchen Herrn in Berlin. Der Herr, der jetzt die amtliche Befugnis hat, sich hier für die folgenden Russen zu interessieren, ist der

Kittsch an der russischen Botschaft, Sotgenowski.

Ich nenne diesen Namen hier in aller Öffentlichkeit, damit die in Berlin lebenden Russen vor dem Herrn gewarnt sind. Das unwürdige Verhältnis zwischen Polizei und Universität wird leider jetzt von den Professoren und Studenten ruhig hingenommen. Es wird damit motiviert, daß wir in Preußen kein Universitätsgesetz haben. Ich muß diesen Standpunkt auf das entschiedenste bekämpfen. Das ist so ein preussisch-subalterner Zustand, der hier zum Ausdruck kommt. Haben denn die Göttinger Sieben etwa ein besseres Gesetz gehabt, als sie einst mannhaft auftraten und eine Verbesserung der Zustände herbeiführten. Selbst aus den Ausführungen des von mir so ungemein hochgeschätzten Professors v. Liszt hang dieser

Geist der Duldung und Abhängigkeit

heraus, den ich auf das aller tiefste beklage. Die preussischen Universitäten werden genau so behandelt, wie sie es verdienen, solange sie sich ihrer Haut nicht wehren. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Minister fragen, ob ihm von einer Abmachung bekannt ist, die bei Gelegenheit der letzten Studentenunruhe in Rußland getroffen wurde, wonach keiner der daran beteiligten Studenten an deutschen Hochschulen mehr zugelassen werden soll? Dieser Vorfall fällt gerade in den richtigen Moment, denn 100 Jahre ist es jetzt her, daß jener Pichte Rektor der Berliner Universität war, der seine Reden an die deutsche Nation hielt, in der er Deutschland aufforderte, sich von der Fremdherrschaft der französischen Nation zu befreien, die immerhin die deutsche Kultur vorangeht. Sollte es nicht auch in diesen Tagen irgendeinen Pichte geben an der Berliner Universität, der auch Reden hält an die deutsche Nation, um Deutschland von der Fremdherrschaft der russischen Polizei, von der Zensurerei und der Speichelleckerei

Rußland gegenüber zu befreien. Diese Reden sollten gleichzeitig gehalten werden an die studierende Jugend und an die deutschen Universitätsdozenten. Vielleicht wird Herr v. Liszt sie halten. Uns bleibt die Feststellung, daß es wiederum die Sozialdemokratie gewesen ist, die es gewagt hat, hier und in der Presse aus dem Fall Dubrowsky die Konsequenzen zu ziehen im Interesse der deutschen Kultur, der deutschen Universitäten, im Interesse des Ansehens des deutschen Namens im Inland und Ausland. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Besprechung schließt. Abg. v. Dewig (H.): Dr. Liebknecht hat meine Zumutung, ich würde gegen den Schluß stimmen, wenn er kurz spricht, als Skandal bezeichnet. Möge er sich nie eines größeren Skandals schuldig machen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ein derartiges Anstossen ist und bleibt ein politischer Skandal.

Die Abg. v. Nordbrand (L.), Dr. Friedberg (Nat.), Dr. Dietrich (S.), v. Ordeff (H.) und Wyhing (Sp.) erklären, daß ihnen von Verhandlungen, die Besprechung dieser Angelegenheit zu verhindern, nicht das geringste bekannt ist.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Dann nehme ich meine Behauptung zurück.

Vizepräsident Dr. Vorkh ruft den Abg. Dr. Liebknecht zur Ordnung, weil er dem Mitglied der russischen Botschaft v. Sotgenowski unwürdiges Verhalten und Korruption vorgeworfen hat.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Vorschriften über die Abnahme und Prüfung der Rechnungen geht an die verstarbte Rechnungs-Kommission.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Ausführungs-Gesetz zur Reichs-Verwaltungsgesetz.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Einen Schuhmann zum „Erzieher des Publikums“ zu erziehen hat ein Dreifacher Vieß versuchen zu sollen geglaubt. In der Nacht vom 8. April zum 9. April gegen 12 Uhr wurde Vieß, mit Anlegen von der Arbeit heimkehrend, auf dem Schießischen Bahnhof zufällig Zeuge eines Streites zwischen zwei Männern. Der eine der Streitenden, ein Fahrwächter Klopisch, der ein künstliches Bein hat, wollte die Persönlichkeit des andern feststellen lassen und begab sich zu diesem Zweck nach der Polizeiwache am Schießischen Bahnhof. Ein Schuhmann Winter, der heraufgeklingelt wurde, benahm sich auf der Straße gegenüber dem Krüppel in einer Weise, die Vieß für durchaus unangehörig hielt. Als Klopisch dem Schuhmann deshalb Vorhaltungen machte, wurde er aufgefordert, selber mit zur Wache zu kommen. Acht Tage später hatte dann Klopisch

Strafmandat weg, das ihm eine Geldstrafe von 8 M. auferlegte. Warum? Er wurde beschuldigt, vor der Wache gestanden zu haben und der Aufforderung des Schuhmanns zum Tragen nicht weitergegangen zu sein, sondern laut Sandaleri zu haben, so daß man es fragenweit habe hören können.

Da Vieß gegen dieses Strafmandat der Polizei die Entscheidung eines Gerichts beantragte, so kam die Sache vor das Amtsgericht Berlin-Mitte, dessen Abteilung 144 unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wäglers gestern darüber zu entscheiden hatte. Der Angeklagte erklärte, der herausgeklingelte Schuhmann Winter sei lediglich sehr erregt auf Alosch zugegangen und habe diesen angegriffen und gepufft. Obwohl Klopisch darauf aufmerksam gemacht habe, daß er Krüppel sei, habe Winter ihm schließlich noch einen Stoß gegeben, so daß er hinfiel. Das Publikum sei in große Erregung geraten, und man habe den Ruf gehört: „An einem Krüppel kann er sich vergreifen!“ Nunmehr habe Klopisch dem Schuhmann in Ruhe darauf hingewiesen, daß er einen Helfer gemacht und seine Amtsbesugnisse überschritten habe. „Sie sollen doch erzieherisch auf das Publikum einwirken!“ habe er, Vieß, hinzugefügt. Danach sei er selber sistiert worden. Der Vorsitzende brachte zur Sprache, daß Alosch inzwischen Strafmandat gegen den Schuhmann Winter gestellt hat. Winter, der als Zeuge gegen Vieß auftrat, erklärte, daß er hieron noch nichts wisse. Der Strafmandat ist, wie vor Gericht festgestellt wurde, am 12. Mai eingereicht worden. Daß Klopisch erst so spät sich zu einem Strafmandat entschlossen habe, fand der Vorsitzende „auffällig“. Schuhmann Winter beklagte, vor der Tür der Polizeiwache habe „ein Herr mit einem steifen Fuß“ ihm geklagt, daß ihm ein Rad gestohlen sei. Der habe, als Winter ihm zu einer Anzeige bei der Kriminalpolizei riet, darüber geschimpft, daß die Polizei ihm nicht das Rad sofort herbeischaffen konnte. Auch Vieß habe laut rätzelnd es als unerhört bezeichnet, daß dem Mann nicht zu seinem Recht verholten werde. Nun habe Winter den Alosch „weitergeführt“, um abseits mit ihm zu verhandeln. Da Klopisch noch immer nicht weggegangen sei, habe er ihn sistiert. Ob er Klopisch gesehen habe, so daß er hinfiel, wurde Winter vor Gericht nicht gefragt. Unterhändigt wurde diese Behauptung des Angeklagten von dem Zeugen Psenitz, der in jener Nacht mit Klopisch zusammen gewesen war. Winter habe sofort Klopisch angegriffen: „Scheren Sie sich weg!“ und habe ihn dann hingestoßen, so daß das Publikum sich darüber entrüstete. Klopisch habe ihm das ruhig vorgehalten und ihn an die Pflicht der Schulpflicht, „auf das Publikum erzieherisch einzuwirken“, erinnert. Hiernach beantragte der Staatsanwalt selber die Freisprechung. Beide Zeugen seien glaubwürdig, doch könne man nicht entscheiden, wer mehr Glauben verdiene. Das Gericht fällte das Urteil, daß Klopisch freigesprochen sei, weil der Sachverhalt sich nicht habe aufklären lassen.

Ob auch nach Meinung des Gerichts der Schuhmann ein „Erzieher des Publikums“ sein soll und ob ein Zivilist ihn dazu erziehen kann, darüber schwieg die Urteilsbegründung.

Ein umfangreicher Verleibungsprozess.

den die Vergleiche der Charlottenburger Krankenhäuser Westend und Kirchstraße angestrengt hatten, begann gestern mittag vor der Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsrats Vogel. Angeklagt sind die Schriftstellerin Elisabeth Bonneh (Nutz Dre) und die Schriftstellerin Dr. phil. Helene Stöder, welche von Rechtsanwältin Pölsander und Dr. Kurt Rosenfeld vertheidigt werden. — Der Anklage liegt im einzelnen folgendes zugrunde: Inwieweit Stöder ist verantwortliche Herausgeberin der Zeitschrift „Die neue Generation“, des Publikationsorgans des „Bundes für Mutterschutz“. Am 14. Januar 1909 erschien in dieser Zeitschrift ein Artikel, welcher von der Angeklagten Bonneh verfaßt worden war und schwere Vorwürfe gegen die Leitung der Krankenhäuser Westend und Kirchstraße enthielt. Die Verfasserin führt darin aus, daß „so trauglich die Lage des im Stall geborenen Christkinds gemessen sei, es doch noch zu beneiden sei gegenüber der Lage eines anderen jüngst geborenen Kindes. Kurz vor dem Weichnachtsabend sei, so hieß es in dem Artikel, ein Mädchen, bei dem sich schon die ersten Anzeichen der beginnenden Geburt bemerkbar machten, in das Bureau des Bundes für Mutterschutz gekommen und habe erzählt, daß sie ihre Dienstherrschaft, eine Arztfamilie in Lantwisch, jetzt habe gehen lassen, trotzdem sie gebeten habe, früher entlassen zu werden. Die Leiterin des Mutterhauses habe das Mädchen schleunigst in einer Automobilkutsche nach dem Krankenhaus Kirchstraße schaffen lassen. Dort habe man jedoch ohne weiteres die Aufnahme abgelehnt. Das sich vor Schmerz wühlende Mädchen sei dann nach dem Krankenhaus Westend gefahren worden, wo es schon auf einer Tragbahre in das Haus getragen werden mußte. Als das Mädchen schon auf dem Operations-tisch lag, sei der Oberarzt gekommen und habe geäußert: „Wir haben hier keine Entbindungsanstalt!“ Auf seinen Befehl sei das Mädchen in ein Dienstmädchen Stenzel, abermals in das Auto zurückgetragen worden. Das Krankenhaus Kirchstraße habe auch wiederum die St. abgewiesen, die dann schließlich nach einer Unfallstation geschafft wurde, wo sie einige Minuten nach ihrer Einlieferung entbunden wurde. Der Chausseur, ein alter grobschlägiger Mann, habe auf der ganzen Fahrt fortwährend gejammert: „Das arme, arme Mädchen.“ — Der Artikel schließt mit den Worten: „Schlagt an Euer Herz, Ihr Christen, wenn Ihr hört, daß so etwas in einem christlichen Staate möglich ist! Stellt Euren Staat zur Rede, daß er so etwas duldet!“ — Der Vorfall selbst wurde in dem Artikel als „eine zum Himmel schreiende Episode“ bezeichnet. Dieser Artikel, der auch in die Tagespresse übergegangen war, veranlaßte den Magistrat der Stadt Charlottenburg, sofort Erhebungen anzustellen, die zu einer amtlichen Erklärung in der Presse führten. Von dem Magistrat wurde behauptet, daß die Angaben des Artikels völlig unzutreffend seien. Die Stenzel sei vielmehr ohne weiteres in dem Krankenhaus Kirchstraße gegen 8 Uhr abends aufgenommen und erst am nächsten Tage gegen 10 Uhr vormittags entbunden worden. Nachdem diese Erklärung des Magistrats bekannt geworden war, erschien am 14. Februar in der „Neuen Generation“ ein zweiter Artikel, in welchem die Angeklagte Bonneh mitteilte, daß sie bei ihren Angaben bestehen bleibe und ferner, daß für den nächsten Tag in der „Victoria-Druckerei“ eine Volksversammlung einberufen worden sei, welche sich mit den Missetaten in den Charlottenburger Krankenhäusern befassen würde. Diese Versammlung fand dann auch statt und zwar wiederholte die Angeklagte Bonneh in dieser die Vorwürfe gegen die Krankenhäuserleitung. — Die Folge war die jetzige Anklage wegen Verleibung. In der gestrigen Vernehmung erklärte die Angeklagte Bonneh, daß ihr die zu dem Artikel verwendeten Tatsachen von der Leiterin des Mutterhauses, welche die Stenzel auf jener Automobilfahrt begleitet hatte, mitgeteilt worden seien. Die Angeklagte Dr. phil. Helene Stöder, welche lediglich als verantwortlich zeichnende Redakteurin angeklagt ist, erklärte, daß es Pflicht des Bundes für Mutterschutz gewesen sei, ein derartiges Vorkommnis mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufzuklären und der öffentlichen Kritik zu unterziehen. Indem welche Persönlichkeiten sollten mit dem Artikel nicht getroffen werden, sondern lediglich die vorhandenen Missetaten. — In der Verhandlung sind außer dem als Sachverständigen geladenen Gerichtsarzt Dr. Marg girka 30 Zeugen geladen, da die Angeklagten den Wahrheitsbeweis für die Angaben des Artikels antreten wollen.

Nach der verantwortlichen Vernehmung der Angeklagten begann die Beweisaufnahme. Als erste Zeugin wird das junge Mädchen vernommen, das damals in den beiden Krankenhäusern keine Aufnahme fand. Da ihre Angaben sehr unsicher sind und sich die Zeugin auf Einzelheiten überhaupt nicht bestimmen kann, beschloß das Gericht, die Sache zu verlegen und das nicht erstehenene Paula Schütz, das die Zeugin Stenzel auf ihren Fahrten nach den beiden Krankenhäusern begleitete, als Zeugin zu laden.

Rüssen Eltern ihre Kinder an sonntäglichen Schulfesten teilnehmen lassen?

Am Sonntag, den 26. März, wurde in Mühlenbeck ein Schulfest abgehalten, an welcher die Eltern ihre Kinder teilnehmen lassen sollten. Der Gastwirt Bärtsch hielt seinen von der Feier zurück, er wurde deshalb auf Grund einer Regierungsverordnung vom Jahre 1890 in eine Geldstrafe wegen Schulverhinderung genommen. Hiergegen beantragte B. richterliche Entscheidung. Vor einigen Tagen hatte sich B. vor dem Panower Schöffengericht zu verantworten. Der Vertreter der Anklage beantragte Aufrechterhaltung der Strafe, da Schulfeste ebenfalls zum Schulunterricht gehören. B. dagegen berief sich auf Grund einer Kammergerichtsentscheidung auf den § 45 II 12 des Allgemeinen Landrechts, wonach an Sonntagen nur in Notfällen Unterricht abgehalten werden soll. Von einem Notfall suchte hier nicht die Rede sein. Hierauf wurde B. freigesprochen.

Wegen öffentlicher Aufforderung vor einer Menschenmenge zur Begehung einer strafbaren Handlung hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Genosse Maus, Mitglied der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes, zu verantworten. Ende Januar d. J. fand in der Frankfurterstraße ein Streit statt. Maus sollte dabei einen vom Schuhmann fortgeführten Streifen erklären haben. „Sie sehen weiter Streifen. Ich will sehen, wer uns daran hindern kann.“ Maus bestritt, eine solche Äußerung getan zu haben, erklärte vielmehr, lediglich gesagt zu haben, als ein Schuhmann den Streifen stieß und sich täglich an ihm vergreift, daß er ein solches Verhalten nicht für zulässig halten könne. Der betreffende Streifen sei Mitglied des Metallarbeiterverbandes, er wüßte den Namen des Mannes zu wissen, um Beschwerde zu führen. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht blieb der Schuhmann dabei, daß Maus den Streifen aufgefordert habe, seinen Platz nicht zu verlassen. Auf der anderen Seite mußte aber der Schuhmann zugeben, daß Maus zu dem Streifen, der zur Wache genommen wurde, auch gesagt habe, er solle ruhig mitgehen. Der Schuhmann sagte ferner aus, daß er das Streifenstehen unterjagt habe, weil auf eine Anzeige der betroffenen Firma der Reviervorstand das Streifenstehen verboten habe. Maus habe leise gesprochen, es hätten etwa 6 Personen um Maus herum gestanden, als dieser die inkriminierten Worte sprach. Das Verfahren wegen Mißhandlung des Streifenstehens durch den Schuhmann schwebt noch. Ein vernommener Anklagezeuge beklagte, daß Maus sich lediglich wegen geäußert habe, daß der Schuhmann den Streifenstehen zweimal stieß; eine Aufforderung zum Ungehörig habe Maus nicht erlassen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwält Dr. Heine mann, wies darauf hin, daß die Aufforderung des Schuhmanns keine berechtigte gewesen sei, denn eine so ungünstige Rechtsauffassung auch das Kammergericht vertritt, daran habe es doch immer festgehalten, daß der Schuhmann selbst prüfen müsse, ob die Ordnung gefährdet sei. Eine generelle Anweisung des Reviervorstandes, das Streifenstehen sei nicht zu dulden, habe auch das Kammergericht stets für unzulässig erachtet. Vor allem aber fehle es, wie der Verteidiger eingehend nachwies, an der rechtlichen Voraussetzung, daß Maus öffentlich vor einer Menschenmenge die angelegliche Aufforderung erlassen habe. Es seien nur einige wenige übersehene Personen da gewesen. Letzteren Ausführungen schloß sich das Gericht an und sprach Maus frei.

Urteil im Bandendiebstahlprozess.

Das Urteil wurde erst in vorgezückter Abendstunde gesprochen. Das Gericht verurteilte: Stehling wegen schweren Diebstahls in 31 Fällen zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht, Damerow zu 2 Jahren 1 Monat Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft, Kube zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Berens zu 2 1/2 Jahren Gefängnis, Sigmund zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, Riesenstahl wegen Diebstahls zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. — Die Angeklagten Dettler, Frau Riesenstahl und Sigmund wurden freigesprochen. — Das Verfahren gegen Böttcher, Bieske und Lichte wurde abgetrennt.

Toischlag wegen verschmähter Liebe.

Ein Liebesdrama hat vor dem Leipziger Schwurgericht seinen Abschluß gefunden. Unter der Anklage, ihren Geliebten, den Kaufmann Habebant, erschossen zu haben, hatte sich die 31 Jahre alte Schneiderin Schatz zu verantworten. Die Angeklagte unterhielt mit Habebant längere Zeit ein Verhältnis, das nach ihrer Meinung zur Ehe führen sollte. Als Habebant aber keine Anhalten zur Verlobung machte, schrieb sie an dessen Vater einen Brief und bat um seine Einwilligung zur Verlobung mit dem Sohne. Der alte Herr schrieb ihr aber zurück, daß aus einer Heirat nichts werden könne, er sei aber bereit, ihr eine Abfindungssumme zu zahlen. Bei einem Rechtsanwält kam auch ein Vertrag zustande, wonach die Angeklagte gegen Zahlung von 4000 M. sich bereit erklärte, ihre Ansprüche auf den jungen Habebant aufzugeben. Kurz nach Unterzeichnung des Vertrages holte sie aber eine Pistole aus ihrer Wohnung, lauerte ihrem Geliebten auf und schoß ihn nieder. Als Habebant blutend am Boden lag, nahm sie seinen Kopf in ihren Schoß und freilochte ihn; dann versuchte sie, sich selbst zu erschießen, was ihr aber infolge Versagens der Pistole nicht gelang. Sie wurde von der Stelle weg verhaftet. Die Verhandlung gegen sie sollte bereits in voriger Woche stattfinden, mußte aber aufgeschoben werden, weil sie in der Zelle einen erneuten Selbstmordversuch gemacht hatte. Die Geschworenen haben die Tat der Angeklagten, der ihr Geliebter nach wenigen Stunden erlegen war, als Toischlag an; das Urteil des Gerichtshofes lautet auf fünf Jahre Gefängnis.

Von der Anklage der Verleibung der preussischen Regierung und der Polizei ist am 19. Dezember d. J. der Arbeitersekretär Albert Weber freigesprochen worden. In einer Rede über die Reichsversicherung sprach er von Polizeibeamten als von Lumpen, da die Polizei, wie der Polizeiminister gesagt habe, nicht bloß Genossen anstellen könne. Das Gericht hielt es nicht für widerlegt, daß er nur Spöbel gemeint habe. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob gestern das Reichsgericht das Urteil auf, soweit die Regierung beleidigt sein soll. Es wurde auf Einstellung erkannt, damit der Regierung noch die Möglichkeit offen bleibt, nachträglich Strafmandat zu stellen. Im übrigen wurde die Revision des Staatsanwalts verworfen.

Der Göttinger Stadthaltenprozess.

In der erneuten Verhandlung des vom Reichsgericht aufgehobenen und an die Göttinger Strafkammer zurückverwiesenen Stadthaltenprozesses wurde gestern der Diebstrahl der Dachkonstruktion, Ingenieur Paul Martiny aus Dresden, der am 1. März vorigen Jahres von der Göttinger Strafkammer wegen Verstoßes gegen die allgemeinen Bauregeln in Verbindung mit fahrlässiger Leitung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, von der Anklage des Vergehens gegen § 330 St.-G.-B. freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Aus aller Welt.

Neu-Byzanz.

Die Art, wie man in Kōn Wilhelm II. und seine Gemahlin empfangen hat, ist eine tolle Herausforderung der nicht byzantinisch verknüpfelten Bürgerkraft. Man hat auf städtische Kosten acht Kilometer Strahlen mit Pflanzen-, Flaggen- und figürlichen Schmuck und mit zahlreichen Triumphbögen versehen. Man hat unerhörte Aufwendungen für Beleuchtungsstänke gemacht und auf dem Rhein ein Feuerwerk von nie gesehener Pracht und von mehr als einhundert Dauerveranstaltet, dazu kam ein Festmahl auf den eigens

renovierten Bürgerlich, an dem sechshundert Personen teilgenommen haben sollen. Von Kennern werden die Ausgaben aus dem Stadtsäckel auf mindestens 200 000 Mark geschätzt. Was der Prunk tatsächlich kostet, wird die Deffentlichkeit wohl nie erfahren. Wie man das Geld hinausgeworfen hat, das mag man daran erkennen, daß man eigens zwei kostbare Marmorlosetts für den kaiserlichen Besuch im Bürgerlich errichtete, die Tags darauf wieder entfernt wurden. Die Kosten der beiden Losetts sollen gegen 40 000 Mark betragen.

Diese wahrheitsvolle Vergewand städtischer Mittel hat die Stadt Köln begangen, obwohl die Schul- und Wabedverhältnisse dort alles zu wünschen übrig lassen, obwohl man die Kinder der Armen dort zum Spott Wöswilliger mit klappernden Holzspannen statt Lederschuhen laufen läßt und obwohl die städtische Fürsorge für Lungenerkrankte im verfloffenen Winter mehrere Monate lang die Abgabe von Milch einstellte, weil keine Mittel da seien. Für den fünfstündigen Kaiserbesuch warf man Hunderttausende hinaus.

Empörend waren die Wperrungen. Der nämliche Polizeipräsident, der der Arbeiterschaft die Demonstration für die Kulturforderungen des Reiprogramms verweigert und der den Wahrechtsdemonstranten eine bewaffnete Macht von Polizeibeamten zu Fuß und zu Pferde entgegenstellte, ließ eine Anzahl von Straßenstundenlang sperren und trennte gar durch mehrstündige Sperrung sämtlicher Rheinbrücken und das Verbot der Schiffsahrt das linke Rheinufer völlig vom rechten. Selbst vor dem Eisenbahnverkehr hat man nicht Halt gemacht. Zahlreiche Brücken wurden umgeleitet, sodas eine große Störung im Betriebe und eine Verhinderung vieler fahrplanmäßiger Anschlüsse zu verzeichnen war. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch die Kölner Kaiserstunden eine große Menge unfreiwilliger politischer Aufklärungsarbeit in der rheinischen Hauptstadt geleistet worden ist.

Die Flugwettbewerbverbe.

Vom Sachsenrundflug ist zu melden, daß außer Lindpointner auch noch Laitsch und Büchner die erste Etappenstation Dresden erreicht haben. Büchner war am Dienstag 14 Kilometer vor Dresden gelandet und traf erst am Mittwoch am Ziele ein.

Im rheinischen Zuverlässigkeitsflug legte Hirth (Streich-Kumpfer) am Mittwoch auch die vierte Etappe Straßburg-Karlsruhe zurück. Brunhuber ist gleichfalls gestartet, aber noch nicht am Ziele gemeldet. Auch Jeannin und der Militärflieger Leutnant Raeken- thum legten die Strecke außer der Konkurrenz zurück.

Am Fernflug Paris-Madrid ist jetzt außer Bedrine und Garros auch noch der Militärpilot Gibert beteiligt, der inzwischen gleichfalls in San Sebastian angekommen ist. Die letzte und schwierigste Etappe San Sebastian-Madrid dürfte am Donnerstag in Angriff genommen werden.

Teufliche Rache.

In der ungarischen Gemeinde Grgh-Tilbanh wurde am Dienstag gegen den Landwirt Meltonh ein Dynamitattentat verübt. Eine Dynamitpatrone wurde auf das Fensterbrett des Landwirtes geschleudert und zerstörte das ganze Gebäude. Meltonh wurde buchstäblich in Stücke gerissen. Die Gendarmerie verhaftete noch nichts den besten Freund des Ermordeten, einen gewissen Beklean, und dessen Vater. Ersterer war der Liebhaber der Frau Meltonhs und scheint das Attentat aus Rache gegen den Landwirt begangen zu haben, weil dieser ihn in flagranti beim Ehebruch mit seiner Frau betroffen und geächtigt hatte.

Eine Schreckensfahrt.

Auf unfreiwillige Weise machte in Jugolstadt ein mit der Luftschiffahrt nur wenig vertrauter Offizier eine Ballonreise, die ihn bis 5000 Meter hoch führte. Ein Fesselballon, mit dem der

Offizier aufgestiegen war, riß sich infolge heftigen Windes los. Da der Inzasse mit der Reifleine nicht Bescheid wußte, versuchte er im Lauwerk in die Höhe zu klettern, um die Hülle mit dem Messer aufzuschneiden. Das mißlang ihm jedoch und der Ballon wurde bis zu 5000 Meter hinaufgetrieben. Schließlich fiel der Ballon bei Freising; der Offizier sprang aus der Gondel auf einen Baum, ohne Schaden zu nehmen. Der seiner Last entledigte Ballon entzündete sich in den Lüften.

Kleine Notizen.

Doppelmord. In dem Dorfe Boragl in der Provinz Sachsen ermordete der Dienstknecht Müller eine 25 Jahre alte Witwe sowie deren Tochter. Verharmloste Liebe soll der Verweggrund der unfeligen Tat sein.

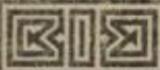
Folgenschwere Geschossexplosionen. Auf dem nahe der französischen Grenze gelegenen Truppenübungsplatz Eisenborn fand ein Dragoner einen Artilleriezünder. Beim Gantieren damit explodierte das Geschos und verletzte drei Soldaten sehr schwer. — Beim Kölnener Artillerieregiment Nr. 59 explodierte eine Granate im Geschützrohr. Eine Witzgewandmeister wurde durch ein Sprengstück tödlich verletzt, mehrere Soldaten erlitten erhebliche Verwundungen.

Ein Ballonflug über die Alpen. Ein am Dienstag in Innsbruck unter Führung des Oberleutnants Sallach aufgestiegener Ballon überflog die Zentralalpen und landete glücklich in Norditalien.

Absturz eines Fliegers. Der französische Flieger Slegidre blieb während eines Fluges auf dem Petersburger Flugplatz mit einem Flügel seines Apparates an einer Stange hängen. Der Flieger stürzte herab und verletzte sich schwer, das Flugzeug wurde zerstört.

Eingegangene Druckschriften.

Im gefährlichen Alter. Satiren und Humoresken. Von H. Delb 30 B. Verlag Satyr. Dux in Böhmen.



Todes-Anzeigen



Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
3. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Maurer
Johannes Schulze
(Bezirk 100) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Adolf Bormann
Reichenberger Str. 107
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Görlitzer Viertel.
Bezirk 226 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zigarrenhändler
Franz Fehlow
(Wlogauer Str. 27)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Petersburger Viertel.
(Bezirk 302 I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zimmerer
Franz Ulrich
(Weidenweg 41) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 23. Mai verstarb unser Mitglied
Adolf Bormann.
(Bezirk Süd-Ort.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof in Ahrensfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer.
Filiale Berlin III.
Am 23. d. Mts. verstarb plötzlich unser Mitglied
Franz Ulrich
am Schlaganfall.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk I.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Franz Ulrich
am 20. d. Mts. infolge eines Schlaganfalles verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Dienstag verstarb nach kurzen, schweren Leiden unser herzensguter Sohn, Bruder und Schwager, der Goldschmied
Wilhelm Knauer
im 26. Lebensjahre.
Dies geht tiefbetäubt an Familie **Karl Knauer.**
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
19586

Verband der Steinsetzer, Plasterer u. Berufsg. Deutschlands
Filiale Groß-Berlin. Bez. Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Otto Knuth
am 23. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. M., von der Leichenhalle des Friedhofes der Kagareich-Gemeinde in Reinickendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 23. Mai, verstarb nach langem schweren Leiden meine liebe Frau
Martha Vallentin
geb. Müller
im 40. Lebensjahre.
Dies geht tiefbetäubt an der trauernde Gatte
Herrmann Vallentin nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Philipp-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.
43952

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederbarnim Bez. Friedrichsfelde.
Am Dienstag verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager unser Mitglied
Willi Knauer.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes aus statt.
238/12

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß am 22. Mai, früh 6 Uhr, unser sorgsamer Vater, Bruder und Schwager
Fritz Schlicht
im Alter von 43 Jahren nach langem Leiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Luisen-Kirchhofes, Rigbold, Hermannstraße, aus statt.
Um herzliche Teilnahme bitten
Die trauernden Kinder,
Schwester und Schwager.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Vaters, unseres guten Vaters, des Goldwirts
Wilhelm Hentschel
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Besonderen der Herren Wasth, Bahle, Adlershof, dem Wahlverein, dem Arbeiter-Verein, dem Besonderen, Spielklub „Freiheit“ und dem Klub „Kamisch“, unseren herzlichsten Dank.
Willme Hentschel nebst Kindern.

Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreibriemensattler
Max Döhnert
Bezirk „Concordia“ verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreiföhner Gemeinde-Friedhofes, Neue Arng-Allee, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
157/2 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben und verehrten Vaters, des Zimmermanns
Heinrich Juhs
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Beerdigungsverein Berliner Zimmerer und dem Verein Treuenbrichen meinen innigsten Dank.
Berta Juhs
geb. Burmeister.

„Kownoer“ aus den Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Press. Stangard
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Geschäftseröffnung!
::: Sonnabend, den 27. Mai :::
eröffne in der
51 Reinickendorfer Str. 51
ein
Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.
Gustav Kutzki.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Sahntsch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachtstr. 14.
O. R. Hadelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Kopenkirchstr. 88. N. Wengels, St. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Jucht, Gimmannschtr. 12. F. Reul, Dammstr. 42.
N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. P. Trapp, Steinhilber Str. 10. Karl Mars, Lohner Str. 123. Karl Weike, Kagareichstr. 49.
P. Vogel, Vorpingsstr. 37. H. Rich, Invalidentstr. 124.
N. W. Kari Anders, Salzweidelerstr. 8. Wedert, Gohlwitzerstr. 29.
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Dachs, Jagelberger Str. 27.
S. St. Fris, Prinzenstr. 31. F. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Langer Platz 14/15. P. Horich, Engelischer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. P. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Rauschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schwarzberg, Seelenbinder Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Käter, Reddelstr. 9. I. Köpenick. Emil Wisler, Riecherstr. 6. Laden.
Lichtenberg. Otto Seitel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. Max Priebke, Brüder Str. 14 II.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Haber, Wilhelmminnenhofferstr. 17 II.
Pankow. Otto Rihmann, Wälderstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Pravingstr. 56, Laden.
Rixdorf. W. Heinrich, Reddelstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
G. Rohr, Stegriedstr. 28/29.
Rummelsburg. H. Rosenkrantz, Alt-Borghagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Dammier, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Breiterstr. 64.
Steglitz. G. Bernsee, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Berliner Str. 41/42.
Treptow. Robert Gromenz, Niesholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedamstr. 109. Schiller, König-Georg-Str. 39a.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 26, Hofpartee.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
erstklassiges Fabrikat (mal primiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stillarten von wunderbarer Tonfülle.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ecko Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Sensationelle Neuheit!
Calcutta Imitiert. Inder-T Teppich
ganz dickes doppel-seitiges Gewebe auf creme, oliv, blau oder fraise Fond, von den echt Inder-teppichen kaum zu unterscheiden. Größe ca.
90x185 cm M. 6,75
130x195 8,75
160x225 14,75
190x295 22,50
250x350 33,00
Passende Bett- und Pult-Teppiche Stück M. 2, 3, 4 und 6,75.
Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.
Spezialkatalog mit circa 650 Abbildungen gratis u. franko.

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Rosenthaler Str. 70.
Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Monats-Garderobe
Spezialhaus für wenig getragene, sah neue Jacket-Anzüge, Rod-Anzüge, Gebrod-Anzüge, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, Winterpaletots, Weinfelder (auch für torpente Herren), sowie Kellner-Jackets, Frack, schwarze Anzügen. Dieselben sind teils auf Seide gearbeitet und nur kurze Zeit getragen, kauft man (spottbillig) bei
Weingarten, Prinzstr. 28
L. Glage, Gedons Ritterstr. (früher 20 Jahre Gitschner Str.). Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten

Beeilen Sie sich
und beschaffen Sie die letzten 17 Pargellen in Bepernia, die ich sehr billig verkaufe. — Keine gratis. —
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.
Mahisdorf,
Ca. 20 von 8 W. an. 20 W. -Jahrl.
J. Rieger, Gontardstr. 5.
Von der Reise zurück (78/2)
Dr. Leopold Lienthal.
19075 Zurück
Zahnarzt **Theodor Lewin**
Skallitzer Str. 46.

Achtung! Borneo!!
Dritte Länge, Städtisch, hell, grau und schneeweiß Brenntend per Pfund 1.50 M. 295/6
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., 25 Brunnen-Strasse 25.

Blumen- und Franzbinderei
von **Robert Meyer**,
nur Mariannen-Strasse 2.

Stadtverordneten-Versammlung.

30. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Gassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Für die Vorbereitung der Vorlage wegen Ankauf eines der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp-Essen gehörigen Terrains in Tegel für Zwecke der dortigen städtischen Wasserwerke ist ein Ausschuss gewählt worden, dem von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtv. Bruns, Ewald, Manasse, Sassenbach angehören.

Zur Beratung steht zunächst die Vorlage betreffend die Aufhebung der Jahrmärkte.

Der hierfür eingesetzte Ausschuss hat bekanntlich die Vorlage abgelehnt, ebenso einen Antrag, die Aufhebung erst mit dem 1. Januar 1916 eintreten zu lassen. Referent ist

Stadtv. Bamberg (A. L.). Dieser verweist auf die zahlreichen Bittschriften und Vorstellungen, die gegen die geplante Maßnahme eingegangen sind, während der Magistrat der Meinung sei, daß die Jahrmärkte sich überlebt hätten und den Verkehr stören. Aus der Mitte des Ausschusses sei auf die Ladenbesitzer verwiesen worden, die unter der Konkurrenz der Jahrmarktsware, die vielfach Schund sei, schwer zu leiden hätten. Auch handle es sich keineswegs nur um arme Händler, sondern auch um Unternehmer mit großem Kapital. Die Mehrheit habe schließlich die Vorlage abgelehnt.

Stadtv. Goeroldt (Fr. Fr.) plädiert für Aufhebung der Märkte am 1. Januar 1916. Auf Märkte, die nur wenige Tage im Jahre abgehalten würden, lasse sich doch keine Existenz gründen, es könne also auch keine durch die Aufhebung ruiniert werden. Aus der Aufhebung der Jahrmärkte folge noch keineswegs die Beseitigung des Weihnachtsmarktes. Der solle im Interesse der ärmeren Bevölkerung beibehalten werden.

Stadtv. Mann (Soz.) Wir können unsererseits nur dem Ausschussantrage zustimmen. Die Gründe für den Magistratsantrag reichen für uns nicht aus, um einen so folgenschweren Beschluß zu rechtfertigen. Der Rückgang der Zahl der Händler, die Verminderung der Bedeutung der Märkte kann für uns kein Grund sein, dieses Absterben zu beschleunigen, da doch Tausende von kleinen Leuten stark an den Märkten interessiert sind. Wir können also unmöglich die Hand dazu bieten, die Märkte aufzuheben. Die Aufhebung der Märkte in Berlin würde die Händler nicht so schwer treffen als die daraus folgenden Konsequenzen, da die Mittelstädte der Provinz dem Berliner Beispiel sehr rasch folgen würden. Wenn weiter gesagt wird, die Jahrmärkte bildeten ein Verkehrshindernis, so würde das doch nur zutreffen, wenn sie im Zentrum abgehalten würden. Das ist aber schon längst nicht mehr der Fall. Die Jahrmärkte sind immer weiter nach der Peripherie hinausgedrängt worden und finden jetzt auf sehr breiten Straßen statt, die einen größeren Verkehr nicht aufzuweisen haben. Wenn man auf die Beschädigung der Anlagen hinweist, so sind auch die 1000 Mark, die die Wiederherstellung der Anlagen in der Warschauer Straße gekostet hat, noch lange nicht so viel wert wie die Existenz der kleinen Leute, die durch die Aufhebung geschädigt wurden. Sehr viele Personen sind gezwungen, diese Märkte zu besuchen, sich ausschließlich diesem Handel zu widmen, weil sie infolge unserer ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung eine andere Existenz überhaupt nicht mehr finden, vielmehr in diesem Handel

einen letzten Rettungsanker

sehen müssen, an dem sie sich langsam wieder aufrichten können. Reichen die bis jetzt benutzten Straßen und Plätze nicht aus oder wäre der Schaden der Anlagen nachweislich zu groß, so ließen sich die Märkte immer noch verlegen. Es sind tatsächlich nicht nur kleine Leute, die diese Märkte besuchen, sondern auch eine Reihe großer Fabriken und Geschäfte ist daran interessiert wegen der Zubereitung der Waren, die doch auf Vorrat gearbeitet werden müssen. Es kommt auch nicht etwa hauptsächlich Rausch in Frage, sondern Waffen von Wädhler, Zöpfer, Klempnerwaren usw. Wenn das Ausschussmitglied auf den Märkten auf das Publikum, besonders auf die Kinder, verstoßen wirken soll, so würden unsere Anwesenplätze für diese Beschwerden empfindsamer Naturen ein viel geeigneteres Feld bieten; die Polizei hat wenigstens bisher noch nicht Anstoß daran genommen. Sie lassen den Weihnachtsmarkt bestehen, lassen Sie auch die Jahrmärkte bestehen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rosenow (A. L.) bittet, den Antrag Goeroldt abzulehnen und die Jahrmärkte im Interesse der kleinen Existenzen bestehen zu lassen. Die Märkte würden, wenn sie kein Existenzrecht mehr hätten, von selbst eingehen.

Stadtv. Kamslau: Die Jahrmärkte passen nicht mehr für Berlin, sie ragen nur noch wie eine Ruine in die Gegenwart hinein. Das feinste Gewerbe wird durch sie schwer geschädigt. Maßgebend für den Magistrat war aber die Rücksicht auf den Verkehr. Die 1000 M. Kosten stören uns nicht, wohl aber der Umstand, daß die Wiederherstellung der devastierten Anlagen lange Zeit braucht und eben solange ihr Anblick ein trübseliger ist. Man spricht von kleinen Existenzen, die erhalten werden mühten; das ist eine eingebildete Fürsorge, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Nehmen Sie wenigstens den Antrag Goeroldt an!

Stadtv. Giese (A. L.): Es geht doch manchem sehr an die Nieren, wenn so plötzlich die Aufhebung ausgesprochen wird. Nach vier Jahren würde das Verhältnis genau daselbe sein wie heute. Wenn auch nicht die ganze Existenz, so hängt doch ein Teil der Existenz vieler dieser kleinen Händler an den Berliner Jahrmärkten. Ich bitte auch um Ablehnung des Antrags Goeroldt.

Nachdem der Referent noch hervorgehoben hat, daß in anderen europäischen Großstädten die Märkte noch wie vor bestehen, wird bei der Abstimmung der Antrag Goeroldt und die Vorlage abgelehnt.

Weber die neuerlichen Ausschussberatungen betr. die Mietentschädigung für das Lehrpersonal der Gemeindeschulen berichtet

Stadtv. Dr. Glösel (Fr. Fr.): Der Ausschuss empfiehlt, nachdem eine Erhöhung über 800 M. für die Lehrer sich als unerreichbar erwiesen, den Magistrat zu ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß 1. nach der Erklärung des Magistrats eine Erhöhung beim Oberpräsidenten nicht zu erlangen sein wird, 2. bei den städtischen Beamten und Oberlehrern die Erhöhung des staatlichen Wohnungsgeldzuschusses bei der Festsetzung der Gehälter berücksichtigt worden ist, eine entsprechende Erhöhung der Ortszulagen der Lehrkräfte an den Volksschulen einzutreten zu lassen.

Stadtv. Gassel (A. L.) geht auf die Geschichte dieser Frage ausführlich ein. Es sei ungerath, in Berlin nur das geschliche Minimum zu gewahren, nachdem die Versammlung 1909 sich für die Erhöhung ausgesprochen habe. Die Konsequenz müsse gezogen werden; gebe es nicht mit der Erhöhung der Mietentschädigung, so müsse der Ausgleich bei den Ortszulagen erfolgen. Bei den Beamten und den höheren Lehrern habe der Magistrat ja aus der Erhöhung des staatlichen Wohnungsgeldzuschusses die Konsequenz gezogen, obwohl dazu ein Zwang nicht vorgelegen habe. Es komme auf die tatsächlichen Mietpreise gar nicht an, sondern auf die Erhöhung des staatlichen Minimums auf 800 M. Der Ausschussantrag sei daher wohlberechtigt.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) und Stadtv. Rosenow schließen sich diesen Ausführungen an, es wäre ein schreiendes Unrecht, wenn man gerade bei den Lehrern halt machte, nachdem auch die Lehrerinnen berücksichtigt worden seien.

Stadtv. Wankusch (Soz.): Wir werden nicht mit einigen wenigen Ausnahmen, wie Herr Gassel für die „Alte Linke“ erklärt, sondern geschlossen für den Ausschussantrag stimmen, weil wir die Maßregel für notwendig halten. Was die Wohnungsver-

hältnisse in Berlin betrifft, so muß doch bemerkt werden, daß für den einen ausreichen mag, was für den anderen nicht genügt. In gewissem Alter können sich ja die Lehrer mit einer Wohnung für 800 M. begnügen; mit der fortschreitenden Entwicklung der Familie und mit zunehmendem Alter kommt in 800 M. nur das äußerste Minimum zum Ausdruck. Kann also mehr nicht gegeben werden infolge der gesetzlichen Bestimmungen und des Widerstandes der Staatsorgane, so ist nur auf dem Wege der Ortszulage Abhilfe möglich. Im Ausschuss ist auch auf die prekäre Lage der städtischen Finanzen hingewiesen worden; da rächt sich eben, was die Versammlung bei der Etatsberatung getan hat, indem sie unsere Anträge auf bessere Fundierung der Finanzen ablehnte. Ich kann nur empfehlen, den Ausschussantrag möglichst einmütig anzunehmen.

Die Ausschussanträge werden hierauf fast einstimmig angenommen.

Zur Einrichtung eines stenographischen Unterrichtskurses für städtische Beamte sollen 150 M. ausgemeldet werden. Die Teilnehmerzahl soll 30 betragen.

Die Versammlung stimmt zu.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist am 18. Mai folgender Antrag eingebracht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, das am 16. Februar beschlossene Ortsstatut über die

Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe

unverändert zur Einführung zu bringen.“

Stadtv. Ginde (Soz.): Die fragliche Angelegenheit ist hier am 22. Dezember 1910 zuerst beraten und dann einem Ausschuss überwiesen worden. Der Magistrat hatte mitgeteilt, daß er auch mit den Vororten in Verhandlung getreten sei und daß die möglichen Vororte sich zustimmend geäußert hätten. Der Ausschuss hat einstimmig die Vorlage angenommen. Dann kam aber im Plenum der Antrag Sonnenfeld, der eine veränderte Arbeitszeit für den Winter und für den Sommer festsetzen wollte, und zwar im Sommer von 8 bis 10 Uhr, im Winter von 12 bis 2 Uhr. Der Ausschuss wurde wiederholt mit der Sache befaßt, blieb aber bei seinem Beschlusse stehen, der dem Magistratsvorschlag entspricht; das Plenum nahm dann aber den Antrag Sonnenfeld an. Weber im Ausschuss nach im Plenum ist damals gesagt worden, daß die Durchführung dieses Vorschlages davon abhängig sei, daß die Vororte ihre Zustimmung erteilen. (Sehr richtig!)

Wir haben ja bedauerlicherweise noch nicht den Zweckverband, der ja vielleicht rasch in dieser Frage zu einem einheitlichen Beschlusse gekommen wäre. Einzelne Gemeinden haben sich nur, nachdem der Magistrat den Versammlungsbeschlusse angenommen hat, dem angeschlossen, andere nicht. Nachdem der Magistrat zugestimmt hat, hätte er doch auch für die Durchführung Sorge tragen und das Statut dem Oberpräsidenten zur Genehmigung vorlegen müssen. Es sind mehr als drei Monate seit der ersten Beschlußfassung verfloßen; alle Interessenten haben sich auf die Durchführung gefreut, aber wir haben schon drei Monatswochen hinter uns und man weiß nicht, ob das Ortsstatut in diesem Sommer überhaupt noch in Kraft treten kann. Ein Stadtrat hat mir mitgeteilt, daß der Magistrat von Wilmersdorf zwar daselbst Ortsstatut annehmen, aber erst die beteiligten Gewerbetreibenden hören will; Weihensee will erst folgen, wenn die anderen vorangegangen sind; Charlottenburg hat die Vorlage in der Form angenommen, daß Winter und Sommer die Arbeitszeit von 8 bis 10 Uhr sein soll. Pankow soll beschließen haben, 8 bis 10 und 12 bis 2 Uhr Winter und Sommer gleichmäßig festzubehalten. Ich kann meinerseits mitteilen, daß schon Ende Februar Rixdorf das Berliner Ortsstatut angenommen hat, ebenso Lichtenberg Ende vorigen Monats, des gleichen Vorkogen-Kummelsburg. Auch Schöneberg hat Ende vorigen Monats die Berliner Regelung angenommen. In der Tat haben also die maßgebenden Vororte dem Ortsstatut ihre Zustimmung

gegeben, und es liegt kein Anlaß vor, noch weiter eine abwartende Stellung einzunehmen. Wir richten daher an den Magistrat das dringende Ersuchen, nunmehr dem Ortsstatut unterzügliche Geltung zu verschaffen. In dem Augenblick, wo die Genehmigung für Berlin erteilt ist, werden die anderen Vororte sofort folgen, es muß aber einer mit dem guten Beispiel vorangehen, und das kann nur die größte Gemeinde, das kann nur Berlin sein. Ein Anfang muß gemacht werden, und das geht auch bei gutem Willen. Wir stehen jetzt vor den Pfingstfeiertagen; schon im Dezember sprach der Kollege Kollodowsky von dem den Angestellten zu machenden Weihnachtsgeschenk. Jetzt aber ist schon ein halbes Jahr vorbei; vielleicht ist es noch möglich, den Interessenten ein Pfingstgeschenk zu machen. Es handelt sich um 60 000 Angestellte und 20 000 Gewerbetreibende. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Mann: Wieser konnten wir die Genehmigung nicht nachsuchen, weil die maßgebenden Vororte zuvor zugestimmt haben sollten, wie wir es in der Vorlage und im Ausschuss als Voraussetzung hingestellt haben. Von Seiten des Magistrats ist nichts versäumt worden. Die Vororte sind zum Teil noch nicht so weit; wir erwarten die definitiven Entscheidungen in aller nächster Zeit. Pankow allein hat abgelehnt. Wir können nicht einseitig vorgehen, damit unsere an der Grenze des Reichsbildes wohnenden Mitbürger nicht geschädigt werden.

Stadtv. Bamberg: Wir bitten, den Antrag Mann abzulehnen. Auch wir bedauern die Verzögerung. Es geht aber doch nicht an, daß in der Kurfürstendammstraße auf der einen Seite der Geschäftsmann schliefen muß, auf der anderen Seite aber der Konkurrent offen halten darf. Ich beantrage, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst nochmals mit den Vororten dieserhalb in Verbindung zu treten.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Ich bitte die Antragsteller, nicht unnötig die Verhandlungen des Magistrats, die doch Erfolg zu versprechen scheinen, dadurch zu stören, daß man ihn zu einseitigem Vorgehen zwingt; sie sollten lieber ihren Antrag zurückziehen. Auch der Antrag Bamberg ist nach den Erklärungen des Stadtrats überflüssig.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Nach den Mitteilungen des Magistratsvertreter ist also ein Rundschreiben ergangen und am 11. Mai nochmals eine Mahnung zur Stellungnahme nachgeschickt worden. Der Haken scheint mir bei Charlottenburg zu liegen; Pankow kann nicht ausschlaggebend sein. Mit der Besprechung scheinen mir beide Anträge ihren Zweck erfüllt zu haben.

Stadtv. Bamberg hält an seinem Antrage fest.

Stadtv. Ullstein (Soz.-fortschritt.) muß anerkennen, daß die Stellungnahme der Vororte Voraussetzung für die Inkraftsetzung des Ortsstatuts ist, bedauert aber, daß sich die Sache so sehr verzögert.

Stadtv. Mommsen: Wir allein haben ja drei Monate für unseren Beschluß gebraucht; über Verzögerung zu klagen oder gar dem Magistrat Vorwürfe zu machen, ist kein Anlaß.

Stadtv. Ginde (Schlußwort): An der Verzögerung sind nicht wir Schuld, auch nicht der Magistrat, sondern die Vorortgemeinden um Berlin, die sehr langsam gearbeitet haben in einer so bedeutenden sozialpolitischen Frage, die längst gelöst ist und keiner langen Erwägung mehr bedurfte. Die Vororte konnten längst mit ihren Entscheidungen fertig sein. Inzwischen hätte der Magistrat früher die Mahnung ergehen lassen können. Die maßgebenden Vororte Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Wilmersdorf, Strauß haben sich doch bereit erklärt, das Ortsstatut einzuführen; daß Charlottenburg noch etwas weiter geht, kann doch für uns kein Hindernis sein. Warum will also der Magistrat die Genehmigung nicht beantragen? Meine Parteigenossen in den Vororten werden dann sofort an die Gemeindevorstände mit der Aufforderung herantreten, ebenfalls die Genehmigung nachzusuchen. Berlin aber muß bahnbrechend vorgehen.

Der Antrag Mann wird abgelehnt, der Antrag Bamberg angenommen.

Im Anschluß an die Vorlage wegen Abschlußes eines Nachtragsvertrages mit der Imperial Continental Gas Association kommt Stadtv. Jacobi (A. L.) auf den Beschluß des Gastwirtsvereins zurück, mit der Einführung mehr kaufmännischer Prinzipien in der Gastwirtsverwaltung vorzugehen und legt den Antrag vor, den Magistrat zu ersuchen, in der 3. Revisionsinspektion mit dieser Dezentralisation einen Versuch zu machen.

Nach längerer Aussprache, in welcher Bürgermeister Reike mitteilt, daß die Erörterung über die Anhebung des Kuratoriums im Magistrat direkt vor ihrem Abschluß stehe, wird der Gegenstand späterer Verhandlung vorbehalten.

Die Vorlage betreffend den Verkauf des Grundstücks Köpenicker Straße 88/85, Rungestr. 8 und Am Köpenicker Park geht auf Antrag Mann (Soz.), der vom Stadtv. Tolkdorf (Soz.) kurz begründet wird, an einem Ausschuss.

Anschließend der Vorlage wegen Einstellung eines vierten Assistenzarztes bei der Krankenstation für geschlechtskranke Frauen im städtischen Obdach und Bewilligung der dazu bestimmten Mehrausgaben fragt Stadtv. Dr. Ritter an, wie es mit dem Neubau des Geschlechtskrankenhauses steht.

Vom Magistratssekretär erfolgt zunächst keine Antwort. Stadtv. Mommsen wiederholt die Anfrage; man höre immer nur von Personalvermehrung und nichts von der längst verlangten Ausführung des Neubaus einer besonderen Anstalt. Stadtrat Benzly vermag keine Auskunft zu geben.

Stadtv. Dr. Wehl: Die Krankenhausverwaltung hat sich darüber geeinigt, daß die Errichtung dieses Geschlechtskrankenhauses in allererster Reihe zu sehen hat, jetzt liegt die Sache beim Magistrat.

Stadtv. Mommsen beantragt, da keine Auskunft gegeben sei, Vertagung der Beratung dieser Vorlage.

Stadtv. Juch (Soz.): Ich bitte dringend, diesen Antrag abzulehnen. Der vierte Arzt arbeitet dort schon lange und wird dringend gebraucht. Was soll bei einer Vertagung herauskommen? Vorsteher-Stellvertreter Gassel: Es handelt sich hier nicht um eine Anstellung, sondern um die Genehmigung einer Einstellung.

Bürgermeister Reike: Die Frage ist bei uns sachlich so gut wie erledigt; es handelt sich nur noch um die Wahl des Grundstücks.

Der Antrag Mommsen auf Vertagung wird angenommen. Die Vorlage wegen Bewilligung von 10 000 M. für einen festlichen Empfang des Internationalen Hotelfestwertes im Oktober in den Festräumen des Rathauses wird ohne Debatte abgelehnt.

Die Vorlage wegen Ankaufs eines Schulgrundstücks an der Straße 23b, nördlich der Seestraße, westlich der Müllerstraße, für 252 000 M. wird genehmigt.

Dem geschäftsführenden Ausschusse des Deutschen Dauerfluges 1911/12

soll nach einem Antrage des Magistrats für 1911 und 1912 je ein Betrag von 25 000 M., insgesamt 50 000 M., dem Organisationsausschusse des Deutschen Rundfluges 1911 um den „V. J.“-Preis der Rüste zur Bewilligung von drei städtischen Ehrenpreisen ein Betrag von 5000 M. bewilligt werden.

Stadtv. Dr. Wehl: Wenn es gilt, Kunst und Wissenschaft zu fördern und die Technik auszubauen, ist es Ehrenpflicht der Stadt, Beiträge zu geben, aber sie muß auch die kritische Sonde anlegen, da wir nicht nur die finanzielle, sondern auch die moralische Verantwortung mittragen. Soweit es sich um deutschen Dauerflug handelt, sollten wir schon bei der Etatsberatung 30 000 M. bewilligen. Der Ausschuss hatte gewisse Bedenken, und die Forderung wurde abgelehnt. Zum Dank sollen wir jetzt mit 66% Prozent bekräftigt werden und 50 000 Mark geben! Es fehlt an jeder Ausstattung über diese Differenz. In erster Reihe haben doch Reich und Staat ein Interesse an der Förderung einer leistungsfähigen Flugzeugindustrie; wir erfahren aber darüber nicht ein Wort; wir hören bloß von einem Organisationskomitee, das 125 000 Mark von drei Großstädten haben soll. Die Abiatis wird in letzter Zeit von auffallend zahlreichen Unglücksfällen heimgeführt. In Frankreich hat anlässlich der letzten großen Katastrophe sich herausgestellt, daß die Organisation des Sicherheitsdienstes versagte. Magistrat und städtische Verwaltung gehören, wenn sie so hohe Beiträge leisten, in das Organisationskomitee; mindens muß verbürt werden, daß die Ordnung bei den Flügen aufrecht erhalten, der Aufenthalt von Zuschauern innerhalb des Flugplatzes verboten wird. Ohne sportliche Senation und ohne militärische Hintergedanken geht es ja nun einmal bei solchen Dingen nicht; das müssen wir ja mit in den Kauf nehmen.

Stadtrat Kamslau: Die Versammlung hat im März grundsätzlich der Unterstützung zugestimmt. Jede sportliche Rücksicht scheidet hier aus; es kommt auf die Förderung unserer heimischen Industrie und die Interessen der Landesverteidigung an. Es sollen jetzt zwei Jahre zusammengerechnet und pro Jahr 25 000 M. gegeben werden. In das Komitee sind wir nicht eingetreten, weil wir doch noch nichts für die Sache geleistet haben; wir würden mit offenen Armen empfangen werden.

Stadtv. Körte bekräftigt Ausschussberatung, um alle Bedenken gegen den von seinen Freunden sehr sympathisch aufgenommenen Antrag des Magistrats aus dem Wege zu räumen.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird angenommen. Der Ausschuss soll sofort vom Vorstand ernannt werden. Schluß 7/9 Uhr.

10. Generalversammlung der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

J. Imenau, 23. Mai 1911. Zweiter Verbandstag.

In der festgesetzten Debatte über die Geschäftsberichte, die sich noch sehr lange hinzog, regte Müller - Wirges die Herausgabe besonderer Agitationsnummern des Verbandesorgans für die Frauen an. Weitere Redner gaben Schilderungen des drückenden Verhältnisses. Sie zeigten, welche erbärmliche Zustände in der Glasindustrie noch vorhanden sind, wie die Arbeiter bei geringer Entlohnung und langer Arbeitszeit forgen, und mit welchem rücksichtslosen Unternehmertum sie kämpfen müssen. Zum Ausdruck gekommene Besorgungen über die Einführung der Flaschenmaschine weist Müller - Wienburg als nicht zutreffend zurück. Die von den Industriellen auf die Einführung der Flaschenmaschine gesetzten Hoffnungen hätten sich nicht erfüllt. In Deutschland stelle sich die Produktion der Flaschen (ohne Maschine) durch die niedrigen Löhne bedeutend billiger als in Amerika bei den hohen Löhnen. Auch bei der Glasmasse in Deutschland infolge der schlechteren Zulaten bei der Flaschenmaschine schwieriger zu bearbeiten wie in Amerika, wo die Maschine in größerem Umfang eingeführt ist. In Deutschland sei daher zu Befürchtungen kein großer Anlaß vorhanden, wenn ja noch zugegeben werden müsse, daß in der Flaschenindustrie eine Umwälzung vor sich gehe.

In den Diskussionsreden gingen die Referenten ausführlich auf die in der Diskussion erhobenen Einwände ein und rechtfertigten ihre Haltung in diesen oder jenen Fragen. Dem gesamten Vorstand wird Entlassung erteilt.

Weber die Verzeichnungsfrage referierte sodann Gängel-Berlin.

Redner unterbreitete folgende Resolution: Die Generalversammlung bestätigt die Beschlüsse der Generalversammlung in Hannover betreffend Verhinderung zu einem Herbarbeiterverband.

Um die Verschmelzung zu fördern, schließt die Generalversammlung sich der Resolution der Köpfer an, und beauftragt die Vorstände, ein gemeinsames Statut auszuarbeiten und dieses den Mitgliedern zur Urabstimmung vorzulegen, die innerhalb der nächsten 2 Jahre stattfinden hat. Zur Annahme dieses Statuts ist eine 2/3 Majorität der abgegebenen Stimmen erforderlich.

In der sich an das Referat anschließende Debatte nahmen zunächst die Vertreter der beiden Verbände das Wort. Dr. unseil-Berlin (Töpfer) erklärte, daß prinzipiell die Frage bereits entschieden ist und es sich nur noch um die Zusammenstellung des Statuts handelt. Sein Verband habe in Berücksichtigung der Verschmelzung die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, deren Erfahrungen man ja auf Verlangen der Porzellanarbeiter zuerst abwarten müsse. Wie brauchen uns ja nicht zu verschmelzen, wir treten aber entschieden für den Zusammenschluß ein.

Schneider-Berlin vom Porzellanarbeiterverband betont, daß die Porzellanarbeiter ihre Unterstützungsart (Arbeitslosen- und Krankenunterstützung) nicht aufgeben würden, selbst wenn es darum nicht zur Verschmelzung komme. Einer Änderung der Unterstützungsart usw. seien sie aber ev. nicht abgeneigt. Die praktischen Erfahrungen, die die Glasarbeiter und Töpfer bei der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung machen, müßten zuerst abgewartet werden, um die nötigen Unterlagen zu haben. Die Mitglieder seines Verbandes seien sich darüber einig, daß, wenn eine Verschmelzung statifinde, dann nur ein Zusammenschluß zu einem keramischen Verbande in Betracht komme. In der weiteren Debatte wird zum Teil sehr scharf kritisiert,

daß der Vorstand in der Verschmelzungsfrage nicht mehr getan habe. Für die Gründung eines Industrieverbandes erklären sich sämtliche Redner. Für eine Verschmelzung mit den Fabrikarbeitern oder Metallarbeitern erwärmt sich niemand.

Die obige Resolution wird gegen 2 Stimmen angenommen. Ferner wurde einem Antrag zugestimmt, der den Verband beauftragt, alle zur Verfügung stehenden agitatorischen Kräfte zu veranlassen, die Verschmelzungsfrage mehr wie bisher in den Kreisen der Mitglieder zu behandeln.

Aus der Frauenbewegung.

Witwen- und Waisenbeitrag.

Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungordnung bringt für die Witwen und Waisen eine schlimme Enttäuschung. Wiederholt ist auf die geradezu jämmerlichen Beträge hingewiesen worden, die den Witwen und Waisen zugesagt sind. Neben dem Reichszuschusse von 50 M. zur Witwenrente, 25 M. zur Waisenrente und 16% M. zur Waisenaussteuer, soll den Witwen und Waisen für den Verlust der Beitragsentrichtung und der Erhöhung der Wochenbeiträge von 2, 4, 8, 10 und 12 Pf. nach § 1277 von der Versicherungsanstalt: den Witwen ein Zuschuß von drei Zehnteln, den Waisen — wenn ein Kind vorhanden ist — von drei Zwanzigstel des Grundbetrages und für jedes weitere Kind ein Bierzigstel des Grundbetrages und der Steigerungsfähigkeit der

Invalidentrente, die der Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei seiner Invalidität bezogen hätte, gezahlt werden. Nun zeigt aber das Einführungsgezet, daß diese Bestimmungen nichts anderes als eine Vorpiegelung falscher Tatsachen bedeutet. Man hatte ausgerechnet, daß schon 1912 Witwenrenten von 119,30 M. möglich wären. Nun heißt aber Artikel 59 des Einführungsgezetes:

„Für die Hinterbliebenenrente, das Witwengeld und die Waisenaussteuer sind nur die Beiträge anzurechnen, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet worden sind.“

Die Witwenrente beträgt daher nicht, wie man auf Grund des § 1277 der Reichsversicherungordnung berechnet hatte, 119,30 M., sondern nur 50 M. Die Witwe verliert also den Anspruch auf Beitragsentrichtung im Betrage von 100 M. und erhält dafür gar nichts; die Versicherungsanstalt, die den Betrag für Beitragsentrichtung behält, braucht keinen Pfennig Zuschuß zur Witwen- und Waisenrente zu zahlen. Es wird Witwen geben, die 1912 durch die Witwen- und Waisenaussteuer 190 M. an Beitragsentrichtung verlieren. Dieser Verlust tritt ein, wenn der verstorbene Mann vom 1. Januar 1901 bis zum 31. Dezember Beiträge zur Lohnklasse 4 und seitdem Beiträge zur Lohnklasse 5 gezahlt hat.

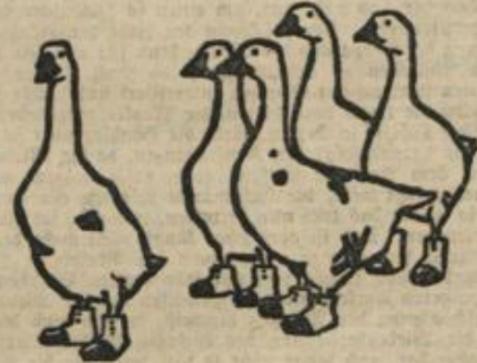
Dieser Raubzug auf die Taschen der Witwen und Waisen ist das Glanzstück der Sozialreform des Herrn v. Weismann Sollweg unter hervorragender Mitwirkung des Zentrums!

Carola-Kinderstiefel

Die Marke der klugen Mütter = Ges. gesch. = Unverwüßlich



Extra-Preise bis Pfingsten



Kinder-Schnürstiefel „Carola“

Vorzügliches Sohlen- u. Oberleder-Material • Chevreau, Boxcalf • Lackkappe, Derbyschnitt etc. • Auch la braun Ziegenleder • Elegant u. strapazierfähig • Einheitlicher Preis für alle Ausführungen.

25-26 **4⁸⁰** 27-30 **5⁸⁰** 31-35 **6⁸⁰** 36-40 **7⁸⁰**
Braun (für den Sommer):
25-26 **5⁸⁰** 27-30 **6⁸⁰** 31-35 **7⁸⁰** 36-40 **8⁸⁰**

Kinderstiefel „Carola extra“

Sohlen- und Oberleder-Material garantiert aus dem Kern geschnitten

Zum Schnüren od. Knöpf. • Feinste Verarbeitung Chevreau, Boxcalf, auch mit Lackkappe, Derbyschnitt etc. Sehr elegant und unverwüßlich. • Einheitlicher Preis für alle Ausführungen.

25-26 **6⁸⁰** 27-30 **7⁸⁰** 31-35 **8⁸⁰** 36-40 **9⁸⁰**
Braun (für den Sommer):
25-26 **7⁸⁰** 27-30 **8⁸⁰** 31-35 **9⁸⁰** 36-40 **10⁸⁰**

Carl Stiller junior

W. Leipziger Str. 29
Ecke Friedrichstr. (Mädlerhaus)

W. Königgrätzer Str. 124-129
Hotel Fürstenhof

S. Oranienstr. 155-156
Ecke Prinzessinnenstraße



16. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. Mai 1911, vormittags.
Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
431 [500] 639 58 [500] 83 [500] 813 945 [500] 46
1033 378 274 377 505 712 808 73 900 2888 [500] 94 3125
49 251 317 82 86 884 941 53 4012 38 130 40 370 493 [500]
615 72 73 [500] 80 [500] 823 5338 329 83 433 [1000] 582
647 802 20 84 6021 40 23 240 50 [500] 420 39 45 647 827
23 86 7011 67 394 462 [500] 850 8260 333 323 37 82 9011
30 [500] 156 78 303 408 38 630
10318 630 799 890 11077 151 388 447 90 [1000] 982
641 63 75 829 12006 78 37 137 331 [500] 61 435 394 678
704 833 818 96 13019 307 447 [500] 979 639 781 15270
14027 65 165 [500] 229 408 13 72 647 [500] 706 18700
29 84 394 453 91 873 98 977 86 16135 288 344 525 72 92
733 604 17061 100 50 270 214 44 [500] 315 29 [500] 51
83 92 829 48 662 18218 41 [500] 78 276 437 544 82 99
733 828 42 500 67 19037 98 230 73 455 469 398 722 878
20733 616 21039 278 252 890 22232 400 47 86 558
850 23073 91 285 443 645 725 56 78 [1000] 828 51 963 64
24063 230 [500] 396 [500] 440 50 312 14 43 654 [1000]
58 916 25441 164 290 372 88 400 608 [500] 39 77 823 902
26841 128 246 57 325 85 501 83 839 47 27014 38 193 201
3 12 38 [1000] 519 93 446 90 92 693 719 839 [500] 896
28082 85 106 25 80 277 343 410 746 57 80 294 43 29010
66 103 87 348 52 510 608 28 734 59 877
30001 48 177 356 701 933 31127 85 [500] 309 373
501 78 609 69 448 43 32048 90 302 64 382 [500] 369 463
698 763 [500] 80 873 33064 122 381 608 997 34113 473
900 902 5 35131 [1000] 339 99 449 81 83 610 66 77 749 73
810 905 32 73 36287 559 89 685 818 844 87 97 37403
867 [500] 626 [500] 718 [500] 42 48 [500] 90 993 38062
122 110 98 [500] 330 516 51 633 736 821 [500] 945 39094
120 305 18 401 [500] 15 608 854 [500] 79 [500] 83
40291 739 872 41811 [500] 113 234 590 93 675 812
27 78 42119 [1000] 78 702 62 81 [500] 876 324 48 53 74
43009 122 252 412 530 967 44239 501 637 770 833 61
82 [500] 509 45081 130 228 387 99 424 71 [1000] 95 613
48 74 82 896 99 551 46148 91 274 431 58 530 47137 284
435 94 872 853 88 947 [500] 48117 56 484 563 632 69 773
[500] 839 48 812 44 49115 237 83 307 83 [500] 583 900
28 [1000] 709 881 914 62
50244 [500] 102 328 99 [500] 423 48 556 819 914
[1000] 51647 153 554 90 670 730 54 836 67 83 900 [500]
52212 20 22 29 97 300 495 573 733 81 833 38 45 [1000]
977 [500] 53282 235 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
78 [1000] 898 82 51 55037 113 89 212 402 4 505 663 814
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
62390 193 45 97 84 93 299 454 527 670 754 60 63022 58
192 [500] 329 660 254 64 [1000] 81 690 [500] 82 64018
19 25 26 191 94 375 89 598 804 95 [500] 65077 148 [500]
84097 304 425 [500] 635 555 706 91 841 954 [500] 54423 807
923 95 91 56818 29 [500] 85 842 71 57007 146 50 250
309 329 98 [1000] 813 58389 83 [500] 145 83 271 82 87
507 873 728 59224 [500] 394 582 [500] 883
80079 [1000] 118 42 81 231 77 628 90 [1000] 61098
108 88 312 85 630 42 [500] 51 [1000] 843 904 16 97
6

Deutscher Bauarbeiter - Verband.

Zweigverein Berlin.

Bureau: Engelauer 15, Zimmer 53. Telefon: Amt 4, Nr. 4003

Sonntag, den 28. Mai, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlungen

in denen die

Delegierten - Wahlen zum Gewerkschaftskongress

vorgenommen werden.

Wahlzeit von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr.

- Aldershof, bei Baschin, Neher Str. 1.
- Alt-Glienicker, bei Dürre, Köpenicker Str. 6.
- Charlottenburg, im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Vortrag des Kollegen Goldbach.
- Cöpenick, bei Stippeloh, Schöneler Straße.
- Friedrichshagen, bei Lerche, Friedrichstr. 112.
- Friedrichsfelde, bei Sommerfeld, Miquelstr. 70: Vortrag des Kollegen Heinrich Hehle.
- Friedenau, bei Schönefeld, Rheinstr. 31: Vortrag des Kollegen Gustav Budraß.
- Lichtenberg, bei Pickenhagen, Scharnweberstr. 60: Vortrag des Kollegen Paul Höfer.
- Lichtenrade, bei Jahnke, Hohenzollernstraße.
- Pankow, bei Schulze, Wühlentstr. 21.
- Gr.-Lichterfelde, bei Wahrensdorf, Bäckerstr. 22.
- Johannisthal und Ober-Schöneweide, bei Berger, Wilhelmshofstr. 79.
- Mahlsdorf, bei Obst, Berliner Str. 21.
- Mariendorf, bei Köwenhagen, Chausseestr. 27.
- Mariensfelde, bei Schuster, Kirchstraße.
- Pankow, im Feldschlößchen, Berliner Str. 27: Vortrag des Kollegen Otto Hanke.
- Reinickendorf, bei Anders, Hauptstr. 51.
- Rixdorf, bei Hoppe, Hermannstr. 49.
- Schmargendorf, im Lindenbaum, Spandauer Str. 40.
- Steglitz, bei Heizmann, Florastr. 2a.
- Tegel, bei Kienzler, Schlieperstr. 64.
- Teltow, bei Bonow, Berliner Str. 16.
- Tempelhof, bei Thiel, Berliner Str. 41.
- Wannsee, im Fürstehof, Königsstr. 40: Vortrag des Kollegen Emil Lehmann.
- Weißensee, bei Feukert, Berliner Allee 251.
- Wilmerdorf, bei Rietsche, Gasteinerstr. 6.
- Zehlendorf, bei Witzke, Potsdamer Str. 25.
- Schöneberg, in den Neuen Rathausgärten, Reintinger Str. 8.
- Westen, bei Wiemers, Bülowstr. 58.
- Moabit, in der Vahnenhofer Brauerei, Turmstr. 25-26.
- Oranienburger Vorstadt, in den Vorstadtgärten, Adlerstr. 6: Vortrag des Kollegen Otto Gaeße.
- Wedding, bei Preppernau, Basewalker Str. 3.
- Nordend 1 und 2, bei Ohligs, Schwedter Str. 23-24.
- Nord-Osten, in den Luanagärten, Neue Königsstr. 7.
- Osten 1, in den Andreas-Festgärten, Andreasstr. 21: Vortrag des Kollegen Albert Wulff.
- Osten 2, in der Germania-Brauerei, Frankfurter Allee: Vortrag des Genossen Waldeck Manasse.
- Süd-Osten, bei Wollenberger, Rannysstr. 6.
- Süden, bei Pfeffer, Kottbuscher Ufer 61.
- Süd-Westen, bei Naas, Bergmannstr. 97.

In den Bezirken Aldershof, Köpenick, Mariensfelde, Lichtenrade, Tempelhof, Wannsee, Oranienburger Vorstadt und Nordosten steht außerdem noch die Abstimmung über das Ortsstatut auf der Tagesordnung.

Die Handkassierer ersuchen wir dringend, in dieser Woche den „Grundstein“ gleich am Freitag und Sonnabend abends zu verbreiten, damit alle Kollegen in den Besitz des Handzettels kommen und hierdurch ebenfalls auf den Besuch der Versammlung hingewiesen werden.

Mitgliedsbuch ist zwecks Kontrolle u. Abstempelung mitzubringen.

Der Zweigvereinsvorstand.

Wir weisen hierdurch ausdrücklich darauf hin, daß am Dienstag, den 6. Juni, also am dritten Pfingstfeiertage, die Bureau der Organisation geschlossen bleiben, wie auch auf den Bauten an diesem Tage die Arbeit noch allgemein ruht. D. D.

Achtung! Gruppe der Isolierer. Achtung!

Donnerstag, den 1. Juni 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Hoffmann, Dragonerstr. 15.

Tages-Ordnung: Ersatzwahl für die Gruppenleitung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Vollzähliges Erscheinen aller Kollegen erwartet.

188/19 Die Gruppenleitung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 26. Mai, von 6 1/2 - 8 1/2 Uhr abends:

Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress

in folgenden Lokalen:

1. in den „Rannys-Festgärten“, Rannysstr. 6.
2. in den „Prachtgärten des Ostens“, Frankfurter Allee 151.
3. bei Günther, Brunnenstr. 96.
4. im „Prälaken“ in Weißensee, Lehderstr. 122.
5. bei Krönke, Rixdorf, Weichselstr. 8 (Idealhaus).
6. in den „Neuen Rathausgärten“ in Schöneberg, Reintinger Straße 8 (Zunne).

Mitgliedsbuch legitimiert!

189/19 Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Bäcker, Tagesbäcker und Konditoren

Berlins und der Vororte!

Auf zur Streikversammlung!

Freitag, d. 26. Mai, nachmittags 2 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108-114, Gr. außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Sind die Verbandsmitglieder gewillt, sofort in den Streik zu treten?
2. Abstimmung ob Streik oder nicht Streik, sowie Beschlussfassung über weitere Maßnahmen.

Zu dieser Versammlung haben nur Mitglieder des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren Zutritt. Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte ist unter allen Umständen mitzubringen! — Ohne Legitimation kein Zutritt zu dieser Versammlung. — Am Eingang zum Lokal werden Mitglieder aufgenommen.

Nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108-114:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Streik oder nicht Streik. Beschlussfassung und Abstimmung. — In dieser Versammlung haben alle Bäcker und in Bäckereien beschäftigte Konditoren Zutritt.

Konditoren und Tagesbäcker!

Abends 7 1/2 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Streik oder nicht Streik. Abstimmung und Beschlussfassung. — In Anbetracht der zu stehenden folgensweren Entscheidung ist es Pflicht jedes ehrlichen Kollegen, bestimmt zu erscheinen.

An die Funktionäre des Verbandes sowie alle Verbandsmitglieder, die bereit sind und es irgend möglich machen können, richten wir das dringende Ersuchen, am Freitag, den 26. Mai, morgens 5 1/2 Uhr, sich im Restaurant „Feisara“, Engelauer 21, Ecke Michaelkirchplatz, zu außerordentlich wichtigen Arbeiten einzufinden.

Da wir gegen 150 Kollegen brauchen, ist es dringende Pflicht aller Kollegen, die es nur irgend möglich machen können, pünktlich zur Stelle zu sein. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß sie sofort bereit und schlagfertig sind.

Allen Kollegen sowie allen Bäckereimeistern hiermit zur Mitteilung, daß das Bureau des Verbandes, Engelauer 14 III, Zimmer 65, Fernsprecher Amt IV 2396, am

Freitag, den 26. Mai, ununterbrochen bis abends 10 Uhr geöffnet bleibt. Das Streikbureau befindet sich im Saal 1 und 2 des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, Quergebäude parterre.

Deutscher Metallarbeiter - Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III, Amt 3, 1987

Achtung! Kollegen Achtung!

der Gelbmetall-Industrie!

Montag, den 29. Mai 1911, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in der Gelb- u. Weißmetall-Industrie Berlins beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114.

Tages-Ordnung:

Wie die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten versucht, sich eine gelbe Streikbrechertruppe zu schaffen. Referent: Adolf Cohen.

Kollegen und Kolleginnen!

In letzter Zeit haben wir es in verschiedenen Betrieben der Metallindustrie ermöglichen können, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ein wenig aufzubessern. Trotz alledem sind in der Gelbmetallindustrie immer noch die Löhne und Verdienste niedriger als in anderen Zweigen der Metallindustrie. Anstatt daß nun die Fabrikanten sich mit der Last abfinden, daß ein Ausgleich stattfinden muß, suchen sie sich gegen diese Strömung zu wehren und glauben mit Schaffung einer gelben Unternehmertruppe (Coulure Leibnis) einen Schutzdamm errichten zu können.

Zu diesem arbeiterfeindlichen Tun gilt es Stellung zu nehmen und ist deshalb das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen in der oben angegebenen Versammlung notwendig.

117/15 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Berichte der Verwaltung und des Kassierers; Bericht der Revisoren und der Delegierten der Gewerkschaftskommission; Anträge; Beschwerden.

Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig! 145/16 Mitgliedsbuch legitimiert. Die Verwaltung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,



in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Öffentliche Versammlung.

ökonomischen u. sozialen Bewegungen d. 19. Jahrhunderts

Referent: W. Zimmermann.

Kein Getränkeausfluß!

Eintritt 10 Pf.

991/19 Paul Frenzel, Lichtenberg, Bürgerheimstr. 91.

Cavalier

mäßig und elegant können Sie geben. Reus Herren-Bekleidung und ein Hofen getragener Maßgarderobe. Knäuel, Paletots etc. teils aus englischen Stoffen und in ersten Werkstätten gearbeitet für jede Figur passend. So

kleidet

man für wenig Geld

sch

ein, s. B.:

Jackell-Anzüge	M. 14-18-22
Herren-Paletots	12-16-21
Rock-Anzüge	18-20-27
Gehrock-Anzüge	20-24-32
Smoking-Anzüge	25-28-36
Frack-Anzüge	25-29-36
Beinkleider	5-12

Im

Verleihen von Frack- und Gesellschaft-Anzügen sind wir preiswert. Abonnement - Garderobe von 20,- aufwärts.

Herren-Garderoben-Haus,

Friedrichstr. 127,
vis-à-vis Passage-Rathaus.

800 Master Hofeppel, 2000 Mast. Taschenuhren etc.



Ohne Anzahlung!
Herren-, Damenuhren
Spezial-Uhren-Wellhaus.
Geschäft 25 Jahre. Trauringe.
R. Hartmann Brücken-
Str. 13.
Reparaturen spottbillig.
Vorzeiger dieses 5 Proz. Rab.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Marktplatz,
10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum 25. und 28. Mai.

Am 25. 1. Abt.: 6 Uhr: Tempelhof. 1 Uhr: Neubabendorf. Start: Bülowstraße 58.

2. Abt.: 5 Uhr: Streifzüge durch den Blumental. 12 Uhr: Strandsberg (Hungerer Wolf). Start: Schönleinstr. 6.

3. Abt.: 7 Uhr: Röllersdorf (Dampfbad). 12 Uhr: Röllersdorf (Alte). Start: Röllersdorf 12.

4. Abt.: 5 Uhr: Tour wird am Start befristet. 1 Uhr: Julebusch (Gärtner). Start: Röllersdorf Str. 50.

5. Abt.: 6 Uhr (Herrentour): Streifzüge durch den Döber. Radon. Schmidtsch (Goldhülse). Start: Elshaus.

6. Abt.: 6 1/2 und 12 Uhr: Reise Spitzmühle. Start: Döberberger Straße 28.

7. Abt.: 6 Uhr: Raven (Volksgarten). 1 Uhr: Sanktwinkel. Start: Köppliner Str. 8.

8. Abt.: 6 Uhr: Röllersdorf (zur Eisenbahn). Radon: Familienklub nach Glienicker (Allermann). Start: Beuststr. 22.

Am 28. (Vereinstour). Die ungeraden Abteilungen 6 Uhr: Julebusch (Gärtner). 12 1/2 Uhr: Wendenschloß.

Die geraden Abteilungen 6 Uhr: Röllersdorf (Volk). 1 Uhr: Röllersdorf-Süd (Sanktjohann).

Lichtenberg und Umgegend.

Am 25. (Vereinstour). 4 Uhr: Scharnhöltersee (Herrentour). 12 1/2 Uhr: Ermer bei Degebot (Damentour). Sammelort: Flurstr. 74.

Am 28. Abteilung Lichtenberg und Jugendabteilung: 5 Uhr: Rudow. 12 1/2 Uhr: Strandsberg (Reise Spitzmühle). Start: Flurstr. 74.

Abteilung Friedrichsfelde: 1 Uhr: Rehnau (zur Grünen Ede). Start: Berliner Str. 98.

Abteilung Vorhagen u. Rummelsburg: 5 Uhr: Doppelgarten (zum wilden Mann). Start: Grünberger Straße 5. 11/8

Bestes Pfingstgeschenk!

Baracken 2000,- an. 300,- Anzahl. 10 Pf.-Tour. Elek. Bahn. Eigene Scholle halt. Packung. H. Löhrig, Rixdorf, Reuterstraße 17.

CONDOR



Pfingst-Neuheiten

Unvergleichlich preiswert!

Zierliche Damen-Halbschuhe

Braun Chevreau, Derbyschnitt, zum Teil mit farbigen Einsätzen
10⁵⁰ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁷⁵

Schwarz Chevreau-Schnürschuhe, Derbyschnitt, verschied. Ausföhr.
10⁵⁰ 8⁵⁰ 5⁹⁰

Condor-Pumps ^{Chevreau Lack} 5⁵⁰ ^{braun Chevreau} 6⁵⁰

Oxford 3-Knopfschuhe, in modernen Farben 5⁹⁰

Schnürstiefel braun u. schwarz, beliebte Preislagen
12⁵⁰ 10⁵⁰ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁷⁵

Für empfindliche FüÙe:

Lasting-Zugstiefel 5²⁰ 4²⁰ 3⁵⁰

„-Schnürstiefel 4⁵⁰

Moderne Herren-Schnürstiefel 8⁵⁰

braun Chevreau, unerreicht in Qualität und Preis

Schwarz Chromleder mit Lackkappen 7⁵⁰

Unser Original Goodyear-Welt-Fabrikat schwarz und braun
Chevreau und Boxcalf, in verschied. Ausföhrungen 12⁵⁰

„CONDOR-PATENT“

(D. R.-Pat. 174509) Herren-Schnürstiefel

ohne zu schnüren

Ideal bequem! Moderne Formen.

Spezialformen für leidende FüÙe.

Hauptpreislagen: 16⁵⁰ 14⁵⁰ 11⁵⁰

Unvergleichlich preiswert!

Moderne Kinderschuhe

Knaben- u. Mädchen-Schnürstiefel, braun Chevreau, solid, eleg.

25-26	27-28	29-30	31-32	34-35	36-38
475	525	575	625	675	750

Fein Boxhorse, vorzügliche Qualitäten
430 480 490 530 560

Lack-Spangenschuhe, sehr sterilich
290 340 390 440 490

Sandalen, gesundes Tragen
250 280 310 340 370

Schnürstiefel, weiss Glacé, mit Lackbesatz
Gr. 17-21 280 Gr. 22-24 380 Gr. 25-26 450

CONRAD TACK & CIE. SCHUH-FABRIK bei Burg Magdeburg

125 eigene Geschäfte, davon in Berlin und Umgegend!

C., Spittelmarkt 15
C., Rosenthaler Strasse 14
W., Potsdamer Strasse 50
W., Schillstrasse 16
NW., Turmstrasse 41
Ecke Oldenburger Strasse

NW., Wilsnacker Strasse 22
NW., Beusselstrasse 29
N., Friedrichstrasse 127
schräg gegenüber der Oranienburger Strasse
N., Müllerstrasse 3

N., Reinickendorfer Str. 23
gegenüber der Plantagenstr.
N., Brunnenstrasse nur 37
N., Danziger Strasse 1
O., Andreasstrasse 50
O., Frankfurter Allee 155

SO., Oranienstrasse 32
SO., Oranienstrasse 2a
(Hochbahnstation Oranienstr.)
SO., Wrangelstrasse 49
SW., Friedrichstrasse
Nr. 240-241

Charlottenburg: nur Wil-
mersdorfer Str. 123-123
Rixdorf: Bergstrasse 30-31
Potsdam: Brandenburger
Strasse 54.

Coburger Geld-Lotterie

Ziehung 26-31 Mai.

Gewinne M. 360 000,
100 000, 50 000, 10 000,
5 000, 2 000, 3 x 1 000 usw.

Loose a M. 3,30.
5 Loose M. 16,-
Porto u. Liste 30 Pf. extra
versendet

Peter Linden,
Fortuna-Glücks-Bank,
Bonn.

Selowsky-Cigaretten

Bolero

Caruso

Zenith

als erstklassig anerkannt!



„Tipp-Topp-Rollschuhe“

aus der Berliner Rollschuh-Fabrik G. m. b. H. Berlin
Bülow-Str. 66
im Hause von Mix & Genest
hinter der Luther-Kirche

sind die besten der Welt!
Verkauf werktätlich direkt in der Fabrik, 2. Hof rechts, im Kontor, kein Laden, in der Zeit von 9-7 Uhr. - Reparaturen billig und sachgemäß. - Mit Kugellager schon von 5,- Mark an bis 20,- Mark.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt Engrospreisen
zu in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur
eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Phänomen-Gold Feinste Cigarette Stck. 2, 3, 4, 5 Pf. Ueberall zu haben

19. Generalversammlung der Bergarbeiter Deutschlands.

Wochentag, 23. Mai 1911.

Zweiter Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Dringlichkeitsantrag, den circa 1200 Streikenden auf Jede Glückseligen eine um wöchentlich 3 M. erhöhte Streikunterstützung zu bewilligen, mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Dann erstattete Reichstagsabgeordneter Sachse in einem großen mehrstündigen Referat den

Vorstandsbericht.

Die Entwicklung des Verbandes befriedigt nicht, aber immerhin ist ein Anwachsen um 11 000 Mitglieder zu verzeichnen, wogegen es andere Verbände gibt, die in der Krisenzeit einen Rückgang zu verzeichnen hatten.

Unter den Revieren mit Rückgängen springt besonders das Mansfelder Revier in die Augen; aber die Ursachen des Rückganges sind nur zu verständlich. Anfang 1909 waren dort nur einige hundert Mitglieder. Ende 1909 waren es 9000. Nach Abbruch des Streiks haben die Bergherren unter Assistenz königlicher Behörden die Arbeiter mit allen Mitteln aus dem Verbandsbereich zu werben versucht.

Das Jahr 1909 war das schlimmste Krisenjahr für die Arbeiter. Die Löhne der Dauer in Rheinland-Westfalen gingen bis zum ersten Quartal 1910 um täglich 80 Pf. zurück; aber nicht nur dort, auch in allen anderen Revieren wurde der Lohn um 20, 30 Pf. und noch mehr täglich verringert.

kaput ist, kommt auch die christliche Presse und muß der Wahrheit die Ehre geben und zugeben, daß die Gewinne der Bergherren steigen.

Im Braunkohlengruben kämpfen augenblicklich die Arbeiter um Einführung von Tariflöhnen. Es wäre ganz leicht, die Löhne in einen Tarifvertrag hineinzuarbeiten, wenn die Bergherren nur den Willen dazu hätten.

Redner ging dann die Bestrebungen des Verbandes durch beim Kaligeseß, bei der Reichsversicherungsordnung und der Knappschaftsreform.

Der Referent äußerte sich dann eingehend über das Verhältnis zu den anderen Organisationen. Kleine Grenzstreitigkeiten mit dem Maschinen- und Gezeigerverband haben zum Abschluß eines Kartellvertrages geführt.

Dann hat der Verband noch mit einer anderen Spezies, den Anarchosozialisten zu kämpfen. Sie kämpfen gegen die Zentralorganisation und schimpfen gegen alle Beamte und ihre Gehälter usw.

Das denkbar Traurigste, was es gibt, ist das Verhältnis des Verbandes zu den „Christen“. Der Kampf, der von dieser Seite mit den elendesten Mitteln gegen den Verband geführt wird, geschieht weniger aus gewerkschaftlichen Gründen, sondern aus

politischen. In den Versammlungen stellen diese „Christen“ oft noch radikalere Forderungen auf als wie die Freien. Aber trotz dieser Taktik, trotz Hilfe von Kanzel und Reichstisch, trotz Hilfe durch die skrupelloseste Zentrums-Presse, ja man kann ruhig sagen, trotz Hilfe von Polizeiorganen, kann diese Bewegung nicht die Stärke erreichen, die sie erhoffte, und deshalb auch die ohnmächtige Wut gegen die freien Gewerkschaften.

Daß der Bergarbeiterverband zu solchen Verrätereien nicht schweigt, ist verständlich. Er ist eine Kampfsorganisation, die gegen das Unternehmertum und seine Hilfstruppen gleichermäßen kämpft.

Da wir die Hauptzahlen aus der Kassengebarung bereits im Vorbericht brachten, erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf dieselben. — Becker-Effen berichtete als Obmann der Kontrollkommission, daß alle Behauptungen des christlichen „Bergknappen“ in bezug auf Unregelmäßigkeiten bei der Kassengebarung und das Verhalten des Vorstandes vollständig wahrheitswidrig sind.

In der Diskussion, die den ganzen Nachmittag währte, traten keinerlei erhebliche Differenzen mit dem Vorstände zutage. Seiner Taktik wurde fast allgemein zugestimmt.

Advertisement for 'Unsere Kleiderwerke' (Our Clothing Works) by Baer Sohn, Berlin. The ad features a central title 'Unsere Kleiderwerke' and a grid of eight illustrations showing different factory departments: 'Bügelmaschinen-Saal', 'Hand-Arbeits-Saal', 'Heftarbeits-Saal', 'Großer Maschinen-Saal', 'Einrichter-Saal', 'Einzelarbeits-Saal', and 'Speise-Saal'. Text on the left describes the factory's modern hygienic conditions and machine technology. Text on the right lists various newspapers and magazines that have published favorable reports on the factory. At the bottom, it lists four sales locations: Chausseestraße 29-30, 11 Brückenstraße 11, Gr. Frankfurterstr. 20, and Schöneberg: Hauptstr. 10. The main address is 'KLEIDERWERKE BAER SOHN BERLIN GEGR. 1891' and it claims to be 'Deutschlands größte Fabrik dieser Art'. A small box on the right states that military and municipal authorities, as well as workers' associations, have visited and highly praised the factory.

Im Sommer besonders wertvoll sind **MAGGI** Bouillon-Würfel



1 Würfel für 1/4-1/2 Liter **5 Pfg.**

Kein langes Stehen am heißen Herd notwendig. Kein Sauerwerden der Fleischbrühe zu befürchten. Nur mit kochendem Wasser überbrüht, gibt jeder Würfel sofort 1/4-1/2 Liter vorzüglicher Bouillon mit feinstem Gemüsegeschmack!

Beim Einkauf achte man genau auf den Namen **MAGGI** sowie die Schutzmarke (Kreuzstern) und lasse sich nichts anderes aufreden!

Restaurant „Wald-Idyll“ Schmöckwitz

bedeutend vergrößert — im Wald und am langen See gelegen, 2 Säle, Zeezerkassen, Herren- und Damen-Restaurant, Motorboote, Lieberichsee, Dampferbrücke, Musikpavillon, Verbindung: Stadtbahn oder Sächsischer Bahnhof—Schmalde; Dampfer nach allen Richtungen. Prachtige Fußpartie vom Strand ab auf schattiger Waldpromenade am See entlang. Vereinen und Familien hält sich bestens empfohlen.
E. Noack. Fernsprecher: Neutten 31.

Hüte, Mützen Herrenartikel Panama-Hüte

empfeht
Johann Soujon
Prenzlauer Allee 219.
Ein großer Posten billiger Strohhüte von 50 Pf. an.

Wohin des Sonntags? Nach Feuerstacks Gesellschaftshaus im alten Dorf Birkenwerder (Nordh.), Hauptstr. 99. Pracht. schatt. Garten, Regelm. Partystaaf jed. Sonntag Tanz. Sammelplatz aller freien Sängler, Turner, Radfahrer, Fußballspieler usw. Stets reichl. an Gesinnungsgen. Für Herrenparties, Fabrik-, Vereins-Ausflüge best. empfohlen. Kl. Preise, gute Bedg. Sommerwohnung. Ev. Ermäßigung.

Fritz Wilke's Festsäle, 500. Garten mit neuer Bühne bis 2000 Pers. Sebattianstr. 39, dicht a. d. Alten Jakobstr. Singtun, mehrere Sonnabende und Sonntage zu Versammlungen, Festlichkeiten usw. noch zu vergeben. Fernsprecher Amt 4 Nr. 11348. [1925]

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 25. Mai.

Freie Volksbühne:
Heute nachmittag 3 Uhr: Thalia-Theater 5,6. Abteilung (Gruppe 21-25): Moral.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Adolf Oberhaus. Königskinder.
Freitag: Zohengrin. (Anf. 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Der Kamillentanz.
Freitag: Och von Berkingen. (Anfang 7 Uhr.)
Neues königl. Operntheater. Geschlossen.
Deutsches Haus 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Freitag: Banban.
Anfang 8 Uhr.

Kammerspiele, Gummum.
Freitag: Klabauten und Seltzette.
Königl. Oper. Der Troubadour.
Nachmittags 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Don Juan.
Freitag: Glaubens und Heimat.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Berliner. Summelfudenten.
Nachmittags 3 Uhr: Einer von uns ist Leut.
Freitag: Summelfudenten.
Neues Schauspielhaus. Eine Million.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Kleines. Der Leibgarbist.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Westen. Die geschiedene Frau.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Die lustigen Weibchen.
Freitag: Die geschiedene Frau.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Südpfandhaus. Besuch.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Trionum. Das Prinzipien. Anfang 8 1/2 Uhr.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Schiller O. (Sachsen-Locales.)
Der große Name.
Nachmittags 3 Uhr: Die Ehrz.
Freitag: Revolutionshochzeit.
Saxo. Charlottenburg. Adlig Heinrich.
Nachmittags 3 Uhr: Zapfenstreich.
Freitag: Im Klubstiel.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Herrnfeld. Das Scheidungs-Souper.
Ein Verlobungs-Geschäft.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Nachmittags 3 Uhr: Der Glücksengel.
Freitag: Der Graf von Luxemburg.
Luisen. Ohne Mutter.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Moderne. Wienerinnen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Viole. Der fremde Blick. Verlobung im Bett.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Volles Caprice. Werheim wird plätzen! III. Klasse. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Dietrovi. Hohheit amüsiert sich!
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Kaisa. Zwei Wappen.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Königs. Spezialitäten.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Vassar. Spezialitäten.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Waldschaffen. Stettiner Sängler.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Waldhalla. Prinz und Bettlerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Karl Goversand. Spezialitäten.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Voigt. Ein vorläufiger Mann.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Noack. Die Hochzeitsreise.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Jutimes. Die neue Geschichte. Der Bekannte. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.

Kaiser-Panorama. Wanderung im Spreemal. — Reise in der holländischen Schweiz.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Urania. Landstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Sternwart. Invalidenstr. 67-69.
Freitag: Diefelbe Vorstellung.
Schiller-Theater O. Theater.
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Die Ehre.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der große Name.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Revolutionshochzeit.
Sonabend, abends 8 Uhr: Der große Name.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr: König Heinrich.
Freitag, abends 8 Uhr: Im Klubstiel.
Sonabend, abends 8 Uhr: König Heinrich.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Summelfudenten.
Morgen: Summelfudenten.

Neues Theater.
Täglich: Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
3 1/2 Uhr: Die lustigen Weibchen.
Abends 8 Uhr und Freitag 8 Uhr: Die geschiedene Frau.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, den 25. Mai, 8 Uhr: Kasernenluft.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Meyers.

Luisen-Theater.
Donnerstag, Freitag, Sonntag und Montag 8 Uhr: Letzte Aufführungen: Ohne Mutter.

ROSE-THEATER
Gräßl. Frankfurter Str. 132.
Ab. 8 Uhr: Der fremde Blick.
Vorher: Die Verlobung im Bett.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Auf der Gartenbühne täglich 8 Uhr: Theaterdorf., Konzert, Spezialitäten.

Metropol-Theater.
Nachm. 3 Uhr: Mansell Ritouche.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Hohheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von F. Freund. Musik von Rudolf Nelson.
In Szene geht vom Dir. R. Schulz.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Donnerstag, den 25. Mai 1911, bei gütlicher Bitterung im Garten: Ein vorläufiger Mann.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von G. v. Hoyer und E. Raabstein.
Musik von H. Wal.
Kasseneröffnung 6, Anfang 7 Uhr.

Freie Volksbühne
Zu den Abendvorstellungen von Ludwig Thoma's „Moral“ im Thalia-Theater für die 1., 2., 3., 5./9. Abteilung am Montag, Dienstag, Mittwoch, den 29., 30., 31. Mai, abends 8 Uhr, werden im Theater beim Obmann einige Karten für die Angehörigen der Mitglieder ausgegeben (1.20 M.) Ebenso bei den Abendvorstellungen „Eine Million“ im Neuen Schauspielhaus am 29. Mai. Der Vorstand. I. V.: G. Winkler. 940/20

Neue Welt.
Heute Donnerstag Elitetag.
Großes Parade-Gala-Feuerwerk.
„Der Halleysche Komet“
ausgeführt vom Feuerwerker C. Niemand.
Große Spezialitäten-Vorstellung. Im Kinema ausgewähltes Programm. Täglich großes Promenaden-Konzert. Anfang 4 Uhr nachmittags. — Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Lachkabinett, Gebirgsbahn, Cate-walk u. a. — Heute Eintrittspreis 25 Pfg.

Stadttheater Köpenick.
Größtes Lokal am Orte, schöner schattiger Garten. Am Himmelfahrtstage: Großer Ball. Familien können Kaffee trinken. Um zahlreichen Besuch bitten. H. Otto.

Apollo Theater
Anfang 8 1/2 Uhr. Letzte Woche des grandiosen Reprogramms. 9 1/2 Uhr: Berlin's Sensation: Um ein Weib. Großes amerikanisches Kostümen-Sensationsstück in acht Bildern.

2000 LOGISCHER GARTEN
Heute am Dinnmahlstetlage Eintritt 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Ab nachmittags 4 Uhr: Großes Militärkonzert.

WINTERGARTEN
Neues Programm: LA TORTAJADA. The surf bathers eine Idylle am Meeresgestade. De Dio in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasietänzen und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte Mai-Spielplan. — Rauchen gestattet. —

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr. Kammerspiele der Hunde. Ota Gygi, Violinvirtuose. Alt-Donner Studenten und das große Mai-Programm!

Ben Ali Bey
Klassische Zauberkunst des Orients.
Tanagra-Theater, Lachhaus, Berg- u. Talbahn, Wasserrutschbahn. Translateur- und Militär-Konzerte. Eintrittspreis 50 Pfennig.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage: Das Prinzen. Liebesroman in 3 Akten v. R. Tisch. Anfang 8 1/2 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

Herrnfeld Theater
Das Scheidungs-Souper. Die Bar-Zwischen. Ein Verlobungs-Geschäft. Schluss des Jahres Saison am 31. Mai a. e. Wiedereröffnung am 1. August a. e.

Passage-Panoptikum
Lebend! Hede Kosch das Mädchen aus Steinzeit! Das Urbild der Menschwerdung, und die anderen Schausattraktionen. Ohne Extra-Entree!

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena.
Heute 2 Vorstellungen, nachmittags und abends. Das prunkvolle Eisballett Montreal. Die Stadt auf Schlittschuhen. 100 Mitwirkende 100 Feinhafte Ausstattung. Apache-Tänze auf dem Eis. Einödschloß-Konzert. Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise. Eratklasse Restaurant, Bier- und Weinabteilung.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill. Brunnenstr. 16.
Die Hochzeitsreise.
Lustspiel in 2 Akten von R. Benedt. Vorher: Ein bengalischer Tiger. Anfang 8 Uhr. Bei schönem Wetter Vorstellung im Garten.

Casino-Theater
Lobdringer Straße 37. Täglich 8 Uhr. Bester Spielmonat vor dem Festen. Walp. b. berühmte Theaterkassette: Leben und Treiben im Staunung. Dazu b. gr. Lachserfolg in dieser Saison „Zwei Wappen“. Sonntag 9 1/2 Uhr: „Marianne“.

Konzert-Park
Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus
Chausseestr. 30. Karl Richter.
Täglich großes Konzert.
Sonntags Anfang 5 Uhr
Wochentags 7
Eintritt 20 Pf.
Dauerkarten gelten.

Schluss der Saison am 30. Mai!
Zirkus Busch
Heute Donnerstag, den 25. Mai (Himmelfahrtstag): 2 große Gala-Vorstellungen 2 nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr.

Um 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter zehn Jahren auf allen Sitzplätzen frei, weitere Kinder unter 10 Jahren halbe Preise. Galerie volle Preise. In beiden Vorstellungen: Ein Jagdfest am Hofe Ludwig XIV.

Ermaten, der Meister italienischer Fechtmaschinen. Die berühmte Reiterfamilie Frediani. Der utomische Jansky-Jansen mit seinen dreifler. Tieren. Beschauen u. Reiten der heldress. Schuß, Fechtens und Springende. Samtliche Elemente mit den neuesten Bijou u. Spähen

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr: Werheim wird plätzen! Bunter Solo-Teil. III. Klasse.

Max Kliems Sommer-Theater
Rudolf Kröger, Dofenside 13-15. Täglich: Eratklasse Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen. Selbstgeleitetes Theatergarten, bei ungünstiger Bitterung Schutz bietend. Donnerstag: Elitetag.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Sensationeller Erfolg: Flachshaar als Erzieher. The 3 Luissots. Otto Bayer. Quott Hengrich Antis Raveras u/v. Anfang 4 1/2 Uhr, Sonntag 4 1/2 Uhr.

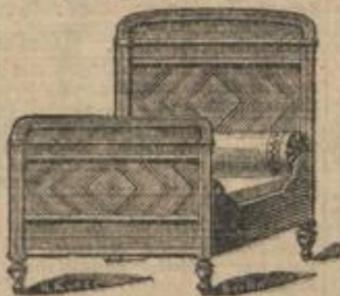
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängler. Britton als Miese im Hosenrod. Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Heute Donnerstag: Tanzkränzchen. 1607b C. Nible.

Mila-Säle
Schönhauser Allee 139.
Jeden Donnerstag und Sonntag: Cavalier-Ball. Entree, Garderobe u. Tanz 20 Pf. Anf. 8 Uhr. Carl Eisner.

Für den Inhalt der Anzeigte übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Eigene Fabrikation
im Hause!



Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof
Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: stehen zur Ansicht
bis zu den elegantesten

zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Die herrlichste Ferienzeit

verlebt man in

Falkenhagen West

direkts. Bahnh. Seefeld, das
Dorado einer Gartenstadt
20 Min. von Charlotten-
burg ab Bahnhof Jung-
fernhöhe, 30 Minuten ab
Lehrize Bahnhof (Hamburger
Bahn) ☐ Rate von 10 Mark
an. Kleinste Anzahlung.
Amortisations-Hypothek bis
1923. — Sommerhäuser von
700, 1100, 1500 Mark, schlüssel-
fertig, sofort beziehbar !!



Sie gepährt mit Ihren be-
wunderten Höhenzügen ein
wunderschönes Landschafts-
bild und schließt sich an den
schönsten und grössten Laub-
und Nadelwald, ca. 3 mal so
gross wie der Grunewald,
an. „Der Brieselang“, einzig
schön, wird von Tausenden
von Ausflüglern besucht.
Direkter Stadtbahn-Verkehr
steht in naher Aussicht. Die
Döberitzer Heerstrasse liegt in
nächster Nähe. Daher grosse
Versteigerung!

Nieschalke & Nitsche

Berlin NO 43, Neue Königstrasse 16, Fernspr. Amt VII, 6376

Bekleidungshaus „Rekord“

Dresdener Str. 19, 1
zwischen Kottb. Tor u. Graniplatz.

Vornehme

**Herren-
Moden**

nach Maß



Teilzahlung

in vornehmer ge-
dieg. Ausführung.

Reifhaar-Verarbeit-
ung, tadelloser Sitz.

Fern. empfehle:
Elegante fertige

**Herren-
Garderobe**

in d. neuest. Stoff. u. Fasson gegen
wöchentl. Raten von 1 Mk. an.

Zwecks Maßbestellung wird z. Wunsch
Vertreter ins Haus geschickt.

Stoffe

Fabrik-Reste u. Coupons sind eingetroff.
Neuhelton (Kingsge, Ulster Str. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100).

Zuchinger Koch & Seeland, G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21

Grösstes
Kredit-Haus Berlins

ALLE TAGE

ANDERS

Direkt am Nettelbeckplatz
Reinickendorfer Str. 16

Auf Kredit

mit geringer Anzahlung
und kleiner Abzahlung

Paletots

Abzahlung wöchentlich 1 Mk.

Herren-

Anzüge

Hut, Stock gratis und Rabattmarken
Abzahlung wöchentlich 1 Mk.

Damen-

Jackets, Röcke, Kostüme, Blusen, Kleiderstoffe
in allen Farben und Preislagen

Gratis elegante Lederwaren u. Rabattmarken

**Sport- und Kinderwagen
Betten :: Teppiche :: Schuhwaren**

mit den kleinsten Anzahlungen

Möbel und Polsterwaren

nur eigenes Fabrikat

Kolossale Auswahl | Preise so billig wie möglich

Niedrigste Anzahlung **1 Mk.**
Wochenrate nur

Einziges Waren-Abzahlungs-
Geschäft, das zur Verabfolgung
der Sparmarken der Rabatt-
marken-Gewährungs-
Genossenschaft
berechtigt ist

Waren- und
Möbel-Kredit-Haus

**ALLE TAGE
ANDERS**

Grösstes Haus am Nettelbeckplatz
Pank-, Gericht- und Reinickendorfer
Strassen-Ecke

Parterre,
I., II., III., IV. Etage.

Bis Pfingsten doppelte Rabatt-Marken oder sofort 10 Prozent Rabatt in bar für Anz.

Laferme

REDOUTE Cigaretten

2-5 Pfennig

Vorzügliche Qualitäten.

==== Mieter! ====

Wer gesund, modern und billig wohnen will,
der besichtige die Wohnungen an der

Schloß-Allee am kgl. Schloßpark Pankow-Niederschönhausen

☐ 4 Zimmer u. 750 M., 3 Zimmer u. 620 M., 2 Zimmer
u. 400 M. an. ☐ Für 10 Pfennig direkt zu erreichen mit der
Stettiner Borsortbahn (Stat. Pankow-Deinersdorf), mit der Siemensbahn von
der Wittichstraße sowie der Linie 49. In die Nähe führen noch mit Zugang
durch den Schloßpark Linien 47, 47a und 57. Näheres Niederschönhausen,
Schloß-Allee 40. Fernspr. Amt Pankow Nr. 200. 60/10*

Auf der Hand

liegt es, dass, wer auf der Höhe bleiben will, seiner Kund-
schaft auch besondere Vorteile bieten muss. Um jedermann
die Möglichkeit zu geben, seinen Sommerbedarf zu decken,
stellen wir die Abzahlungsbedingungen bis auf weiteres ganz
besonders günstig. Wir empfehlen in grosser Auswahl —

auf bequeme Teilzahlung

Herren-Anzüge

1 Anzug 15 M. Anzahl. 5.00
1 Anzug 21 M. Anzahl. 4.00
1 Anzug 27 M. Anzahl. 5.00
1 Anzug 34 M. Anzahl. 6.00
1 Anzug 42 M. Anzahl. 8.00

Paletots u. Ulster

1 Paletot 15 M. Anz. 4.00
1 Paletot 24 M. Anz. 4.00
1 Ulster 30 M. Anz. 5.00
1 Ulster 36 M. Anz. 6.00
1 Ulster 45 M. Anz. 8.00

Damen-Konfektion

Paletot 15 M. Anz. 3.00
Paletot 25 M. Anz. 5.00
Kostüm 20 M. Anz. 6.00
Kostüm 30 M. Anz. 10.00

S. Gottlieb

G. m. b. H.
Rosenthaler
Str. 54



Selbstgepflücktes Obst im eigenen Garten

ist frischer, gesünder und schmeckt viel besser als vom Händler im
Laden gekauftes. — Im eigenen Heim und Garten verleiht man die
schönste Ferienzeit und spart die teure und unbequeme Sommerreise.

Wir verkaufen Grundstücke mit fertig angelegten
Obstgärten und Ferienhäusern
sehr billig in:

Biesdorf Station der Ostbahn ☐ Rate von 20 Mark an

Neu-Sadowa Stat. Sadowa, a. d. Strassen Biesdorf ☐ Rate von 15 Mark an

Kauisdorf am Bahnhof ☐ Rate von 12 Mark an

Stienitzburg Station Prosdorf a. d. Ostbahn ☐ Rate von 4 Mark an

Kleinste Anzahlung. Auch 10jährige Amortisations-Hypothek.
Verkaufsstellen auf den Geländen und Bahnhöfen

Nieschalke & Nitsche

Berlin NO 43, Neue Königstrasse 16.

Fernsprecheri Amt VII, 6376.

Wasserparzellen Kennen Sie sie?

Neu! von 200 M. an Neu!
Ideallich gelegen, ca. 30 km östlich von
Berlin, See, Wald, Fisch- u. Land-
parzellen (pot. billig). Pläne gratis.

Berlin,
J. Rieger, Gantardstr. 5.

Wenn nicht, dann beschäftigen Sie die
Villenkolonie Karow,
die ansehnlichste Gartensiedlung
a. d. Stettiner Bahn. 20 W. Geb. 300-500 M. Anz. gen. Pläne gratis.
J. Rieger, Berlin, Gantardstr. 5.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung

Herren-Moden

fertig und nach Mass

Garantie für in Seidenen Stoff und
feinste Verarbeitung

J. KURZBERG

Mann-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 40-41

am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse.



Verkäufe.

Geplante der Revolutionen, von A. Comand, wöchentlich ein Heft a 20 Pf. Bestellungen nehmen die Ausgabestellen des 'Vorwärts' entgegen. Probehefte gratis.
Küstrinerplatz 7, Pfandleihanstalt, billigster Verkauf von Schmuckwaren, Uhren, Ketten, Ringe, Gardinen, Portieren, Seilen, Kränze, verschiedenes. 26678*

Schneidererei stellt einen großen Vorrat Herrenanzüge aus nur guten Stoffen, tadellos verarbeitet, zur Hälfte des regulären Preises zum Verkauf. Durch günstigen Einkauf ist es mir möglich, jedem Gelegenheit zu bieten, hoch elegante Garderobe zu billigen Preisen zu kaufen.
Krausenstraße 10, kein Laden, Etagen-Verkauf. 19626

Mußbaumwirtschaft, fast neu, verkauft umhängeblicher Hausverwalter, mit elegantem Umbau, zwei Teppiche, prachtvolle Rückenmöbel, Rückengehirn 190,-, Kuchbaumöl, Weinmeisterstraße 1b-2. 79/4
Elegante Umbauwirtschaft, Kuchbaumwirtschaft, Kuchbaumwirtschaft, Kuchbaumwirtschaft, Waldemarstraße 64. 78/10

Wiederholte an Herrn. Kleine Franzfurterstraße 3/4, Ballung.
Wöblerte Schlafstelle, Poststraße 41, Luergebäude 3 Treppen. Lehmann. 1115
Schlafstelle, Herrn, 6,-, Hof, Weihenburgerstraße 59. 1121

Verschiedenes.

Feuch-Ensemble, neueste Schläger! Spezialitäten, Kabarett, Theater, Geistesmanufaktur 3. 1121*
Patentanwalt Müller, Gütchinerstraße 81. 24394*
Kunststofferei von Frau Rosalby, Schlichter, Kunststraße 8 III.
Patentanwalt Wessel, Gütchinerstraße 9a.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Jünger Handwerker sucht ruhige möblierte Schlafstelle im Norden. Offerten 'K. D.', Postamt 54. 782
Arbeiter, Schiefer, 24, sucht anständige Schlafstelle, eventuell mit einfachem Abendbrot, Nähe Rosenfelder Platz. Angebote unter 'E.', Postamt 25. 19485

Vermietungen.

Wohnungen.
Rödenickerstraße 193 Fremdlige Hofwohnungen von 12-20 Zimmern, zweifelhafte Stube, Küche, Boden, sofort oder später zu vermieten.
Schöne Wohnung, 2 Stuben und Küche, vollständig neu renoviert, 20 Mark, zu vermieten Ostmannstraße 15 beim Birk. 26625*

Musik.

Pianino, 80,00 an, Teilzahlung, mietweise 6,00. Scherer, Chausseestraße 105. 22768*

Musik.

Wiedel-Boedel, Markt 68. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf.
Spezialität: bessere Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194,-, 360,-, 422,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-, Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche, 347,-, Wohnzimmer, modern, 297,-, Speisezimmer 355,-, Herrenzimmer 200,-, englische Bettstelle mit Matratze 44,-, Kleiderständer 30,-, Truemeau, geblüht 34,-, Schloß 36,-, Tisch 65,-, Umbau 50,-, Teppiche, Kleiderschrank, Bekleidung erbeiten, Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungsvereinbarungen. Best. Nr. 8-8, Sonntag 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Rusterbusch P. gratis und franko. 19658*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Zweiter zuverlässiger Mann sucht leichte Beschäftigung, Caricepation Bernauerstraße 9. 782
Stellenangebote.
Stellunglose, redigierbare Arbeiter können bei Privaten täglich 8 bis 10 Mark verdienen. Näheres 4-7 Altbier, Rixdorf, Bergstr. 140.
Helmschläger, zweiten, verlangen E. Schwert u. Sohn, Charlottenstraße 4. 19515
Tüchtige Kolonnen für jugendliche Koks-Küchenmädchen sofort gesucht. Offerten unter R. 4 an die Expedition dieses Blattes. 43942
10 Korbmacher auf Gehaltsüberzahlung. Preisänderung, Fruchstr. 42.
Abendmädchen, tüchtig, erfahren, für bessere englische und französische Konfektion zum sofortigen Eintritt sucht S. Guttman, Laurentystraße 18a. 26738
Mädchen für Operations-Küchlein, D. Bärzel, Bräckerstraße 13.
Zeitungsframen sofort verlangt. Schönebergstraße 24/25 (Tour Hollmannstraße) und Wilhelmstraße. 7875*

Arbeiter-Sekretär für Stettin gesucht.

Für den Arbeiter-Sekretariat Stettin wird zum 1. August 1911 ein Arbeiter-Sekretär gesucht. Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 15. Juni d. J. mit der Aufschrift 'Bewerbung' an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates Stettin, Franz Rachel, Stettin, Gr. Oderstraße 18/20, 1 Treppe, zu richten. 291/16
Die unterzeichnete Kasse sucht zum baldigen Eintritt einen Hilfsarbeiter. Derselbe muß flatter schreiben und rechnen sein. Angebote mit der Aufschrift 'Bewerbung' an die 276/11 Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Nowawes und Umgebung.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind gesperrt:
Kettfabriken:
Einbrodt u. Kalb, Röhrenstr. 109a.
Trebesius u. Knappe, Röhrenstr. 126.
Lehmann, Blumenstr. 61.
Wagner, Marktstr. 52.
Reichert, Krautstr. 39.
Grellich (Krüger), Grüner Weg 28.
Fidellersen, Blumenstr. 65.
Bilderrahmenfabrik Jost, Steglitzer Str. 18.
Tischlerei Kallinich, Gollnowstraße 13.
Wassilcherei Gebr. Faul, Monumtstr. 22.
Zollschiffahrt Heiar, Freese, Berlin-Niederbarnhufen.
Tischlerei Schneider, Man-teuffelstraße 59 und Pauliger Straße 10 v. v.
Pianosfabrik Späthe, Potsdamer Str. 29 und Späthe in Gera.
Sämtliche Betriebe in Ham-burg, Altona, Rottb., Finken-walde, Schönwalde u. Oranien-burg.
Das Berliner Arbeitsmittler-vermittlungsbüro u. d. gelben 'Handwerker-Gewerbandes'.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deuts. Holzarbeiterverbandes.

Flugblattverbreitung in den sechs Berliner Kreisen und in den im Aufrufe des Zentralvorstandes bezeichneten Vororten.

Morgen Freitag, den 26. Mai,

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zur Unterstützung des Verbandes der Bäcker im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wird morgen, Freitag, den 26. Mai, 7 Uhr abends beginnend, eine **Flugblattverbreitung**

in den sechs Berliner Kreisen und den Vororten

Aldershof, Alt-Glienide, Baumshuldenweg, Bohnsdorf, Borfigwalde, Britz, Charlottenburg, Cöpenick, Franz-Buchholz, Friedenau, Friedrichsfelde, Groß-Dichterfelde (Ost und West), Grünau, Johannisthal, Karlshorst, Kaulsdorf, Lankwitz, Lichtenberg, Mahlsdorf, Mariendorf, Mariensfelde, Nieder-Schöneweide, Nieder-Schönhausen, Ober-Schöneweide, Pankow, Reinickendorf (Ost und West), Rixdorf, Rummelsburg, Rudow, Schmargendorf, Schöneberg, Spandau, Steglitz, Stralau, Tegel, Tempelhof, Treptow, Weißensee, Wilhelmsberg, Wilhelmshagen, Wilmersdorf und Zehlendorf — stattfinden.

Wir bitten die Genossen und Genossinnen prompt zur Stelle zu sein, damit die Arbeit recht rasch erledigt wird.

Am **Dienstag, den 30. Mai**, werden gleichfalls zur Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder des Bäckerverbandes circa

33 Versammlungen

abgehalten, in welchen zu diesem wirtschaftlichen Kampfe Stellung genommen werden soll.

Auch hierzu bitten wir schon heute eine wirksame Agitation in die Wege zu leiten. Das Nähere über diese Versammlungen in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“.

Genossen und Genossinnen, seid wie stets am Platze.

Der Zentralvorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß das Cafe Ruhwald, Woltersdorfer Schloß, Oekonom W. Soeger, Eigentümer Herr Palm, nach wie vor gesperrt ist. Die Lokalkommission.

Stralau. Freitag, den 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr, von den bekannten Lokalen aus Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Karlshorst. Die Ausgabe der morgen, Freitag, zu verbreitenden Flugblätter erfolgt für den Nordteil beim Genossen Vertam, Treßowallee 88, für den Südteil im Fürstenbad.

Grünau. Die Flugblattverbreitung für unseren Ort findet nicht Freitag, sondern Sonnabend abend von der grünen Erde aus statt. Da die Bezirkseinteilung noch nicht endgültig festgelegt ist, findet die Verbreitung nach dem alten Modus statt. Der Vorstand.

Wandlitz und Umgebung (Bezirk Pankow und Wilhelmshagen). Am Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Gesellschaftshaus Wandlitz (Inhaber Georg Lapan): Öffentliche Versammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Lehmann in Wiesbaden. Die Agitationskommissionen.

Spandau. Zu der heute, Donnerstag, nachmittags 1 1/2 Uhr stattfindenden Verdringung des Genossen Seeland wollen sich die Parteigenossen pünktlich und zahlreich um 12 1/2 Uhr mittags beim Genossen Schubert einfinden, um gemeinsam vom Trauerhause, Luthersstraße 7, nach dem Friedhofe zu gehen. Der Vorstand.

Hallenbagen-Seegebiet. Freitagabend 7 Uhr von den Wohnungen der Bezirksleiter aus: Wichtige Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Plan einer Aufhebung der Jahrmärkte in Berlin, die der Magistrat wünscht, hat in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit gefunden. Der Ausschuss, dem die Vorlage zur Prüfung überwiesen worden war, hatte sich gegen die Aufhebung ausgesprochen. In Uebereinstimmung hiermit schloß die Versammlung den Beschluß, die Vorlage abzulehnen. In der Debatte wurde noch einmal die Gefahr einer Schädigung der Interessen zahlreicher kleiner Gewerbetreibender, die auf den Jahrmärkten ihrem Erwerb nachgehen, besonders von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion überzeugend dargetan. Unser Genosse Mann widerlegte schlagend alle die Scheingründe, die für die Beseitigung der Jahrmärkte angeführt worden sind und auch gestern wieder vorgetragen wurden. Von einer Gruppe der Versammlung wurde der Versuch gemacht, die Aufhebung wenigstens mit der Bedingung einer bis 1915 zu gewährenden Galgenfrist durchzubringen. Erfreulicherweise wurde in der Abstimmung auch dieser Vorschlag abgelehnt, so daß Berlin die Jahrmärkte behält, bis sie sich einmal wirklich überlebt haben werden.

Die Erweiterung der Sonntagsruhe im Kleinhandel, die längst beschlossen worden ist, kann immer noch nicht in Kraft treten. Der Magistrat hat das Ortsstatut, das die Stadtverordneten angenommen haben, noch nicht dem Oberpräsidenten zur Genehmigung eingereicht. Er glaubt, auf die Vororte warten zu sollen, ohne deren Zustimmung Berlin nicht vorgehen dürfe. Gestern wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verhandelt, der den Magistrat auffordert, schleunigst die nötigen Schritte zu tun, um die Ausführung des gefassten Beschlusses zu erwirken. Genosse Hynze geißelte die Lässigkeit, die der Magistrat in dieser Frage gezeigt hat. Unmöglich dürfe Berlin auf die Vororte warten, vielmehr müsse den Vororten durch Berlins selbständiges Vorgehen die Möglichkeit gegeben werden, sich anzuschließen.

Unser Redner hob hervor, daß das Meer der Handelsangestellten und auch die meisten der in Frage kommenden Gewerbetreibenden mit Ungeduld dem Zeitpunkt entgegensehen, wo endlich das Ortsstatut in Kraft treten kann. Für den Magistrat erklärte Stadtrat Maas, daß nichts veräußert worden sei. Man stehe bereits mit den Vororten in Unterhandlung, sagte er. Dem Antrag unserer Genossen wurde ein Antrag der Freisinnigen entgegengestellt, der den Magistrat nur mahnte, mit den Vororten zu verhandeln, was ja nach der Versicherung des Magistratsvertreters bereits geschieht. Diesen Verschleppungsantrag empfahl eifrig der Stadtverordnete Bamberg, und es fand sich für ihn eine Mehrheit, nachdem der Antrag unserer Genossen abgelehnt worden war. Für diesen hatte außer der sozialdemokratischen Fraktion niemand gestimmt. Man wird also nun weiter — warten!

Patriotische Wettrennen.

Ueber mangelnden Patriotismus in Deutschland kann man sich zurzeit wahrhaftig nicht beklagen. Wo die Stimmung zum Festfeiern nicht angetan ist, wird von den Verantwortlichen und Unterantwortlichen, die um den Thron herumkriechen, kräftig nachgeholfen. Landräte, Bürgermeister, Stadträte, Geschichtsprofessoren, Kommerzienräte, Postlestanten, Künstler, Dichter veranstalten patriotische Wettrennen um die Aufmerksamkeit und Gunst allerhöchster Kreise. „National“ ist Schlagwort geworden, und ein Knospflockbändchen, ein klingender Titel ist dem einen oder anderen an der Patriotensprache sicher. Das rückgratlose Bürgertum reißt sich darum, bei solchen Veranstaltungen einen möglichst vorteilhaften Platz an der Vaterlandssonne zu ergattern. Um Volksstämme, die schon die Keugler herbeilodet, sobald Fahnen wehen, Militär Spalier bildet, frischgewaschene Ehrenjungfrauen antanzen und befrachte Stadthonorare dem Rahmenbündel Konkurrenz machen, ist keine Sorge.

„Nationale Festspiele“ heißen die allermodernsten Vorkämpfer, die auf sogenannten Freilichtbühnen in Szene gehen, unter dem Deckmantel des Heimatstuhles weiter nichts als Hohenzollernvergötterung bezwecken. Der Gedanke ist keineswegs neu. Wilhelm II. hat seit Jahren seiner mystischen Vorliebe für Gewesenens, längst Verklungenes in ganz ähnlicher Form gehuldigt und die Schatten seiner Vorfahren aus den Gräbern an das freie Licht befördert. Die unterschiedlichen Brunkfeste dieser Art, die auf restaurierten Raubritterburgen in intimsten Hof- und Gesellschaftskreisen inszeniert wurden, sind uns noch in guter Erinnerung. Die Doffentlichkeit war selbstverständlich ausgeschlossen, was kein Hindernis bildete, den feuzendenden deutschen Sempel abermals bleichen zu lassen. Jetzt wird die kostspielige Passion dem Volke schmachtig gemacht, das heißt auch nur denjenigen, die bei den Bickelswerder Festspielen auf der Freilichtbühne an der Döberitzer Heerstraße, arrangiert von der „Brandenburgia“, Gesellschaft für Heimatkunde der Provinz Brandenburg, das ziemlich teure Eintrittsgeld zum Naturtheater von 3 M. bis zu 1 M. für den Stehpfad herunter erkaufen können. Am Sonnabend, den 3. Juni, wird der Patriotentrummel losgehen und an weiteren 13 Junitagen wiederholt werden. Für welchen byzantinischen Zweck der Reingewinn, wenn es zu einem solchen überhaupt kommt, bestimmt ist, wird in dem uns vorliegenden Festprogramm nicht gesagt. Doch schon die Namen des Ehrenausschusses, darunter der philosophische Wehmann Hollweg, der geharnischte Jagow und eine ganze Kompottschüssel voll märkischer Stadtoberhäupter, bürgen dafür, daß es viel weniger auf Heimatstuhle als auf patriotische Mache abgesehen ist. Dabei hat das zur Aufführung gelangende historische Festspiel „Albrecht der Bär“ von Eberhard König für Volkskreise so gut wie gar keine Bedeutung. Die allbekannte, sogar ziemlich überflüssigerweise im Geschichtsunterricht eingebaute Geschichte von Jaco, dem Wendenfürsten, der auf der Flucht vor den Brandenburgern sich mit seinem Gaul in die Fluten der Havel stürzt, glücklich das jenseitige Ufer bei Schildhorn erreicht und hier an einem Baum Schild und Horn aufhängt, wird nach geschichtlichen Quellen breitgetreten. Hoch Brandenburg und seine Fürsten... hurra, hurra, hurra!

In ganz gleicher Aufmachung sah die alte märkische Stadt Bernau am vergangenen Sonntag zum ersten Male auf einer Freilichtbühne seine bisher nur platonisch gefeierte Befreiung von der Hussitenbelagerung durch einen Hohenzollernfürsten. Die Wiedergabe eines historischen Volksschauspiels sollte es sein. Manche haben es für einen Maskenball im Freien gehalten. Für derartigen Mummenschanz ist ja der fagenhaft gewordene „Bürgerstolz vor Königsthronen“ so leicht einzufangen. Die nette Historikermode wird also sicherlich Schule machen, und bald werden alle märkischen Nester, an denen mal ein leibhaftiger Prinz vorbeigefahren ist, ihr Hohenzollern-Naturtheater haben. Muß es denn ausgerechnet immer ein Schauspiel zur Fürstenerhebung sein? Der erste bunte Eindruck mag ja empfängliche Naturen blenden, ein tieferes Interesse bleibt nicht zurück. Festspiele, die die Befreiung des Volkes von Herrscherwillkür verkörpern, würden besser in unsere politisch bewegte Zeit passen.

Die seit Jahren schwebende Enteignung des InselSpeichers scheint nun endlich etwas vom Fleck kommen zu sollen. Das Verfahren ist in ein Stadium getreten, aus dem sich heute schon erkennen läßt, daß die von den Besitzern des InselSpeichers gestellten Forderungen an die Stadt viel zu hohe sind und von den Sachverständigen erheblich niedriger bemessen werden. Die Tiefbaudeputation hat beschlossen, in dem jetzigen Stadium die Dringlichkeit der Enteignung zu beantragen.

Die Durchlegung der Brachvogelstraße beschäftigt seit Jahren die städtischen Behörden. Beschlossen ist dieser Durchbruch schon lange, die Durchführung aber scheiterte an dem Verhalten der Stadtmision, deren Gelände und Mautlichkeiten bei der Durchlegung in Frage kommen. Die Stadt ist nun wiederholt mit den Vertretern der Stadtmision in Verbindung getreten, um zu einer Verständigung über den Preis

für die Grundstücke zu gelangen. Wiederholte Angebote der Stadt wurden aber von der Stadtmision abgelehnt. Das tollste an der Sache ist, daß die Stadtmision selber bestimmte Forderungen nicht stellte, sondern fortgesetzt zu erkennen gab, daß die Angebote der Stadt zu gering seien. Jetzt wird verlangt, Tiefbaudeputation und Magistrat sollen erklären, bis zu welcher Grenze sie zu gehen gedächten. Die Tiefbaudeputation schlägt dem Magistrat vor, ein letztes Angebot zu machen, welches erheblich über das letztgemachte hinausgeht.

Wir halten dieses Verfahren der Stadt nicht für würdig. Unseres Erachtens ist bisher schon von der Stadt der Stadtmision in einer Weise entgegengekommen worden, die kaum zu verantworten ist; auch die Angebote bewegten sich in einer Höhe, die zu überschätzen sich gar nicht mehr rechtfertigen läßt. Schließlich sind die Gelder der Steuerzahler auch nicht für die Stadtmision da. Die Stadt soll, wenn sie durchaus glaubt, die Durchlegung der genannten Straße nicht länger hinauschieben zu können, wie in anderen Fällen das Enteignungsverfahren einleiten, auch auf die Gefahr hin, daß sie bei der Enteignung die ganzen Grundstücke erwerben müßte.

Vom Kinderschutze

Sagt die Schuldeputation der Stadt Berlin in ihrem letzten Jahresbericht, daß er trotz allen Bestimmungen des Kinderschutzes noch immer unzureichend sei. Das Gesetz werde noch zu wenig beachtet, doch könne besonders die Schule ohne große Mühe feststellen, ob und wie weit bei ihren gewerblich beschäftigten Schülern das Kinderschutzes befolgt werde. Um die notwendige Kontrolle gleichmäßig und konsequent durchzuführen, habe die Schuldeputation den Direktoren eine Zusammenstellung der Vorschriften des Gesetzes zugehen lassen. Wenn Uebertretungen ermittelt werden und Veseitigung sich nicht erreichen lasse, solle dem Schulspektor Bericht erstattet und dieser an das Polizeipräsidium weitergegeben werden.

Im Hinblick auf diese Ausführungen sind wir höchst erstaunt über eine Feststellung, die kürzlich von der Kinderschutzkommission der Berliner Arbeiterkammer gemacht worden ist. Wird einer es für möglich halten wollen, daß ein noch schulpflichtiges Kind, das man wegen Krankheit vom Schulbesuch dispensiert hatte, vom Morgen bis zum Abend in einem fremden Geschäft erwerbstätig sein konnte? Ein zwölfjähriges Mädchen, Gertrud Kl., das die 102. Gemeindefschule (Diefenbachstraße) besuchte und in der 4. Klasse saß, wurde wegen Krämpfe der Anstalt Wühlgarten überwiesen. Nachdem Gertrud von dort wieder entlassen worden war, bekam sie einige Zeit hindurch Privatunterricht in der Wohnung ihrer Eltern, offenbar auf Kosten der Stadt. Dann aber nahm sie eine Stellung in dem Haargefäß von Pafel Dahl (Wühlbacher Straße) an, und obwohl sie noch schulpflichtig war, arbeitete sie dort Tag für Tag von früh bis spät, um ihren Eltern einen Wochenlohn von 4,50 Mark zu verdienen. Eine Kinderschutzkommission setzte den Rektor der 102. Gemeindefschule, Herrn Trinks, von diesen Dingen in Kenntnis. Doch der Herr Rektor erklärte, da könne er nichts tun. Die Kinderschutzkommission berichtete dann am 6. April d. J. an die Schuldeputation, und diese antwortete ihr unter dem 8. Mai (also nach 4 1/2 Wochen), daß die Angelegenheit „diesseits weiter verfolgt werden wird“. Inzwischen ist das Kind, das am 20. April das 13. Lebensjahr vollendet hat, aus dem betreffenden Geschäft ausgeschieden. Es muß dahingestellt bleiben, ob das einer freien Entschädigung der Eltern oder des Geschäftsinhabers zu danken ist oder ob die Schuldeputation bereits die von der Kinderschutzkommission gegebene Anregung befolgt und die nötigen Schritte getan hat. Auch entzieht sich unserer Kenntnis, ob Gertrud Kl. jetzt wieder eine Schule besucht.

Die ganze Angelegenheit ist so sonderbar, daß die Schuldeputation es sich nicht wird ersparen können, sich öffentlich darüber zu äußern. Das Kind soll mehrere Monate hindurch in dieser Weise beschäftigt worden sein. Es erscheint unbegreiflich, daß dieser Zustand nicht rechtzeitig beendet oder seine Ungeleglichkeit nicht erkannt worden ist.

Präparierte Palmenwedel. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Nach einem Urteile des hiesigen Landgerichts II vom 8. März d. J. sind Trauerkränze mit präparierten Palmenwedeln — sogenannte Eulawedeln — sowie Blumenarrangements mit derartigen Wedeln zu den Wochenmarktartikeln im Sinne der Gewerbeordnung nicht zu rechnen und dürfen daher in den hiesigen Marktballen nicht feilgehalten werden. Zuwiderhandlungen sind nach §§ 3, 6 und 19 der Polizeiverordnung vom 14. März 1896 und § 149 Abs. 1 Ziff. 6 der Gewerbeordnung strafbar. Die Angeklagte ist in dem fraglichen Falle zwar freigesprochen worden, aber nur, weil sie sich im Irrtum über Tatsachen befand, der gemäß § 69 des Strafgesetzbuchs zu ihrer Freisprechung führte.

Der § 9 des Kommunalabgabengesetzes berechtigt die Gemeinden, bei Straßenverbreiterungen, durch welche den anwohnenden Besitzern erhöhte Werte erwachsen, indem sie ihre Grundstücke besser ausnützen können, insbesondere bei Umbauten, einen gewissen Betrag dieser Wertsteigerung von den Anliegern zurückzuverlangen. In der Praxis ergeben sich bei Anwendung dieses Paragraphen manche Schwierigkeiten. Und so ist es gekommen, daß die Gemeinde Berlin bisher noch selten diese der Gemeinde günstige Bestimmung angewendet hat, zumal die Hausbesitzer sich gegen diese Anwendung sehr sträuben. In der gestrigen Sitzung der Tiefbaudeputation wurde beschlossen, den § 9 des Kommunalabgabengesetzes bei der Verbreiterung der Invalidenstraße und auch der Dresdener Straße in Anwendung zu bringen.

In den Verantwortungen auf dem Ostlicher Bahnhof wird mitgeteilt, daß die Bahnarbeiterin Margarete Michaelis ihren Vorfall, aus dem Leben zu scheiden, ausgeführt hat. Wie wir mitteilen, ging sie am Freitagmorgen, als sie zur Revision erscheinen sollte, in schwarzer Kleidung von Hause weg. Ihre Schwester glaubt, daß sie sich zum Dienst begeben habe, fand aber später einen Zettel des Inhalts, daß sie sich das Leben nehmen wolle. Nach einem Privattelegramm aus Halle hat sie sich dort in einem Hotel vergiftet. Nachdem sie schon hier einen mißlungenen Selbstmordversuch gemacht hatte, fuhr sie nach dem Garz und Lehrte am

Freitagabend in Thale ein. Am nächsten Tage fand man sie dort im Hotel tot auf. Sie hatte Gift genommen. Zunächst riefte man nicht, wer die Selbstmörderin war. Gestern jedoch erschienen Angehörige der Vermögenden Michaelis und erkannten in der Leiche diese wieder.

Probearbeiten in den Berliner Volksschulen. Gestern mußten die Schüler der ersten Klassen der Berliner Volksschulen ohne jede Vorbereitung folgende Probearbeiten anfertigen. 1. Einen Aufsatz über das Thema: Wie ich den Sonntag verbringe? 2. Folgende 4 Rechenaufgaben: a. Eine Kiste Ware wog 20 1/2 Kilogramm und kostete 58,15 M. Wieviel Mark kostete 1 Kilogramm der Ware, wenn die Kiste 3/4 Kilogramm wog und mit 1,75 M. berechnet wurde? b. 4 kreisrunde Blumenbeete von 1,75 Meter Durchmesser wurden mit Sandeisen eingefaßt. Wieviel kostet die Einfassung, wenn dos Meter Sandeisen 25 Pf. kostet (pi = 3 1/2). c. Ein Kaufmann erhält 4 Fässer Petroleum, die der Reihe nach wiegen: 170 1/2 Kilogramm, 170 1/2 Kilogramm, 178 Kilogramm und 174 1/2 Kilogramm; die Tara beträgt 20 Proz. Wieviel ist bar zu zahlen, wenn 100 Kilogramm Petroleum 25 M. kosten und 2 1/2 Proz. Rabatt berechnet werden? d. Eine Beamtenwitwe mit einer Pension von 648 M. besitzt ein Vermögen von 27 000 M. Wieviel darf sie ohne das Vermögen anzusetzen monatlich ausgeben, wenn sich dasselbe zu 8 1/2 Proz. vermehrt? Für Aufsatz sowohl wie für Rechenarbeit war eine Stunde Zeit gegeben. Die Probearbeit steht in Zusammenhang mit den Angriffen der Presse auf die Leistungen der Volksschule.

Der Untersuchungsgefängnis als „Rechtsanwalt“. Die Passierkontrolle im Untersuchungsgefängnis ist kürzlich verschärft worden infolge eines Vorkommnisses, das einer gewissen Originalität nicht entbehrt. Unter mehreren zu gleicher Zeit eingelieferten Untersuchungsgefängnissen befand sich auch ein mit äußerster Eleganz gekleideter Herr. Dieser benutzte nun einen günstigen Augenblick, um eine zufällig herumliegende Passierkarte zu eskamotieren und sich über die Korridore nach dem Hauptausgange zu schlängeln. Dabei kam ihm seine elegante Kleidung und ein gewandtes Auftreten, das den Anwalt markierte, sehr zu statten. Inzwischen war aber der Flüchtling bereits vermißt worden und es gelang ihn zu ergreifen, ehe er noch den rettenden Ausgang erreicht hätte. Seitdem witzern die militärischen Kontrollbeamten in jedem ihnen nicht genau bekannten Rechtsanwalt, auch wenn er eine Passierkarte vorweist, einen Untersuchungsgefängnis.

Eine große Anzahl Bücher mafosistischer und sabditischen Inhalts hat die Kriminalpolizei auf Verfügung der Staatsanwaltschaft in einer Buchhandlung in der Friedrichstraße beschlagnahmt. Die Bücher, die im Laden und im Schaufenster öffentlich auslagen, sollen nach Ansicht des zuständigen Gerichts bei normalen Menschen gewalt Abscheu erregen, seien aber geeignet, anormal Veranlagte anzureizen.

Zu einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei dem glücklicherweise Personen nicht verletzt wurden, kam es am gestrigen Mittwoch am Brandenburger Tor. Dort fuhr gegen 1/2 11 Uhr mittags ein Straßenbahnwagen 2288 der Linie 51 (Richtung Prager Platz) gegen den Hinterrand des die Kreuzung passierenden Motorwagens 2041 der Linie 8 (Richtung Kupfergraben). Infolge des Zusammenstoßes sprang der fahrende Wagen mit der Hinterachse aus den Schienen; er wurde durch Müllwärtersfahrern wieder eingeleitet. Am Wagen 2288 wurde eine Seitenscheibe eingedrückt, der Verron eingebaut, der Stromabnehmer eingebrochen und die Saugvorrichtung beschädigt. Am dem angefahrenen Wagen wurde die Seitenwand geknickt. Eine Betriebsführung wurde durch den Unfall nicht betriebsfähig.

Kautionschwindlerinnen. Den weiblichen Wettbewerbern kommen nun auch schon die Kautionschwindler zu fühlen. Schon seit geraumer Zeit macht eine Schwindlerin dieser Art Berlin und die Vororte unsicher. Sie miethet einen leeren Laden, sucht durch Zeitungsanzeigen Damen mit kleiner Kauton als „Fiktal-leiterin“, bestellt die Bewerberinnen nach dem Laden und schwindelt ihnen vor, daß sie hier ein Zweiggeschäft einer chemischen Waschanstalt und Barberei aufmachen wolle. Von den Damen, die sie als Fiktalleiterin annimmt, verlangt sie eine sofort zu zahlende Bürgschaft von mehreren hundert Mark. Sie verspricht das Geld bei der Deutschen Bank hinterlegen zu wollen, verschwindet aber mit der Beute, sobald es ihr gelungen ist, durch irgendeinen Kniff die neue Fiktalleiterin auf einen Augenblick wegzuschaffen. Die gefährliche Gaunerin, die sich in einem Falle Witwe Anna Bode geborene Groth aus Königs-Wusterhausen nannte, ist etwa 30 Jahre alt, 1,60 Meter groß und schlank, aber nicht schön, hat ein schön geformtes etwas rötliches Gesicht und trug damals Trauerkleidung mit schwarzem Hut.

Im Krankenhaus gestorben ist der Kaufmann Willi Friedrich, der in der Friedrichstraße ein Herrschaftsgeschäft betrieb und wegen betrügerischen Bankrotts und Vervielfachung von Vermögenswerten verhaftet wurde. Im Polizeigewahrsam machte er einen Selbstmordversuch durch Erhängen, wurde aber noch lebend abgesehen und als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag vor dem Hause Stallier Straße 84. Gegen 3 Uhr sprang dort ein Fräulein Ella Rodel aus der Friedelsstraße 84 in Richtung vom Hinterrand des Motorwagens 1576 der Linie 90 während der Fahrt ab. Die St. kam zu Fall und geriet mit beiden Weibern unter den Schutzrahmen des Motorwagens. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehoben und die Verunglückte in kurzer Zeit befreit. Fräulein R. erlitt Querschnitte beider Oberschenkel, eine Wunde an der rechten Wange und Verletzungen an den Ellenbogen. Die Verunglückte erhielt auf der Rettungswache am Gürtler Bahnhof Notverbande und wurde dann nach ihrer Wohnung übergeführt.

Als Monteur und Elektrotechniker tritt ein Schwindler auf, der zuletzt die Universitäts-Frauenklinik in der Artilleriestraße heimgesucht hat. Dort werden mehrere Veränderungen in den Anlagen der elektrischen Beleuchtung ausgeführt. Bei den Arbeitern erschien nun eines Tages ein Mann, der nach einem Monteur der U. E. G. ansah. Er unterhielt sich mit ihnen, spielte den Fachmann und erfuhr unter der Hand, bei welcher Installationsfirma sie beschäftigt waren. Nach einigen Tagen, als die Arbeiter fertig waren, kam er wieder, stellte sich als Elektrotechniker des Geschäftes vor, das die Veränderungen ausgeführt hat, und verschaffte sich unter der Vorpiegelung, die Arbeiten einmal nachsehen zu wollen, Zutritt auch zu den Privaträumen. Nachdem er sich empfinden hatte, ergab sich, daß er in den Mädchenzimmern die Vahliniffe erbrochen und allerhand Sachen gestohlen hatte. Der Schwindler und Dieb ist 35 Jahre alt und mittelgroß, hat dunkles Haar und Schnurrbart und trug einen Strohhut mit blauem oder schwarzem Band.

Eine Betriebsführung im Straßenbahnverkehr ereignete sich am Dienstag gegen 11 Uhr abends an der Ecke der Landsberger und Kleinen Frankfurter Straße. Dort war einem mit Kohlen beladenen Wagen der Firma G. A. Gerlach, Grefswalder Straße 80a, das rechte Hinterrad gebrochen, so daß das Gefährt die beiden Straßenbahngleise sperrte. Durch Mannschaften des herbeigerufenen Rettungswagens der Straßenbahn wurde das Hindernis beseitigt. Während der Dauer der Störung, die von 11 05 bis 11 28 Uhr währte, hatten die Linien 58, 64, 65, 75 und 81 in der Richtung nach dem Alexanderplatz Aufenthalt; in der Richtung nach dem Viehhof wurden die Wagen dieser Linien durch die Kaiserstraße abgelenkt. Als der Kohlenwagen durch den Rettungswagen in die Kleine Frankfurter Straße hineingeschleppt war, führte er nochmals um und sperrte dort das Straßenbahngleis. Infolgedessen hatten an jener Stelle die Wagen der Linien 8, 22, 46, 66, 67, 69, 70 und 71 einen Aufenthalt bis 1/2 12 Uhr nachts.

Wer kennt die Toten? In der Eggersdorfer Forst an der Ostbahn wurde am 5. d. M. die Leiche einer Frau aufgefunden, die wahrscheinlich schon mehrere Tage dort gelegen hat. Die Veranlassung der Toten konnte bisher nicht ermittelt werden. Die Leiche, die anscheinend durch Gift getötet hat, war etwa 33 bis 35 Jahre alt, 1,68 Meter groß, hat schwächliche, schlanke Figur, blondes Haar,

blaue Augen, im Oberkiefer rechts an den Vorderzähnen eine Lücke, kleine Hände und trug schwarzes Haar, weiße Rattumbüste mit schmalen lilä Streifen mit großen Belagknöpfen, weißer Mütze und weichem durchbrochenen Einlag und Bandhalsleiste, halblanges, schwarz-weiß und rot-grün gemustertes Jackett, dunkelbraunes Strohhut mit hellbrauner Schleife und Mohntulpen und Perlmutter-Hutnadeln, blaue Strumpfbänder, weiß und lilä gestreiften Rattununterrod, rotwollenen Unterrod mit schwarzer, gestreifter Kante und hellbraunem Besatz und gelblich-wollene Beinleider. Bei der Leiche fand man außerdem ein braunes Handtäschchen mit Kugelschloßverriegelung, ein Paar graue Zwirnhandschuhe, ein Portemonnaie mit 67 Pfennig und eine kleine Lingarweinfasche, die einen Rest des Giftes enthielt. Es wird gebeten, zweifelhafte mündliche oder schriftliche Mitteilungen zu 1891 IV/12 11 der Kriminalpolizei in Berlin zusammen zu lassen.

Am 12. d. M. wurde in Adlershof an der Rudower Wäldchen aus dem Teltow-Kanal die Leiche einer 80-85 Jahre alten Frauensperson gefunden. Sie war bekleidet mit halblangem, dunkelbraun gestreiftem Jackett, grauem Rod mit mehrfach durchgepumpter unterer Kante, schwarzen Strümpfen und Schnürstiefeln. Bei der Leiche wurden 10,08 M. in ein Tuch gewickelt sowie eine Wechselmarke, ausweisend eine Kontrollmarke einer Fabrik mit der Nummer 559 vorgefunden. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle zu Alt-Glienide. Personen, welche über die Aufgefundenen nähere Angaben machen können, wollen dem Polizeipräsidium zu 2202 IV. 1. 11 Mitteilung machen.

Bei dem Waldfest, welches Genossen der 10. Abteilung des sechsten Bataillons am Sonntag, den 21. d. M. in der Jungfernhöhe abhielten, wurden ein Damenschirm und ein Spazierstock gefunden; verloren hat eine arme Frau ihr Portemonnaie mit circa 10 M. Inhalt. Die Verlierer sowie der ehrliche Finder werden gebeten, die Gegenstände bei Heinrich Fiebiger, Kameruner Straße 7, abzugeben respektive abzuholen.

Am Sonntag, den 14. Mai, sind bei Baumgartenbrück von Werder nach Potsdam zwei junge Burtschen in den Besitz eines Tourenrades „Goran II“ Nr. 112711 gekommen. Dasselbe hat schwarzen Rahmen, Patent-Kapselgetriebe, Trellager, Holzfelge-Verlies, Doppelüberführung, Torpedo-Freilauf, Schienenkettel, Solidaritätsklotz und Freilaufschloß. Beim Rahmen ist der obere und der scharfe Teil vorn oben eingeknickt, die Vordergabel nach hinten gebogen. Personen, die Angaben über den Verbleib des Fahrrades machen können, werden gebeten, ihre Adresse an Otto Deder, Charlottenburg, Potsdamer Str. 35, Vorderhaus III, gelangen zu lassen.

Ein bedauerlicher Straßensunfall ereignete sich am Dienstag am Werderischen Markt. Als dort gegen 6 Uhr nachmittags der 79jährige Kaufmann Hodor Bod aus der Grenadierstr. 15 den Fahrweg überfahren wollte, geriet er, offenbar durch eigene Schuld, gegen ein vorbeifahrendes Privatautomobil und wurde umgestoßen. Der Verunglückte, der eine schwere Kopfverletzung erlitten hatte, wurde mit demselben Automobil nach der Unfallstation am Spittelmarkt gebracht, wo ihm ein Verband angelegt wurde und von wo er nach seiner Wohnung übergeführt wurde.

Straßenbahnverhinderung. Der Landrat von Teltow macht bekannt, wegen Neuaufstellung wird die Steinbahn der Kreischauffee Groß-Beer-Ährensdorf zwischen den Stationen 6,8 und 7,9 (Nordausgang von Ährensdorf) in der Zeit vom 29. Mai bis 3. Juni d. J. gesperrt. Fuhrwerke, die den Sommerweg nicht benutzen können, werden als Ersatzverbindung auf die Chauffee Groß-Beer-Ährensdorf-Rudow-Ährensdorf verwiesen. Desgleichen wird wegen Neuaufstellung die Steinbahn der Kreischauffee Rudow-Schönefeld in der Zeit vom 27. Mai bis 14. Juni d. J. gesperrt. Fuhrwerke, die den Sommerweg nicht benutzen können, werden als Ersatzverbindung auf die Kreischauffee Berlin-Königs-Wusterhausen oder Rudow-Wahmannsdorf verwiesen.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdsdorf-Galensee. Was der „Vorwärts“ von unserer Schuljahrklinik weiß. Unter dieser Ueberschrift bringt die Wilmerdsdorfer Zeitung ihren Schmerz darüber zum Ausdruck, daß wir den Eröffnungstag der Schuljahrklinik im Hause Wilhelmsau 23 mit zwei Zeilen registriert haben. Während sonst das sozialdemokratische Zentralorgan nicht milde werde, in seinen Spalten die soziale Rücksständigkeit und festerste Reaktion im Wilmerdsdorfer Rathaus zu beweisen, orientierte es über diese „aus der Sorge um die heranwachsende Jugend der minderbemittelten und bemittelten Stände geborene Einrichtung“ in solcher Weise. Zum Schluß lobt das Blättchen und es klagt uns zugleich in etwas demagogischer Weise bei der „genas-fährten Menge“, für die diese Einrichtung geschaffen sei, an; letztere werde bald einsehen, daß sie in den Händen dieser Leute verraten und verkauft sei.

Unsere Leser werden es verstehen, wenn wir aus der Tatsache, daß in Wilmerdsdorf eine Schuljahrklinik eröffnet worden ist, keine Weltbegebenheit machen. Wir hatten eine solche Einrichtung für etwas Selbstverständliches, und die grenzenlose, in geradezu orthopädischer Schwärmerci sich ergebende Beweihräucherung dieser Schuljahrklinik durch das genannte Blatt bestätigt nur die auf allen anderen Gebieten in Wilmerdsdorf anzutreffende soziale Rücksständigkeit. Sollen wir vielleicht die Tatsache, daß die reiche Stadt Wilmerdsdorf eine solche Klinik mit 2000 M. jährlich subventioniert, in alle Welt hinauspreisen? Diese Rolle mag die Rücksständigkeit Wilmerdsdorfs verteidigende „Wilmerdsdorfer Zeitung“ übernehmen.

Ueber die Einrichtung der Klinik selbst waren wir schon deshalb nicht in der Lage zu berichten, weil wir nicht einmal eine Einladung erhalten hatten.

Gewerbegerichtswähler! Sonntag, den 28. Mai, vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, finden in den nachstehenden Wahllokale die Neuwahlen der Gewerbegerichtsbeyrer statt. Es wählt der 1. Wahlbezirk, der dem 8. Polizeirevier entspricht, im Restaurant „Victoria-Garten“, Wilhelmsau 114/115; 2. Wahlbezirk, der dem 10. Polizeirevier entspricht, im Restaurant Kaiser-Wilhelm-Garten, Kurfürstendam 121/122; 3. Wahlbezirk, der dem 9. und 11. Polizeirevier entspricht, im Restaurant „Wesell“, Uhländstr. 138/139; 4. Wahlbezirk, der dem 7. Polizeirevier entspricht, im Restaurant „Stadtpark“, Kaiserallee 51/52. Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, die das 25. Lebensjahr erreicht haben und im Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt sind oder hier wohnen. Jeder Wähler hat sich durch eine Versicherung des Arbeitgebers oder des Polizeireviere zu legitimieren. An den nachfolgenden Stellen sind Formulare hierfür zu haben: F. Pieper, Zigarrengeschäft, Berliner Str. 46, E. Reichs, Pringengartenstr. 62, M. Richter, Zigarrengeschäft, Mannheimer Str. 53, G. Cressow, Galensee, Friedrichsruher Str. 3, D. Poggensec, Uhländstr. 107, Roldo, Kaiserallee 200. Die angegebenen Personen erklären sich auch zur Einholung der polizeilichen Beglaubigung bereit. Wir ersuchen deshalb alle Wahlberechtigten, auch vor allen Dingen die außerhalb Wilmerdsdorfs Wohnenden, aber hier Beschäftigten, sich rechtzeitig die Legitimation zu beschaffen und am Tage der Wahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Gewerkschaftsunterkommission Wilmerdsdorf.

Das Spielen der Kinder mit Streichhölzern hat wiederum einen Unglücksfall herbeigeführt, der leicht verhängnisvoll hätte werden können. Vorgestern nachmittags waren in der Wohnung des Malermeisters R. Augustastr. 15, die beiden vier und fünf Jahre alten Söhne des R. allein zurückgeblieben, während die Mutter sich auf einige Minuten entfernt hatte, um einen notwendigen Einkauf zu machen. Während ihrer Abwesenheit machte sich der ältere Knabe mit Streichhölzern zu schaffen, die sich entzündeten. Beim Fortwerfen des Händhölzers geriet ein Posten Wäsche in Brand, der sich schließlich auf den Teppich und andere Gegenstände ausdehnte. Als Frau R. zurückkehrte, fand sie die Wohnung vollständig verqualmt vor, die beiden Kinder lagen bewußtlos am Fußboden. Die sofort alarmierte Feuerwehr brachte zunächst die beiden Knaben in Sicherheit, die sich unter den fachkundigen Vermählungen der Samariter in kurzer Zeit wieder völlig erholten. Der Stubenbrand konnte mit Beichtigkeit gelöscht werden.

Rixdorf. Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahn- und einem Steinwagen kam es am Dienstagabend gegen 1/2 9 Uhr an der Ecke der Steinweg- und Lessingstraße. Dort fuhr ein Wagen der Firma Rudolf Werner, Treptow, Eisenstr. 58, gegen die Seitenwand des Straßenbahnwagens 1852 der Linie 94. Bei dem Anprall gingen drei Seitenscheiben des Wagens in Trümmer. Der im Innern des Wagens sitzende Köpfer Karl Kell aus der Rogastr. 23 erlitt durch umherfliegende Glassplitter Verletzungen am Kopfe, derselbe konnte jedoch seinen Weg fortsetzen.

Rummelsburg. Die Gewerbegerichtswahlen für die Arbeitnehmer finden am Montag, den 29. Mai, in der Zeit von 6 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt. Alle Wähler mit dem Anfangsbuchstaben A bis G wählen im Restaurant Kern, Lirschmidtstraße 45, von H bis P im Lokal Knapske (früher Carlin), Hauptstraße 88, von Q bis Z im Lokal Beyer (früher Hofstad), Hauptstraße 85.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben und in dem Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt sind oder, falls sie anherhalb in Arbeit stehen, am Ort wohnen. Wir ersuchen die Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen, in eine rege Agitation für diese Wahl einzutreten. Jeder in Betracht kommende Arbeiter hat von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Nicht darauf kommt es allein an, daß die Kandidaten der Gewerkschaften gewählt werden, sondern hinter denselben muß auch die übergroße Mehrzahl der Wähler stehen. Versäume daher niemand die Wahl.

Die Gewerkschaftsunterkommission.

Karlshorst. In der Mitgliederversammlung des hiesigen Bezirks-Wahlvereins referierte Genosse Fritz Düvel über: „Arbeiterbildung“. Sodann gab Genosse Förster den Klassenbericht vom letzten Quartal. Einer Einnahme von 471,48 M. steht eine Ausgabe von 270,48 M. gegenüber. Der Vorsitzende Genosse Spliedt teilte mit, daß Sonntag, den 28. Mai, eine öffentliche Versammlung bei Vorleser stattfinden, in welcher Genosse Reichstags-Abgeordneter Adolf Ged sprechen wird. Redner ersucht um rege Propaganda dafür. Ein leidiger Umstand sei jedoch die Lokalfrage, die es uns nicht möglich macht, größere Versammlungen zu veranstalten. Bei günstigem Wetter wird die Versammlung daher im Garten stattfinden.

Tempelhof. Eine Kolonne des Arbeiter-Samariterbundes soll nun auch für Tempelhof-Mariendorf und Umgebung gegründet werden. Der Gründung soll ein vorbereitender Kursus vorangehen, derselbe beginnt Anfang Juni. Alles nähere wird in der am Montag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Berliner Straße 40/41, stattfindenden Versammlung bekanntgegeben, in welcher der Bundesvorsitzende einen Vortrag über „Das Samariterwesen in der modernen Arbeiterbewegung“ halten wird. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche sich an dem Kursus beteiligen wollen und an der Errichtung der Arbeiter-Samariterkolonne Interesse haben, sind zu dieser Versammlung eingeladen. Alle Anfragen oder Meldungen sind an F. Schlicht, Mariendorf, Ausrüststr. 17, zu richten.

Friedrichsfelde. Die „Freie Turnerschaft“ veranstaltet von Sonntag, den 28. d. M., an jeden Sonntag Kinderspiele. Treffpunkt 8 1/2 Uhr vormittags an folgenden Sammelstellen: Pringen, Ecke Copribi-Allee, und an der Kirche, von dort Admarsch nach dem Schloßpark. Spielzeit von 9 bis 11 Uhr. Die Eltern werden gebeten, die Kinder nach den Sammelstellen zu schicken, von dort werden die Kinder abgeholt und wieder hingeführt. Es wird erwartet, daß recht viele Eltern ihre Kinder teilnehmen lassen.

Spandau. 30 000 Psakarien mit dem Wils der Kronprinzessin und 3000 Gros Margueritenblumen, also 42 000 Stüd, sollen am 27. Mai an das kunstliche Publikum im Ort Losgefahren werden. Eine Karte sowie eine Blume kosten je 10 Pf. So hat also auch Spandau sich dem jetzt mode gewordenen Massenbettel angeschlossen.

Wartpreise von Berlin am 23. Mai 1911, nach Ermittlung des Königlich-Preussischen Reichsballenpreises (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbbon, gelbe, zum Kochen 30,00-50,00. Speisebohnen, weiße 30,00-50,00. Linen 30,00-60,00. Kartoffeln 6,00-9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Quarkfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20-1,90. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,40-2,20. Butter 2,20-2,80. 60 Stüd Eier 2,50-4,40. 1 Kilogramm Karpen 1,20-2,00. Kote 1,20-3,00. Lander 1,40-3,20. Heide 1,20 bis 2,80. Porche 0,80-2,00. Schine 1,20-3,40. Viese 0,80-1,60. 60 Stüd Straße 2,00-3,00.

Witterungsbericht vom 24. Mai 1911.

Stationen	Barometer (hoch am Morgen)	Wetter	Stationen	Barometer (hoch am Morgen)	Wetter
Sonnebe	764 50	3 halb 55	Haparanda	762 65	2 bedekt
Danzburg	762 50	3 bedekt	Petersburg	764 25	1 bedekt
Berlin	763 50	2 bedekt	St. Petersburg	766 50	4 mäßig
Frankf. a. M.	764 25	1 Nebel	Wien	757 0	1 bedekt
München	765 25	3 Regen	Wars	767 25	1 bedekt
Stettin	762 25	1 mäßig			

Wetterprognose für Donnerstag, den 25. Mai 1911. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter bei meist schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wassersstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Stationen	am	seit	Stationen	am	seit
	23. 5.	22. 5.		23. 5.	22. 5.
	am	am		am	am
Havel, Teltow	126	-1	Spree, Großlag	110	-4
Regel, Ankersburg	-26	+3	Havel, Spandau	54	-2
Havel, Thörn	74	0	Havel, Rathenow	98	-2
Oder, Rathen	583	-101	Spree, Spremberg	90	0
„ „ „	135	+10	„ „ „	69	0
„ „ „	143	0	„ „ „	-77	+1
Saale, Schramm	42	+14	„ „ „	1	-9
„ „ „	16	-4	Havel, Rixmündchen	404	-25
„ „ „	16	+3	„ „ „	304	+16
„ „ „	106	-24	„ „ „	297	+36
„ „ „	-3	-6	„ „ „	85	-14
„ „ „	332	+30	„ „ „	-	-
„ „ „	188	+30	„ „ „	58	-10

1) + bedeutet Hoch, - Niedrig. 2) Unterbeleg.